

PROTOKOLL

über die 38. ordentliche Sitzung des Gemeinderates

der Stadt Steyr

am Donnerstag, 13. November 2008, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER:

Ing. David Forstenlechner

VIZEBÜRGERMEISTER/IN:

Friederike Mach

Gerhard Bremm

Ing. Dietmar Spanring

STADTRÄTE/IN:

Wilhelm Hauser

Gunter Mayrhofer

Walter Oppl

Ingrid Weixlberger

GEMEINDERÄTE:

DI Christian Altmann

Kurt Apfelthaler

Karl Baumgartner

Rudolf Blasi

Ernst Esterle

Ute Fanta

Helga Feller-Höller

Mag. Martin Fiala

MMag. Michaela Frech

Monika Freimund

Ing. Wolfgang Hack

Gerald Hackl

Ing. Franz-Michael Hingerl

Rosa Hieß

Mag. Stephan Keiler LL.M.

Ernst Kronberger

Andreas Kupfer

Hans Payrleithner

Dr. Michael Schodermayr

Rudolf Schröder

Mag. Erwin Schuster

Silvia Thurner

Ursula Voglsam

Eva-Maria Wührleitner

Dr. Helmut Zöttl

VOM AMT:

MD OSR Dr. Kurt Schmidl

MD-Stv. Präs. Dir. Hofrat SR Dr. Gerhard

Alphasamer

SR Mag. Helmut Lemmerer

OMR Mag. Helmut Golda

Dr. Michael Chvatal

ENTSCHULDIGT:

GR Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner

GR Roman Eichhübl

GR Mag. Gerhard Klausberger

PROTOKOLLFÜHRER:

Thomas Schwingshackl

Gabriele Obermair

INHALTSVERZEICHNIS

Tagesordnungspunkt:	Betreff:	Seite:
1) Bau2-6446/86	Abschluss eines Syndikatsvertrages mit der TIC Steyr GmbH.	539
2) ÖAG-2/94	Sportklub Vorwärts Steyr; 4400 Steyr, Volksstraße; Abschreibung offener Forderungen.	547
3) Fin-110/08	Nachtragsvoranschlag 2008.	548
4) Fin-214/00	Dr. Alois und Maria Riedler; Rückzahlung der erhaltenen Förderung für den Waldorfkindergarten Puschmannstraße, Erlass der Wertsicherung für das Jahr 2007.	553
5) Fin-1/06 Fin-1/07	Rückvergütung Lustbarkeitsabgabe an den SK Vorwärts Steyr aus den Jahren 2006 und 2007; jährliche Refundierung Lustbarkeitsabgabe an Steyrer Sportvereine; Grundsatzbeschluss.	553
6) KD-15/08	Mülldeponie der Stadt Steyr; Wiederaufnahme des Auftrages zur Detailprojektierung; Oberflächenabdeckung; Bermenstraße und Weiterführung der Deponieentgasung.	562
7) Sport-6/08	Sportehrenzeichenverleihung 2008.	563
8) GHJ2-51/08	Erneuerung von Beleuchtungskörpern Volksschule Tabor.	569
9) Präs-801/08	Antrag der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion betreffend Grundsatzbeschluss „Förderungsrichtlinien für Energieumstieg“.	570
10) Stw-103/08	Erdgaspreiserhöhung per 1. 11. 2008 aufgrund gestiegener Gaseinkaufspreise 2008.	576
11) Wa-15/04	Hochwasserschutzprojekt Steyr; „Gesschiebeausleitung Himmlitzer Au“; Vergabe der Bauarbeiten; Dringlichkeitsbeschluss.	579
12) Wa-15/04	Hochwasserschutz – Projekt Steyr „Ramingbach 2. Teil“; Interessentenbeitrag.	580

Tagesordnungspunkt:	Betreff:	Seite:
13) BauStr-3/08	Begleitmaßnahmen Landstraßen; Ausbau Anschlussstelle B 115; Weinschenkstraße - Ennsersstraße.	581
14) BauStr-2/08	Generalsanierung der Siegfried-Marcus-Straße im Bereich der Fa. Eckelt Glas GesmbH und Fa. Bichler.	582
15) K-1/08	Verleihung des Ehrenzeichens „Steyrer Panther 2007“; Auszeichnung der Stadt Steyr für besondere Verdienste in der Denkmalpflege.	582
16) BauGru-20/05	Bebauungsplan Nr. 42; Änderung Nr. 1 Fellingensiedlung; Bebauungsplan Nr. 26; Änderung Nr. 1 – Teilaufhebung Ennsleite.	584
17) Ges-14/08	Straßenbenennung Karl-Steinparz-Straße; Einreihung als Gemeindestraße.	584

TAGESORDNUNG:

- 1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG, FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER
- 2) ANGELOBUNG EINES NEUEN GEMEINDERÄTTLIHEN MITGLIEDES
- 3) BILDUNG DER GEMEINDERÄTTLICHEN AUSSCHÜSSE; ÄNDERUNG IN DER ZUSAMMENSETZUNG
- 4) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN
- 5) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS
- 6) AKTUELLE STUNDE
- 7) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES
GEM. § 54 ABS. 3 STS
- 8) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 5 der Tagesordnung:

KEINE VORHANDEN

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER ING. FORSTENLECHNER DAVID:

- 1) Bau2-6446/86 Abschluss eines Syndikatsvertrages mit der TIC Steyr GmbH.
- 2) ÖAG-2/94 Sportklub Vorwärts Steyr; 4400 Steyr, Volksstraße; Abschreibung offener Forderungen.
- 3) Fin-110/08 Nachtragsvoranschlag 2008.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

- 4) Fin-214/00 Dr. Alois und Maria Riedler; Rückzahlung der erhaltenen Förderung für den Waldorfkindergarten Puschmannstraße, Erlass der Wertsicherung für das Jahr 2007.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

- 5) Fin-1/06 Rückvergütung Lustbarkeitsabgabe an den SK Vorwärts
 Fin-1/07 Steyr aus den Jahren 2006 und 2007; jährliche Refundierung
 Lustbarkeitsabgabe an Steyrer Sportvereine; Grundsatzbeschluss.
- 6) KD-15/08 Mülldeponie der Stadt Steyr; Wiederaufnahme des Auftrages zur Detailprojektierung; Oberflächenabdeckung; Bermenstraße und Weiterführung der Deponieentgasung.
- 7) Sport-6/08 Sportehrenzeichenverleihung 2008.
- 8) GHJ2-51/08 Erneuerung von Beleuchtungskörpern Volksschule Tabor.
- 9) Präs-801/08 Antrag der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion betreffend Grundsatzbeschluss „Förderungsrichtlinien für Energieumstieg“.

BERICHTERSTATTER STADTRAT WILHELM HAUSER:

- 10) Stw-103/08 Erdgaspreiserhöhung per 1. 11. 2008 aufgrund gestiegener Gaseinkaufspreise 2008.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

- 11) Wa-15/04 Hochwasserschutzprojekt Steyr; „Geschiebeausleitung Himmlitzer Au“; Vergabe der Bauarbeiten; Dringlichkeitsbeschluss.

- 12) Wa-15/04 Hochwasserschutz – Projekt Steyr „Ramingbach 2. Teil“; Interessentenbeitrag.
- 13) BauStr-3/08 Begleitmaßnahmen Landesstraßen; Ausbau Anschlussstelle B 115; Weinschenkstraße – Ennser Straße.
- 14) BauStr-2/08 Generalsanierung der Siegfried-Marcus-Straße im Bereich der Fa. Eckelt Glas GesmbH und Fa. Bichler.
- 15) K-1/08 Verleihung des Ehrenzeichens „Steyrer Panther 2007“; Auszeichnung der Stadt Steyr für besondere Verdienste in der Denkmalpflege.
- 16) BauGru-20/05 Bebauungsplan Nr. 42; Änderung Nr. 1 – Fellingiersiedlung; Bebauungsplan Nr. 26; Änderung Nr. 1 – Teilaufhebung Ennsleite.
- 17) Ges-14/08 Straßenbenennung Karl-Steinparz-Straße; Einreihung als Gemeindestraße.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hoher Gemeinderat, liebe Gäste, ich darf Sie zur heutigen Gemeinderatssitzung ganz herzlich begrüßen. Ich möchte feststellen, dass ordnungsgemäß einberufen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Protokollprüfer sind heute die GR Sivlia Thurner und der GR Andreas Kupfer. Entschuldigt sind die GR Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner, der GR Eichhübl und der GR Mag. Klausberger. Bei der Frau Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner habe ich erfahren, dass sie ein Baby geboren hat und ich möchte ihr auf diesem Wege auch recht herzlich gratulieren.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Der GR Baumgartner kommt etwas später. Ich komme zu Punkt 2), **Angelobung eines neuen Gemeinderatsmitgliedes.**

Herr Gemeinderat Rudolf Kohl hat mit Schreiben vom 27. Mai 2008 mitgeteilt, dass er auf die Ausübung seines Gemeinderatsmandates verzichtet.

Herr Gemeinderat Rudolf Kohl war in folgenden Ausschüssen im Laufe seiner Funktionslaufbahn als Mitglied bzw. Ersatzmitglied seit 23. 10. 2003 tätig.

Als Mitglied im Bauausschuss und Prüfungsausschuss. Als Ersatzmitglied im Kulturausschuss, im Ausschuss für soziale Angelegenheiten, Jugend und Gesundheit, im Umweltausschuss und im Ausschuss für Schule, Sport und Liegenschaften.

Ich möchte mich bei Herrn Rudolf Kohl, Rudi bei dir, für deine engagierte Tätigkeit als Gemeinderat der Stadt Steyr ganz herzlich bedanken. Ich möchte dir auch gleichzeitig ein Geschenk des Gemeinderates überreichen. Danke schön für deine Tätigkeit.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Aufgrund dieser Mandatszurücklegung wird es heute zur Angelobung eines neuen Mitgliedes des Gemeinderates der Stadt Steyr seitens der SPÖ-Fraktion kommen.

In der heutigen Sitzung des Gemeinderates ist daher Herr Ernst Kronberger anzugeloben. Die Gelöbnisformel lautet:

„Ich gelobe, die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie alle übrigen Gesetze und Verordnungen der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich gewissenhaft zu beachten, meine Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern.“

Ich ersuche nun Herrn Kronberger Ernst, sich von seinem Platz zu erheben und dieses Gelöbnis mit den Worten „ich gelobe“ zu leisten.

GEMEINDERAT

ERNST KRONBERGER:

Ich gelobe.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Die Änderung in der Bildung der gemeinderätlichen Ausschüsse und die Änderung in der Zusammensetzung möchte ich auch gleich vorbringen.

In der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 23. Oktober 2003 wurden die gemeinderätlichen Ausschüsse gem. § 40 StS 1992 neu gebildet und deren Mitglieder durch Wahl bestimmt.

Bedingt durch die Zurücklegung des Gemeinderatsmandates durch Herrn Rudolf Kohl ist eine Änderung in der personellen Zusammensetzung der Gemeinderatsausschüsse bei der SPÖ-Fraktion notwendig. Es wurde mir ein entsprechender Wahlvorschlag für die Wahl der Ausschussmitglieder seitens der SPÖ-Fraktion übermittelt. Über diesen neuen Vorschlag der Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse ist nunmehr eine Wahlhand-

lung durchzuführen, an der nur die Mitglieder der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wahlberechtigt sind. Dieser Vorschlag lautet:

Kulturausschuss: Herr GR Ernst Kronberger als Ersatzmitglied.

Bauausschuss: Herr GR Ernst Kronberger als Mitglied.

Prüfungsausschuss: Herr GR Ernst Kronberger als Mitglied.

Ausschuss für soziale Angelegenheiten, Jugend und Gesundheit:
Herr GR Ernst Kronberger als Ersatzmitglied.

Umweltausschuss: Herr GR Ernst Kronberger als Ersatzmitglied.

Ausschuss für Schule, Sport und Liegenschaften:
Herr GR Ernst Kronberger als Ersatzmitglied.

Ich ersuche daher die Mitglieder der SPÖ-Gemeinderatsfraktion zum Zeichen der Zustimmung mit dem eingebrachten Vorschlag ein Zeichen mit der Hand zu geben.

Gegenprobe, Stimmenthaltung. Danke, einstimmige Annahme. Damit gelten die von der SPÖ-Gemeinderatsfraktion vorgeschlagenen Ausschussmitglieder, in dem Fall ist es eh nur eines, als gewählt.

Wir kommen zu Punkt 4), **Beantwortung allfälliger Anfragen.**

Frau Gemeinderätin Mag. Frech vom Bürgerforum richtete mit Schreiben vom 6. November 2008 folgende Anfrage an mich:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Im Zusammenhang mit dem Thema „Lustbarkeitsabgabe“ ergehen an Sie folgende Fragen mit der Bitte um Beantwortung in der GR-Sitzung am 13. 11. 2008 bzw. Weiterleitung an den zuständigen Referenten.

Die Lustbarkeitsabgabe wurde beschlossen in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 25. November 1982 und zuletzt geändert durch Beschluss des Gemeinderates am 15. Mai 2002.

Im § 3 dieser Verordnung ist Folgendes festgehalten:

(2) a) Für Vorführungen von Bildstreifen beträgt die Abgabe bei einem Jahresbruttoumsatz bis einschließlich Euro 21.800,-- 0 v.H., von Euro 21.801,-- 3 v.H. und dann jeweils mit Erreichung eines Umsatzes von weiteren Euro 7.267,-- um 1 % mehr, bis maximal 10 % des Preises oder Entgeltes.

c) Die Einstufung erfolgt für jedes Kinounternehmen vorläufig nach dem Jahresbruttoumsatz des vorangegangenen Kalenderjahres. Die im Monat einzubringende Abgabe ist bis zum 10. des darauffolgenden Monats abzurechnen und einzuzahlen. Die Einzahlung gilt bis zur Jahresabrechnung als Akontozahlung.

In diesem Zusammenhang ergehen nachstehende Fragen:

Wie hoch waren die Einnahmen im Jahr 2003, 2004, 2005, 2006 und 2007 sowie im ersten Halbjahr 2008 aus diesem Titel (§ 3 Abs. 2)?

Ist die Einhebung der Lustbarkeitsabgabe gem. Abs. 2 lit. c) auch tatsächlich erfolgt? Wenn nein, wer gab den Auftrag, eine vom Gemeinderat beschlossene, rechtsgültige Verordnung der Stadt Steyr nicht einzuhalten?“

Hiezu kann ich Folgendes berichten:

Ad 1.: Wie hoch waren die Einnahmen im Jahr 2003, 2004, 2005, 2006 und 2007 sowie im ersten Halbjahr 2008 aus diesem Titel?

Die Einnahmen in den Jahren 2003 bis 2008 waren Null.

Ad 2.: Ist die Einhebung der Lustbarkeitsabgabe gem. Abs. 2 lit. c) auch tatsächlich erfolgt? Wenn nein, wer gab den Auftrag, eine vom Gemeinderat beschlossene, rechtsgültige Verordnung der Stadt Steyr nicht einzuhalten?

Eine Einhebung erfolgte nicht, weil im Zuge der Verhandlungen über das Projekt „Cityplexx“ von Herrn Röber immer wieder neben einer Wirtschaftsförderung gefordert wurde, dass die Stadt Steyr sowie viele andere oberösterreichische und österreichische Gemeinden und Städte von der Einhebung der Lustbarkeitsabgabe für Kinos Abstand nimmt oder sie wesentlich reduziert. Da zu diesem Zeitpunkt noch nicht klar war, wie die Lustbarkeitsabgabeordnung geändert werden soll (Reduktion des Prozentsatzes, gänzliche Befreiung, Umsatzfreigrenze, etc.), wurde vereinbart, dass Herr Röber vorerst keine Wirtschaftsförderung erhält und dass nach einem ausreichenden Beobachtungszeitraum, wir sprechen da von 5 Geschäftsjahren, entschieden wird, ob und in welcher Form eine Änderung der Lustbarkeitsabgabeordnung ins Auge gefasst wird und für die bis dahin anfallende Lustbarkeitsabgabe zur Gänze oder teilweise eine Wirtschaftsförderung gewährt werden soll.

Die Lustbarkeitsabgabe für die vergangenen Jahre ist auf keinen Fall verjährt, da entsprechende Handlungen gesetzt wurden.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Welche Handlungen waren dies, Herr Bürgermeister?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Es wurden entsprechende Vorschreibungen gemacht und es wurde auch die Handlung gesetzt, dass Verhandlungen mit Herrn Röber geführt wurden.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Zusatzfrage.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das war schon die Zusatzfrage.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Nein, das war nicht die Zusatzfrage. Die Zusatzfrage lautet, Herr Bürgermeister. Wie hoch wären die Einnahmen gewesen, nachdem Sie jetzt gerade gesagt haben,

dass es sehr wohl Abrechnungen gegeben hat. Stimmen die kolportierten 300.000 Euro die in den Medien zu lesen waren oder ist das ein anderer Betrag? Wie hoch ist der Betrag wirklich?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nachdem es hier um Umsatzzahlen geht, um Bereiche von Umsatzzahlen, ist hier eine Vertraulichkeit gegeben und ich darf die in der Öffentlichkeit so nicht präsentieren.

Eine weitere Anfrage richtete Frau Gemeinderätin Mag. Frech vom Bürgerforum mit Schreiben vom 6. 11. 2008 an mich, die ich zuständigkeitshalber an Herrn Vizebürgermeister Bremm weiterleiten wollte, aber es ist auch der Herr Vzbgm. Spanring dafür zuständig. Es geht hier um den Stadtsaal und ich werde daher selbst die Beantwortung vornehmen.

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der Stadtsaal hat ein Fassungsvermögen von 700 Personen bei Bestuhlung oder 440 Personen bei Sesseln und Tischen und wird für diverse Veranstaltungen vermietet, wobei es neben dem Großen Saal auch noch die sogenannten Jugendstilsäle gibt.

Im Zusammenhang mit dem Thema „Stadtsaal Steyr“ ergehen an Sie folgende Fragen mit der Bitte um Beantwortung in der GR-Sitzung vom 13. November 2008 bzw. Weiterleitung an den zuständigen Referenten.

1. Wie hoch waren die Einnahmen im Bereich „Stadtsaal Steyr“ in den Jahren 2006, 2007 sowie im ersten Halbjahr 2008 und woraus setzten sich diese Einnahmen zusammen?

2. Wie viele Veranstaltungen fanden in den letzten Jahren 2006, 2007 sowie im ersten Halbjahr 2008 im Stadtsaal statt? Um welche Art von Veranstaltungen handelte es sich dabei in erster Linie?

3. Wie viele dieser unter Punkt 2 angeführten Veranstaltungen fanden durch die

Stadt Steyr selbst und wie viele durch Externe statt?

4. Wie hoch waren die laufenden Kosten in den Jahren 2006, 2007 sowie im ersten Halbjahr 2008?

5. Welche Kapazitätsauslastung sowie welcher Kostendeckungsgrad ergibt sich daher für die Jahre 2006 und 2007?

6. Sind Sie mit dieser Auslastung zufrieden? Wenn nein, was gedenken Sie zu tun, damit es zu einer höheren Auslastung kommt?“

Hiezu kann ich Folgendes berichten:

Die Einnahmen in den Jahren 2006, 2007 und erstes Halbjahr 2008 betragen im Jahr 2006 10.380 Euro. Da muss man berücksichtigen, dass der Umbau von Mai bis November hier stattgefunden hat. Im Jahr 2007 20.273 Euro, im Jahre 2008 12.846 Euro.

Woraus setzten sich diese Einnahmen zusammen?

Jeweils aus Vermietung.

Wie viele Veranstaltungen fanden in den Jahren 2006, 2007 sowie im ersten Halbjahr 2008 im Stadtsaal statt?

2006 42 Veranstaltungen oder 55 Tage, 2007 44 Veranstaltungen oder 88 Tage, 2008 23 Veranstaltungen oder 32 Tage.

Um welche Art von Veranstaltungen handelte es sich dabei in erster Linie?

Um kulturelle Veranstaltungen wie Musicals, Kabarett, Konzerte udgl. sowie Bälle.

Wie viele dieser unter Punkt 2. angeführten Veranstaltungen fanden durch die Stadt Steyr selbst und wie viele durch Externe statt?

Ich sage am besten die eigenen Veranstaltungen, der Rest sind externe Veranstaltungen. Im Jahr 2006 3, 2007 8, 2008 4.

Wie hoch waren die laufenden Kosten in den Jahren 2006, 2007 sowie im ersten Halbjahr 2008?

Die Kosten betragen 2006 69.038,11 Euro, ein hoher Sachaufwand damals beim Umbau, 2007 75.488,29 Euro, ebenfalls Sachaufwand und 2008 40.570,26 Euro.

Welche Kapazitätsauslastung sowie welcher Kostendeckungsgrad ergibt sich daher für die Jahre 2006 und 2007?

Kapazitätsauslastung 2006: gerundet 30 % (unter Berücksichtigung einer Umbausperre von 6 Monaten), Kapazitätsauslastung 2007: gerundet 25 %, 2008 kann man noch nicht sagen.

Kostendeckung:

Sind Sie mit der Auslastung zufrieden, wenn nein, ...

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Moment, Kostendeckungsgrad war die Frage.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Kostendeckung, ja, Entschuldigung.

Einnahmen 10.000 Euro, Ausgaben 69.000, ca. 15 % im Jahr 2006. 2007 haben wir dann einen Kostendeckungsgrad von 27 % und 2008 können wir noch nicht sagen.

Sind Sie mit dieser Auslastung zufrieden? Wenn nein, was gedenken Sie zu tun, damit es zu einer höheren Auslastung kommt?

Die Auslastung kann für ein Unternehmen ja nie zufriedenstellend sein. Sicher, 100 % wären wünschenswert und wir streben selbstverständlich eine höhere Auslastung an. Es ist dazu auch notwendig, dass entsprechende Bewerbung mehr betrieben wird. Grundsätzlich bewegen wir uns im Vergleich der Mieten und Auslastung zu Wels (Theater Greif oder Bosch-Halle), Leonding (Kürnberghalle) und Linz (Brucknerhaus) im Mittelfeld.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Zusatzfrage, Herr Bürgermeister. Könnte es nicht sein, dass diese mangelnde Auslastung auch damit zusammen hängt, dass wir Veranstaltungen verloren haben an Nachbargemeinden?

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das kann ich Ihnen von da jetzt nicht beantworten, das weiß ich nicht. Aber das könnte man noch analysieren und hinterfragen. Ich weiß es nicht. Ich glaube, dass die Mietkosten für den Stadtsaal angemessen sind und sicher nicht so übertrieben hoch sind. Man sieht es ja alleine im Kostendeckungsgrad, dass eigentlich ein negativer Kostendeckungsgrad da ist.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

D. h., ich würde um diese Analyse bitten.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Okay. Ich komme zu Punkt 5), **Mitteilungen des Bürgermeisters**.

Zwei für Steyr sehr wichtige Projekte befinden sich derzeit in der Umsetzungsphase. Der Bau der Volksschule Resthof und die Errichtung des Entlastungsgerinnes in der Himmlitzer-Au. Das gesamte Vorhaben Resthof-Schule umfasst die Errichtung einer Schule plus Mehrzwecksaal, der auch als Kommunikationszentrum für die Bewohner des Resthofs verwendet werden soll. Die Bauzeit wird etwa 20 Monate dauern. Die Kosten betragen insgesamt etwa 5,5 Millionen Euro, davon werden 20 Prozent oder 1,115 Millionen Euro vom Land gefördert.

Beim Hochwasserschutz-Projekt Himmlitzer-Au wird ein zusätzlicher Nebenarm der Steyr geschaffen. Dieser Nebenarm verhindert, dass Schottermassen weiter Richtung Stadtgebiet geschoben werden. Wir planen auch, Betonmauern und Erdwälle zu errichten, um die Siedlungen am Himmlitzer Bach vor Überflutungen zu schützen. Über das neue Gerinne sollen zwei Brücken gebaut werden, damit Fußgeher bequem durch das Naherholungs-Gebiet an der Steyr marschieren können. Fertig wer-

den soll das Schutzprojekt im Frühsommer des kommenden Jahres. Das gesamte Bauvorhaben kostet etwa 4,35 Millionen Euro, die Stadt finanziert etwa 3,87 Millionen Euro im nächsten Jahr vor und holt sich die Fördermittel von Bund und Land schrittweise retour. Unterm Strich kostet das Schutzprojekt für die Stadt, also nur dieses eine, etwa 870.000 Euro.

SKF und Steyr Motors sind ausgezeichnet worden

Zwei Steyrer Firmen sind mit renommierten Preisen ausgezeichnet worden. Die SKF Österreich AG hat den Staatspreis für Qualität bekommen, das im Wirtschaftspark Stadtgut beheimatete Unternehmen Steyr Motors ist mit dem Landespreis für Innovation geehrt worden.

Adventmarkt in Steyr

Das Steyrer Stadtmarketing-Team, der Tourismusverband und die heimischen Unternehmer haben für den heurigen Advent wieder ein sehr attraktives Programm zusammengestellt. Der Steyrer Advent startet am 21. November mit der Eröffnung des Weihnachts-Postamtes in Christkindl. Der Weihnachtsmarkt „Altstadt Steyr“ auf dem Stadtplatz wird von 29. November bis 23. Dezember täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet sein. Am 29. November werden ab 19.30 Uhr 200 Perchten aus ganz Österreich auf dem Stadtplatz erwartet. Zu den absoluten Höhepunkten in der Adventzeit zählt die Schmiede-Weihnacht in Steyr. Von 5. bis 8. Dezember werden Schmiede aus der Region ihr Können am offenen Feuer zeigen.

Heuer wird in der Christkindlstadt Steyr wieder ein „echtes“ Christkind erscheinen. Es wird an jedem Einkaufssamstag auf dem Stadtplatz und an jedem Advent-Sonntag in der Promenaden-Allee Märchen erzählen.

Neu sind heuer in Steyr die Fotoausstellung der Weihnachtsstädte Himmlerpfort (aus Deutschland), Durham (England), Myvatn (in Island), Rovaniemi (Finnland), Selestat (Frankreich), Sendai (Japan) und Steyr im Stadtmuseum von 28. November 2008 bis 6. Jänner 2009 sowie

die Christbaum-Ausstellung in der Michaelerkirche ebenfalls von 28. November 2008 bis 6. Jänner 2009. Die Erlebnisbahn im 1. Österreichischen Weihnachtsmuseum im Stadtteil Steyrdorf ist besonders für Kinder ein außergewöhnliches Ereignis. Dazu kann man im Weihnachtsmuseum auch exquisiten Weihnachtsschmuck aus der Sammlung Kreuzberger, so wie jedes Jahr, bewundern.

In Steyr ist das tödliche Unfallrisiko am niedrigsten!

In Steyr passieren, bezogen auf die Einwohnerzahl, die wenigsten tödlichen Verkehrsunfälle in Oberösterreich, wie eine aktuelle VCÖ-Untersuchung zeigt. Linz und Wels belegen die Plätze zwei und drei. Besonders erfreulich: Die drei oberösterreichischen Städte sind unter den Top 10 im Österreich-Ranking des VCÖ.

Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage

Die Arbeitslosenquote im Oktober 2008 betrug 4,8 % und ist im Vergleich zum Vormonat um 0,6 % höher. Auch gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr erhöhte sie sich um 0,2 %.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im Oktober 2008 1.899 Personen. Diese erhöhte sich gegenüber dem Vormonat um 13,4 % (d.s. 225 Personen) und auch gegenüber dem Vorjahr erhöhte sie sich um 11,9 % (d.s. 202 Personen).

Im Oktober 2008 sind 340 offene Stellen gemeldet, das sind im Vergleich zum Vormonat um 41 Stellen weniger und auch gegenüber dem Vorjahr um 206 Stellen weniger.

Zum Thema „**Aktuelle Stunde**“ gibt es keine Anfrage. Ich bitte jetzt noch um die **Kenntnisnahme der Beschlüsse des Stadtsenates**, bevor ich zu den **Verhandlungsgegenständen** über gehe.

Bei den Verhandlungsgegenständen gibt es einen Dringlichkeitsantrag vom Herrn StR Mayrhofer unterzeichnet, von Michaela Frech und Frau Voglsam. Und zwar geht es da um eine Resolution an die Post

AG, speziell an die Bundesregierung. Ich gehe davon aus, dass das jeder schon durchgelesen hat. Wer diesem Antrag die Dringlichkeit zuspricht, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen und wird am Ende der Tagesordnung behandelt.

Ich bitte die Frau Vizebürgermeisterin den Vorsitz zu übernehmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke, ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BE: BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich komme zu meinem ersten Antrag. Hier geht es um den Abschluss eines Syndikatsvertrages mit der TIC Steyr GmbH. Der nunmehr abzuschließende Syndikatsvertrag soll die Verpflichtung der Stadt Steyr beinhalten zum Zwecke der ausgeglichenen Gebarung und zur Gewährung der Liquidität der TIC Steyr GmbH. in den Kalenderjahren 2008 bis 2011, zur Abdeckung des Bilanzverlustes eine Zahlung an die Gesellschaft in der Höhe des tatsächlichen Verlustes, in der Höhe von maximal 36.400 Euro zu leisten. Dieser Höchstbetrag von jeweils 36.400 Euro jährlich vermindert sich für den Fall, dass die Stadt Steyr entgeltliche Aufträge an die TIC GmbH. erteilt und jenen Betrag zu dem der entsprechende Auftrag erteilt wurde. Ich bitte diesem Antrag, so wie in den vergangenen Perioden, die Zustimmung zu erteilen.

1) Bau2-6446/86

Abschluss eines Syndikatsvertrages mit der TIC Steyr GmbH.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 12. 11. 2008 wird dem im Amtsbericht näher dargestellten Abschluss eines Syndikatsvertrages zwischen der TIC Steyr GmbH. einerseits

und der Stadt Steyr andererseits zugestimmt.

Zur Begleichung der daraus im Jahre 2008 fälligen Rate wird ein Betrag von

36.400,00 Euro

(sechsendreißigtausendvierhundert)

bei der VASSt. 1/289000/757100 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Zu Wort gemeldet hat sich Herr StR Mayrhofer, ich erteile es ihm.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Anfangs war dieser Beschluss gedacht als Überwindung der Anlaufschwierigkeiten und geplant war, dass der Kostendeckungsgrad oder die Gewinnerwirtschaftung des TICs so weit ist, dass wir nach einigen Jahren keinen Zuschuss mehr tätigen müssen. Es erfolgt jetzt, oder ist gerade in Erarbeitung, ein Strategiepapier über die Ausrichtung des TICs Richtung 2020. D. h., wie positionieren wir uns, wie soll auch die Ausrichtung des TICs passieren. Die Stimmen dazu waren im Aufsichtsrat sehr kritisch. Es musste eine Neuüberarbeitung in Auftrag gegeben werden. Ich würde vorschlagen, dass wir angesichts dieser Entwicklung nur zustimmen für das kommende Jahr, für 2009, und die weitere Beauftragung abhängig machen ...

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
2008/2009.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
2008/2009, aber nicht bis 2011, um hier abzuwarten, was ergibt das Strategiepapier, wie schaut die Entwicklung des TICs aus und nicht blind auch über die nächste Periode des Gemeinderates hinaus uns zu verpflichten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist der GR Payrleithner.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, werte Gäste. Das TIC Steyr, eine wichtige Angelegenheit, vor allem vor dem Hintergrund einer herauftragenden Wirtschaftskrise und vor allem auch als wichtiger Ideengeber, dass wir von der Monopolarbeitnehmerseite in Steyr, nämlich in Ausrichtung auf die Automobilbranche vielleicht doch etwas wegkommen. Die Großbetriebe leiden ja besonders

darunter, unter der derzeitigen Automobilkrise und das TIC wäre in erster Linie einmal gedacht gewesen, das TIC, vielleicht für jene Herrschaften hier herinnen die den Ausdruck nicht so kennen, das ist der Technologiepark im Stadtgut in Steyr, um von der herkömmlichen Industrie, Großindustrie, ausgerichtet auf die Fahrzeugindustrie neue Technologien zu entwickeln. Was uns nicht gefällt ist, dass wir heute sozusagen einen Blankoscheck abgeben und zwar, wenn man den vorletzten Satz herausstreicht, werden wir selbstverständlich dem zustimmen. Sollten die jährlichen Vorauszahlungen der Stadt usw. den tatsächlichen jährlichen Bilanzverlust übersteigern, so ist die Überzahlung bei den folgenden Geschäftsjahren anzurechnen, wobei die Anrechnung zur Gänze bei den jeweils nachfolgenden Quartalszahlungen erfolgt. D. h., wir sollen den Herrschaften unten jetzt schon eine Genehmigung geben, dass sie auch in die Zukunft mehr oder weniger ein Defizit erwirtschaften können ohne dass der Gemeinderat darüber berät, abstimmt. Das finden wir nicht in Ordnung. Über zukünftige Gelder sollen die gewählten Mandatare entscheiden und nicht der Herr Geschäftsführer des TICs. Wenn man das herausgibt, sind wir selbstverständlich seitens der Freiheitlichen GR-Fraktion bereit, dem zuzustimmen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Gut. Nächste zu Wort gemeldet ist die Kollegin Frech.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, meine Vorredner haben schon auf die wesentlichen Punkte hingewiesen. Wir sind uns glaube ich einig, dass wir das TIC auch weiterhin fördern sollten, dass es wichtig ist für Steyr, aber nicht hier und heute einen Vertrag zu beschließen, der wiederum reicht bis in das Jahr 2011, noch dazu mit gewissen Passagen. „Falls der tatsächliche Verlust eines Geschäftsjahres höher ist als jeweils jährlich 36.400 Euro, für die Jahre 2008 bis 2011, ist der Mehrbetrag auf die neue Rechnung für das nächstfolgende Geschäftsjahr vorzutragen.“ D. h., im Endeffekt müssen wir auch damit rechnen, dass wir höhere Zahlungen haben als die 36.400 Euro pro Jahr, nämlich wenn der Verlust um einiges höher ist. Aus diesem Grund, und dieser Antrag ist auch nicht, meines Wissens, in einen der Ausschüsse vorberaten worden und es geht hier immerhin um einen Vertrag der auch den nächsten Gemeinderat, der möglicherweise anders aussieht als der heutige, bindet und das ist nicht fair, stelle ich laut Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr folgenden Antrag zur Geschäftsordnung.

Gemäß § 8 Abs. 2 lit. h) und zwar die Zuweisung dieses Antrages an den Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss um diese Abänderung vorzunehmen auf diese Jährlichkeit.

Der nächste Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss findet laut Terminplan am 9. Dezember statt. D. h., es kann ohne Nachteil für die Sache abgewartet werden, dass wir am 9. Dezember diesen Vertrag noch einmal im Finanz- und Rechtsausschuss diskutieren, ihn dort dann auch noch umändern und dann auch im Gemeinderat beschließen, aber eben die Beschränkung, wie meine Vorredner gesagt haben, auf dieses eine Jahr.

Ein Abänderungsantrag ist uns jetzt leider nicht möglich, weil den müssten wir schriftlich ergehen lassen und ich glaube auch, dass man bei Verträgen so sorgfältig umgehen sollte, dass man keine Husch-Pfusch-Geschichte macht, deshalb Antrag

bitte auf Zuweisung an den Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

GR Apfelthaler.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Zum Geschäftsordnungsantrag.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ja, da hat ja auch jeder das Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Jede Fraktion hat eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung und ich möchte mich da ganz kurz halten, weil ich mir wünsche, dass wir die Debatte über das Finanzierungsmodell für das TIC dann weiter führen. Seitens unserer Fraktion werden wir den Antrag zur Geschäftsordnung nicht unterstützen. Wir wollen das Thema TIC schon heute noch ausführlich behandeln und dann einer Beschlussfassung zuführen.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Wir stimmen der Weiterleitung zu.

GEMEINDERAT

KURT APFELHALER:

Meine Damen und Herren im Gemeinderat. Wer wie ich in den letzten Tage des Öfteren unten war und die Entwicklung gesehen hat die sich hier abspielt, neue Bauten, viel mehr Leute als wie vor Jahren, kann unmöglich dem zustimmen hier eine Bremse einzulegen, weil uns eine Beschleunigung eher gut täte. Auch im Hinblick darauf, wenn man es im Vergleich sieht mit anderen Technologiezentren in ähnlicher Größe, ist die Förderung von 36.400 sicher diskussionswürdig, das ist mir schon klar. Es gibt aber auch, weil ich den Herrn Mayrhofer gesehen habe, Technologiezentren die durchaus auch Gewinne machen, das ist mir schon ganz klar, aber wahrscheinlich nicht in vergleichbarer Größe.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Auch in vergleichbarer Größe.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Ja, aber die sind wahrscheinlich an den drei Fingern einer Hand abzuzählen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Hast du nur drei Finger.

Gelächter

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Na ja, es gibt manche die haben nicht alle, die können nur bis drei zählen.

Ich glaube auch, dass der Hinweis auf eine Förderkulisse für das restliche Jahr 2008/2009 alles andere als wirtschaftsfreundlich ist, weil sich der Planungszeitraum natürlich vehement verkürzt und es sitzt ja jede Fraktion im Aufsichtsrat und hat jederzeit die Möglichkeit hier zu sagen das passt mir nicht oder das passt mir.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Das ist eh passiert.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Ja eh und trotzdem sage ich, dass wir über die Jahre eine gute Entwicklung da unten gehabt haben. Das sage ich ausdrücklich, weil ich am Anfang auch gewisse Gewissensbisse gehabt habe was das anbelangt, vor allen Dingen von der Größe her. Wenn wir jetzt zum Bremsen anfangen und sagen, was weiß ich, na ja, die 34.000 sind ein bisschen zu viel, und wenn schon, dann vielleicht nur ein Jahr, dann verlangen wir einerseits, dass der Aufsichtsrat bzw. die Geschäftsführung Gas gibt und schaut, dass sie innovativ ist und dort, wo das Geld herkommt bremsen wir ein bisschen und sitzen wir ein bisschen. Also, ein bisschen mehr Mut würde ich mir ehrlich gesagt schon wünschen. Wir werden natürlich dem Hauptantrag zustimmen und nicht jetzt an die Verweisung an den Finanz- und Rechtsausschuss.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Kollegin Frech.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Lieber Kurt Apfelthaler, es geht nicht darum die Zahlung an das TIC einzustellen, die 36.400 Euro einzustellen, sondern es geht schlichtweg nur darum das zu begrenzen einmal auf dieses eine Jahr. Wir können ja jederzeit, und das weißt du ganz genau, beschließen, im nächsten Jahr wiederum eine Förderung zu geben und wieder eine Förderung zu geben. Es gibt de facto auch diesen Grundsatzbeschluss das TIC zu fördern, da wird niemand aussteigen. Was aber der Punkt ist, und das sind diese Passagen, wo man de facto jetzt schon Bilanzverluste eigentlich in den Raum stellt und auch dann in einem Jahr nicht nur die 36.400 Euro, die man budgetiert hat, braucht, sondern möglicherweise 100.000 oder 120.000 Euro die wir gar nicht im Budget haben. Darum geht es. Es geht nicht darum das TIC auszuhungern. Es geht darum, das TIC auch weiter zu fördern, aber eben einzelne Passagen zu beraten. Ich denke mir, dass wir schon genug Verträge gehabt haben in der Stadt Steyr, die eben zu wenig vorberaten worden sind und deshalb manches übersehen worden ist. Dieser Antrag ist nicht vorberaten worden und würde, denke ich mir, eine Vorberatung brauchen. 9. 12., das ist kein wirklich weiter Zeitpunkt bis dahin. D. h., es entsteht niemand ein Schaden, ganz im Gegenteil, es ist dann noch besser für das TIC wenn das auch wirklich ordentlich gemacht wird, von der vertraglichen Seite.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke.
Es ist ja eh begrenzt mit 36.400 Euro.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Nein.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja, das ist begrenzt, ich kann einmal einen Vorgriff machen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Gut. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag zur Geschäftsordnung. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, den er-suche ich um ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, FPÖ, Bürgerforum Steyr. Wer ist dagegen? SPÖ, Grüne. Der Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen jetzt wieder zum Hauptantrag zurück. Herr Vzbgm. Bremm hat sich zu Wort gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen, werte Gäste. Ich glaube man muss einmal auch ein Bekenntnis in Richtung TIC abgeben. Wir alle waren vor Jahren stolz darauf, dass auch Steyr, wie in manch anderen Regionen Oberösterreichs und Österreichs, ein Technologiezentrum erhalten hat, dass man da zu dem einfach einmal auch eine Grundsatzhaltung, zu dieser Einrichtung, einnimmt. Wir waren auch sehr stolz darauf, dass wir einen äußerst prominenten Architekten für diese Einrichtung gewinnen konnten.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Unser treuer Freund.

VIZEBÜRGERMEISTER

Ich komme eh noch darauf. Aber er ist schon sehr prominent und alle waren stolz und ganz Steyr, jetzt meine ich nicht die gesamte Bevölkerung, aber alle die mit diesem Projekt zu tun gehabt haben waren stolz, dass Architekt Holzbauer doch eine sehr gute architektonische Planung vollbracht hat. Es war auch die Absicht und es war auch die Überlegung, und das ist richtig wie es angeführt worden ist, dass das TIC sich einmal als Selbstläufer entwickeln soll, also, dass es kein Zuschussbetrieb sein soll, sondern, dass nach etlichen Jahren der Konsultierung, der Festigung, dort auch dementsprechende Erträge erwirtschaftet, um auch die Kredite, die aufgrund der Errichtung

dieses Hauses notwendig waren, selbst begleichen kann. Wir diskutieren aber jetzt, und da komme ich wieder zurück zur Architektur, sie ist zwar wunderschön und es ist ein ganz tolles Haus, ich glaube es gibt auch in diesem Kreis niemanden der sagt, das ist nicht ein gelungenes architektonisches Werk, aber wie halt so gewisse Dinge oft sind, im Detail liegt dann der Hund. Und zwar in der wirtschaftlichen Nutzung sind wir uns alle, alle die im TIC tätig sind, die mit dem TIC in vertraglichen Verbindungen sind, haben erkennen müssen, dass die Architektur, die sehr großzügig ist und sehr viel Freiraum schafft, wirtschaftlich halt seine Probleme hat. Unter diesem Aspekt leidet halt das TIC. Es sind alle, eingeschlossen mit dem Land OÖ, der TMG, die Einrichtung von OÖ, der Genussrechtgeber, das sind Versicherungen und Banken die hier mit dabei sind, inkl. Aufsichtsratsmitglieder wo alle Fraktionen ja im Aufsichtsrat vertreten sind, haben das zur Kenntnis nehmen müssen und erkennen und sehen, dass es halt sehr schwierig ist dort wirklich eine wirtschaftliche, also so zu wirtschaften, dass plus minus Null herauskommt. Es ist eh nicht gedacht, dass dort dementsprechende Gewinne erzielt werden sollen. Die Überlegung ist ja, hier eine Einrichtung zu haben um auch die Region Steyr im technologischen Bereich dementsprechende Unterstützung zu haben, wo wir uns mit der Entwicklung der Region und der Stadt auch intensiv beschäftigen. Ich weise schon sehr massiv zurück, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass hier so getan wird, dieser Vertrag ist nicht gescheit vorbereitet worden. Wir wissen, im Aufsichtsrat, die Mitglieder des Aufsichtsrates, und auch die Kollegin Frech sitzt im Aufsichtsrat, und wir wissen alle sehr genau, wie die ganze Diskussion zu dem Syndikatsvertrag zustande gekommen ist. Das ist nicht irgendwo eine Husch-Pfusch-Aktion, wie du sie gerne bezeichnest, sondern das ist sehr wohl intensiv in mehreren Aufsichtsratssitzungen des TICs, ist diese Vorgangsweise vorbereitet worden. Es ist ja nicht nur alleine ein Schritt der Stadt Steyr, sondern es ist auch mit den Genussrechtspartnern, mit der TMG OÖ, mit dem Land OÖ, ist hier eine Vorgangsweise gewählt worden, wie wir das TIC doch finanziell auf halbwegs vernünftige

Beine stellen können. Da ist halt der Beitrag der Stadt Steyr, die auch ein großer Nutznießer dieser Einrichtung ist, auch mit eingebunden. Ich glaube, dass das wirklich eine hervorragende Einrichtung ist. Es ist ja schon erwähnt worden, dass sich das TIC auch ausgezeichnet entwickelt hat. Wir haben in der Belegung des Hauses, und hie und da komme ich mir vor, ich war zwar über 30 Jahre Gewerkschafter und Betriebsrat und habe zum Teil andere Positionen eingenommen, wie wenn ich der Wirtschaftskämmerer wäre und der Kollege Mayrhofer wäre der Arbeiterkämmerer. So habe ich oft den Eindruck, weil ich es oft nicht verstehe, weil wir das TIC auch indirekt als Wirtschaftsförderung zu betrachten haben. Es ist eine Startposition für Jungunternehmer die dort zu vernünftigen, für sich leistbare Tarife eingemietet sind, dort eine wirkliche Startchance haben und auch somit unterstützt werden. Es wäre leicht, dort das wirtschaftlich zu führen, wenn wir die Mietpreise dementsprechend in die Höhe schrauben, dass wir sagen, die Miete ist dort für die Region eine angebrachte Miete, dann wäre das TIC, ich weiß schon du kommst dann, das kann man nicht mit den Mietpreisen vergleichen, aber das Geld hat kein Mascherl. In Wirklichkeit geht es um die Gesamtkosten des TIC, also ist das auch eine indirekte Wirtschaftshilfe und eine Wirtschaftssubvention für Junge Unternehmer, jetzt nicht an Lebensjahren jung, sondern an Gründungsunternehmer die hier Fuß fassen können. Ich glaube, da gibt es auch eine erfolgreiche Bilanz über die ganzen Jahre, was aus dem TIC herausgekommen ist. Eines ist auch klar und das sollte uns in diesem Kreise auch bewusst sein und hier sollten wir auch eine Grundposition einnehmen, ob wir wollen vom TIC dass das rein ein Haus ist wo wir eine Verwaltung wollen, die nur ein paar Büroräume vermietet, oder ob wir dort auch Impulse herausbekommen wollen die sich mit übergreifenden Themen mit der Entwicklung der Stadt auseinander setzen. Ich glaube, zumindest ist es unsere Haltung, der SP-Fraktion, aber ich glaube nicht nur unsere, sondern da sind sicherlich auch andere dieser Meinung, dass das TIC einfach mehr ist als nur ein Verwaltungsgebäude wo Jungunternehmer untergebracht sind. Also, zu dem wird man

stehen müssen. Wir brauchen, und das sehen wir gerade in der jetzigen Diskussion die stattfindet, einfach Impulse in einer Region die Innovativ sind und nicht vergleichbar mit jedem dort, ich sage jetzt nicht Saudörfel wie es sonst so mein spaßiger Gebrauch ist, sondern mit anderen Gemeinden oder anderen Regionen. Wir brauchen hier eine Einrichtung und Leute dort die nachdenken wie wir zu hochmodernen, interessanten Projekten kommen. Das ist nicht immer wirtschaftlich messbar, weil da kann man nicht immer gleich daraus dementsprechende Erträge erwirtschaften, aber ich glaube, aufgrund unserer wirtschaftlichen Position die wir in Steyr inne haben, wo wir ein interessanter Standort für nach wie vor nationale und internationale Konzerne sind, ist es wichtig, sich hier auch mit solchen Dingen zu beschäftigen. Darum glaube ich und ersuche ich auch, im Interesse des TICs, hier dieser Vereinbarung, diesem Syndikatsvertrag die Zustimmung zu geben. Es ist nicht so, wenn die jetzt mit den 36.000 nicht auskommen, dass der Verlust unendlich abgedeckt wird. Es steht in dem Passus nämlich ganz genau drinnen: „Sollten die jährlichen Vorauszahlungen der Stadt den tatsächlich jährlichen Bilanzverlust übersteigen, so ist die Überzahlung auf die Vorauszahlung des folgenden Geschäftsjahres anzurechnen.“ Also, es ist limitiert. Auf alle Fälle in diesem Zeitraum bis 2011 ist es mit jährlich 36.400 Euro vorgesehen. Es kann aber sein, dass in diesen vier Jahren einmal, was weiß ich, 40.000 Euro fällig werden, aber im darauffolgenden Jahr um den überzogenen Betrag wieder zu reduzieren ist. Also es ist schon limitiert auf diese 36.400 Euro.

Unverständlicher Zwischenruf von Frau GR MMag. Frech

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Da hast du falsch gelesen.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Ich habe nicht falsch gelesen. 36.400. Wenn in einem Jahr z. B. das Dreifache benötigt wird, dann werden wir 36.400 mal drei zahlen müssen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nein.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Moment einmal. Der Herr Vzbgm. Bremm ist am Wort

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Ist schon richtig, aber dann gibt es die nächsten Jahre nichts mehr. So steht das drinnen. Also, es ist limitiert auf vier Jahre, bis 2011 ist das limitiert mit jährlich 36.400 Euro, wobei in einem Jahr vielleicht zwei Raten sein könnten, theoretisch, wo das 72.800 Euro sind, und im darauffolgenden Jahr nichts zu bezahlen ist. Also, es ist limitiert.

Ich möchte noch eines dazu sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren, für die Nichtinsider. Diese Vorgangsweise wie man das TIC finanziell auch wieder auf die Beine bringt und dass wir das finanziell auch absichern um nicht da größere Verlust einfahren zu müssen, ist das auch mit den Genussrechtspartnern, die sind auch zur Kasse gebeten worden und das wissen die Aufsichtsratsmitglieder sehr genau. Es ist die TMG OÖ, das Land OÖ mit LR Sigl und mit den Genussrechtspartnern ...

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Raika, Sparkasse.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
... Raika, Sparkasse, die Wiener Städtische Versicherung ist als Genussrechtspartner drinnen, mit allen ist das Gesamtpaket, und das war Voraussetzung, dass ein Gesamtpaket für das TIC geschürt wird und das ist unser Beitrag dabei. Ich ersuche da wirklich im Interesse des TICs, das so zu beschließen und die nicht so als Bittsteller hinzustellen, na wenn ihr nächstes Jahr nicht ganz so brav seid, dann bekommt ihr es nicht und wenn ihr brav seid, dann bekommt ihr es. So ein bisschen den Beigeschmack hat das. Also, wir sollten ein klares Bekenntnis auch zu dieser Einrichtung abgeben.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, irgendetwas ist da ganz offensichtlich komplett missverstanden worden. Die ÖVP hat gesagt, wir stimmen der Subvention, der jährlichen Subvention für das TIC zu, aber nicht im Voraus bis 2011, sondern jeweils für ein Jahr, jetzt, nachdem 2008 ja praktisch schon vorbei ist, für zwei Jahre. Man muss eines auch einmal klar machen, TIC ist nicht zu verwechseln mit Stadtgut. D. h., wir sprechen vom Technologiezentrum, nicht vom Gewerbepark Stadtgut GmbH. Dann muss ich den Kollegen Bremm korrigieren, weil er es so hingestellt hat, dass die Krux an der Geschichte die Architektur des Herrn Architekten Holzbauer ist. Der Verlust des TICs rührt nur zu einem kleinen Teil aus dem Vermietungsbereich her. Der wesentlich größere Verlust entsteht aufgrund sehr hoher Verwaltungskosten, die haben mit dem Bau nichts zu tun, sondern nur mit dem Zuviel an Personal, und es hängt zusammen, dass die Projekterlöse nicht eingetreten sind, obwohl sie in anderen Technologiezentren eingetreten sind. Genau da hat sich auch die Kritik bitte schön der Aufsichtsräte daran entzündet, dass man gesagt hat, man ist mit dieser Entwicklung nicht zufrieden und nicht einverstanden und hier müssen Maßnahmen für die Zukunft getroffen werden. Darum auch mein Hinweis, warten wir ab was da rauskommt, geben wir nicht blind jetzt die Zustimmung.

Der Herr Kollege Bremm hat hingewiesen auf Vereinbarungen die mit den anderen Partnern, Kapitalgebern, getroffen wurden. Aber er verwechselt da anscheinend etwas. Wir reden von einem Zuschuss für den laufenden Betrieb und in dieser Vereinbarung, die im Aufsichtsrat sehr wohl natürlich beraten und beschlossen wurde, ging es um eine Eigenkapitalaufstockung, die die Stadt sowieso auch vorgenommen

hat, aber nicht um diesen Syndikatsvertrag. Dieser Syndikatsvertrag, den braucht bitte schön die Geschäftsführung, damit sie den laufenden Betrieb ausgleichen kann. Das andere, da ist es darum gegangen, dass man gesagt hat, die Eigenkapitaldecke ist zu gering, wir brauchen zu viel Fremdkapital, wir müssen schauen, dass die Zinsbelastung sinkt und darum ist eine Aufstockung des Eigenkapitals passiert. Zugestimmt, überhaupt keine Frage. Hier geht es nicht, bitte schön, das möchte ich schon einmal erwähnen, weil das ist eine Fehlinterpretation, dass wir uns dagegen aussprechen, dass wir das Technologiezentrum unterstützen, nur bin ich gegen einen Freibrief. Es kann nicht sein, dass man jemanden sagt, bemühe dich nicht, sondern du bekommst eh das Geld, egal was du machst. Wenn du einen Verlust machst, bekommst du es eh. Das kann nicht sein. Jeder muss wirtschaften, jeder muss schauen, dass er das Bestmögliche rausholt, vor allem dann, wenn er mit öffentlichen Geldern arbeitet und diese Verpflichtung ist da und davon möchte ich auch die Geschäftsführung nicht entlasten. Darum, bitte schön, unser Vorschlag das zu beschränken auf einen Zeitraum der sowohl übersichtig ist und vor allem auch, lieber Herr Bürgermeister, wir haben nächstes Jahr Wahl, wer weiß wie da das Ergebnis ist.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlusswort Herr Bürgermeister bitte.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mir auch ein paar Worte zu dem Thema TIC und Gründerzentrum sagen. Ich glaube, wir müssen grundsätzlich sagen, dass wir sehr froh sein können, dass wir diese Einrichtung hier in Steyr haben. Ich habe erst diese Woche einen Besuch gehabt, da waren Herren aus Amerika, aus der Schweiz, ein Chinamann war auch hier und die haben sich diesen Bereich auch angesehen und die waren

voll des Lobes. Sie haben schon mehrere Technologie- und Innovationszentren in Österreich und in Oberösterreich gesehen und sie haben gesagt, diese Konzentrierung von Hochtechnologie auf einem Platz ist selten so dicht wie hier in Steyr. Das muss man auch ganz klar sagen. Da brauchen wir keinen Vergleich zu scheuen zu anderen Bereichen. Ich bin natürlich auch sehr dafür, dass gerade in diesem Bereich von den beiden Geschäftsführern, und einer sitzt ja hier, der Herr Mag. Lemmerer, dass hier auch als regionaler Innovator ganz wesentliche Impulse in unsere Region eingehen und das ist auch in der Vergangenheit sehr gut gelungen. Ich gebe dir schon Recht Gunter, dass wir diskutiert haben darüber, dass die Eigenkapitaldecke nicht so groß war und dass wir deswegen auch besondere Maßnahmen gemacht haben. Ich bin aber dafür, dass wir genau diesen Syndikatsvertrag machen um wieder auch der Geschäftsführung die Sicherheit zu geben in den nächsten Jahren entsprechend positive Tätigkeiten für diesen Bereich zu lukrieren. Es ist auch klar, und das muss man der Ehrlichkeit halber auch sagen, die Projekte die in der Vergangenheit dort abgewickelt wurden, vor 3, 4 oder 5 Jahren waren noch sehr viele Projekte da, in der Zwischenzeit gibt es halt auch sehr viele Anbieter die sich um Projekte bemühen und immer wieder schauen, dass sie Projekte an Land ziehen und da ist halt einer der vielen, der sich da halt bemüht hier solche Aufträge und solche Projekte zu bekommen, und es wird immer schwieriger, weil auch die Förderszene in Österreich nicht mehr so komfortabel ist, das kann glaube ich der Herr Altmann sicher genauer bestätigen, wie es noch vor 5, 6 Jahren war. Das wollte ich eigentlich zu diesem Thema noch einmal festhalten und auch dafür plädieren, dass sich hier eine große Zustimmung breit macht. Ich bitte um die Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ und Grüne. Wer ist gegen den Antrag? 1 ÖVP (StR Mayrhofer). Wer übt Stimmenthaltung? 4

ÖVP, FPÖ, Bürgerforum Steyr. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bei meinem 2. Antrag geht es um den Sportklub Vorwärts Steyr, um die Abschreibung von offenen Forderungen. Mit Beschluss des Landesgerichtes vom 12. 01. 2000, wurde über das Vermögen des Sportklubs Vorwärts Steyr das Konkursverfahren eröffnet. Der Magistrat der Stadt Steyr hat in diesem Verfahren die aushaftenden Abgabenrückstände in der Höhe von 87.858,16 Euro fristgerecht angemeldet.

Nach Aufhebung des Konkurses und Überweisung einer 20 %igen Quote in drei Teilbeträgen – insgesamt 17.571,64 Euro – verbleiben nunmehr nachstehende Abgabenrückstände, welche als uneinbringlich angesehen werden können und daher abzuschreiben sind.

Ich bitte diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

2) ÖAG-2/94

Sportklub Vorwärts Steyr; 4400 Steyr, Volksstraße; Abschreibung offener Forderungen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Steuerangelegenheiten vom 27. Oktober 2008 wird die Abschreibung der offenen Forderungen gegenüber dem abgabepflichtigen Sportklub Vorwärts Steyr, 4400 Steyr, Volksstraße, in der Höhe von insgesamt Euro 70.286,52, gemäß § 181 der OÖ Landesabgabenordnung, LGBl. Nr. 107/1966 i.d.g.F., genehmigt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, ich werde diesem Antrag nicht die Zustimmung erteilen und zwar aus

mehreren Gründen. Der eine Grund ist, wenn Sie sich den Amtsbericht ansehen, es geht immerhin um eine Summe von 70.286,52, die an Wasserbezugsgebühr, Zählermiete, Kommunalsteuer, Lustbarkeitsabgabe, Gasabrechnung usw. zustande gekommen ist. Dann steht auch im Amtsbericht drinnen, dass gem. § 181, Abs. 1 der OÖ Landesabgabeordnung Abgabenschuldigkeiten von Amts wegen durch Abschreibung gelöscht werden, wenn alle Möglichkeiten der Einbringung erfolglos versucht wurden oder Einbringungsmaßnahmen offenkundig aussichtslos sind. Das ist für mich der Punkt, und ich darf Sie noch daran erinnern, wir haben uns durch Meter an Akten durchgekämpft im Bereich Vorwärts, wo nicht mehr klar war, wie viel schuldet uns die Vorwärts wirklich und wie viel schuldet sie uns nicht. Das ist bis heute noch nicht ganz geklärt, wir werden heute noch einen Tagesordnungspunkt dazu haben. Und zum anderen hat man gemerkt, in diesem Aktenstudium, dass man, wie es noch Zeit gewesen wäre, nämlich jetzt nicht im Nachhinein nach dem Konkurs, schon sehr viel früher, Abgabenrückstände einzufordern, dann hätte man diese Abgabenrückstände auch einfordern können. Nur man hat es nicht getan. Sie wissen ja alle, dass der Rechnungshof hier im Hause war, diese Causa geprüft hat, bis dato gibt es keinen Rechnungshofbericht, d. h. ich werde hier nicht der Abschreibung offener Forderungen zustimmen, noch dazu wo keine Dringlichkeit entsteht, weil wir reden hier von Forderungen die eigentlich bereits aus dem Jahr 2000 herum sind. Ob wir da jetzt noch ein paar Monate warten oder nicht, das spielt keine Rolle, wir haben 2008. Ob wir das jetzt Anfang 2009 beschließen, auch egal. Aber ich würde wirklich davor warnen, das jetzt zu machen, wo es nicht den Rechnungshofbericht gibt, wo es keine Notwendigkeit gibt das zu tun. Jetzt haben wir 8 Jahre lang gewartet, jetzt werden wir die paar Monate noch warten können um diesen Rechnungshofbericht abzuwarten. D. h., ich würde Sie wirklich bitten, diesen Antrag von der Tagesordnung abzusetzen. D. h., Antrag zur Geschäftsordnung, Absetzung von der Tagesordnung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Jede Fraktion hat eine Wortmeldung zum Antrag zur Geschäftsordnung.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Keine Zustimmung zum Antrag zur Geschäftsordnung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Herr Mayrhofer.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Ja, diese Causa verfolgt uns schon einige Zeit und wird uns wahrscheinlich auch noch länger verfolgen. Ich glaube aber, dass es bei diesem Antrag um einen Formalakt geht. Ein Konkursantrag ist abgewickelt worden, es hat einen Masseverwalter gegeben, es ist gerichtlich alles abgeklärt. D. h., ich sehe aus derzeitiger Sicht keinen Grund, warum man diesen Beschluss nicht fassen sollte und darum werden wir der Absetzung nicht zustimmen sondern dem Hauptantrag.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Haben die Grünen dazu eine Wortmeldung?

GEMEINDERAT

ANDREAS KUPFER:

Keine Zustimmung zur Absetzung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Freiheitliche? Keine.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag zur Absetzung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. 1 (Bürgerforum Steyr). Wer ist dagegen? SPÖ, ÖVP, Grüne, FPÖ. Wer übt Stimmenthaltung? Niemand. Der Antrag zur Absetzung wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen wieder zum Hauptantrag. Wer wünscht das Wort? Herr Vzbgm. Bremm bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen, es ist eh schon erwähnt worden, aber ich möchte das noch einmal bekräftigen, dass ja das, was wir jetzt beschließen, ein letzter Akt des Konkursverfahren mit dem Ausgleich dann, es war zuerst ein Konkursverfahren und ist dann in einen Ausgleich umgewandelt worden, und das ist der Abschluss. Wir haben ja diese offenen Forderungen, die hier diskutiert werden, sind in das Konkursverfahren von der Stadt eingebracht worden. Wir haben im Ausgleich auch die Quote bekommen die seinerzeit bei Gericht festgelegt worden ist, und wie es genau festgelegt ist, verzichten dann die Schuldner, die ein Geld bekommen, auf den restlichen Teil und das ist der letzte Akt der ist. Wie der Kollege Mayrhofer schon gesagt hat, ist das wirklich nur ein reiner Formalakt den wir heute zur Beschlussfassung haben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Wer ist gegen den Antrag? Niemand. Wer übt Stimmenthaltung? 2 (1 FPÖ – GR Dr. Zöttl, 1 Bürgerforum Steyr). Wer ist für den Antrag? SPÖ, ÖVP, Grüne, 1 FPÖ. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem 3. Antrag geht es um den Nachtragsvoranschlag 2008. Hier geht es um folgende Änderungen. Der ordentliche Haushalt mit Gesamteinnahmen von 102.709.400 Euro wird auf 104.032.300 Euro erhöht, ebenso bei den Gesamtausgaben. Der außerordentliche Haushalt von 11.306.300 auf 19.138.400 Euro. Die genauen Unterlagen sind jeweils in Ihren Unterlagen vorhanden. Ich bitte dem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

3) Fin-110/08

Nachtragsvoranschlag 2008.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Beschluss des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 13. Dezember 2007, Fin-100/07, womit der Voranschlag 2008 genehmigt wurde, wird im Sinne des beiliegenden Nachtragsvoranschlages für das Jahr 2008 wie folgt abgeändert:

1. Der ordentliche Haushalt

die Gesamteinnahmen von
Euro 102.709.400 auf **€104.032.300,--**

die Gesamtausgaben von
Euro 102.709.400 auf **€104.032.300,--**

somit ausgeglichen € 0,--

2. Der außerordentliche Haushalt

die Gesamteinnahmen von
Euro 11.306.300 auf **€19.138.400,--**

die Gesamtausgaben von
Euro 11.306.300 auf **€19.138.400,--**

somit ausgeglichen € 0,--

Die übrigen Bestimmungen des Gemeinderatsbeschlusses vom 13. Dezember 2007 betreffend den Voranschlag für das Jahr 2008 bleiben unverändert.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich die Kollegin Frech.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Wenn man sich diesen Nachtragsvoranschlag für 2008 ein bisschen zu Gemüte führt, dann muss man nüchtern feststellen, die Rücklagen sind gesunken. Der Rücklagenstand am Anfang des Jahres 2008 waren 11.988 Euro. Rücklagenstand per Ende 2008 nur mehr 8.453.800, der Rücklagenstand geht nach unten. Bei den Darlehen schaut es ein bisschen anders aus. Anfänglicher Stand der Darlehen, laut Rechnungsabschluss 2007 rund 56 Millionen. Darlehenstand per Ende 2008 61.897.300. Sinkende Rücklagen, steigende Darlehensaufnahmen. Herr Bürgermeister ist dir bewusst, dass jeder Bürger, jede Bürgerin dieser Stadt, vom Baby bis zum Greis, einen Schuldenstand in zwischen hat, rein was die Stadt betrifft und nicht den eigenen, von 1.573,43 Euro bzw. der Kollege Bremm hat das immer noch so gerne in Schilling, 21.651 Schilling. Das ist der Schuldenstand für jeden

in dieser Stadt, vom Baby bis zum Greis, noch dazu bei sinkender Einwohnerzahl, das muss man auch dazu sagen. Wir sind eine der wenigen Städte die rückläufige Quoten haben bei den Einwohnern. Wir liegen inzwischen, laut Volkszählung, unter 40.000, wir haben nur mehr 39.339 Einwohner, Tendenz hoffentlich nicht weiter sinkend. Jetzt könnte man dann diesen Nachtragsvoranschlag, Sie sehen, das ist ein relativ dickes Werk, da könnte man viele Positionen herausfassen. Ich beschränke mich auf einige die mich ein bisschen stutzig gemacht haben. Das eine ist z. B. einmal, da sind wir wieder beim Thema Vorwärts, ich kann mich gut erinnern, dass wir im Voranschlag 2007 einen Posten hineingenommen haben bzw. in den Nachtragsvoranschlag, Entschuldigung, eine Position hineingenommen haben mit damals 800.000, was die Vorwärts anbelangt. So, und jetzt stehen in diesem Nachtragsvoranschlag für das Jahr 2008 glücklicherweise nicht mehr 800.000 Euro drinnen, weil inzwischen hat die Opposition ja Gott sei Dank nachgewiesen, dass, wenn schon Forderungen da wären, seitens der Raika, dann sind das nicht 800.000 sondern maximal 635.000. Zumindest stehen jetzt diese 635.000 Euro drinnen. Ich frage mich, warum die jetzt herinnen stehen. Der Rechnungshofbericht ist noch immer nicht fertig. Wir werden das auch nicht zahlen müssen, gehe ich davon aus, hoffe ich zumindest. Vor allem ist ja unsere Rechtsposition seitens der Stadt die, dass wir davon ausgehen, dass wir nicht zahlen müssen. Und dann eine Position hineinzugeben mit 635.000 Euro, noch einmal, das verstehe ich jetzt nicht ganz, aber das wird der Finanzdirektor Lemmerer sicherlich uns gerne erklären. Aber dessen ungeachtet, egal ob jetzt 800.000 drinnen waren und jetzt die 635.000, etwas hineinzugeben in einen Nachtragsvoranschlag was gar nicht anfällt, halte ich für etwas eigenartig. Ja, und dann gibt es noch einige Ausgaben ...

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:

Darf ich eine Zwischenfrage stellen?

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Freilich, gerne.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Habe ich das richtig verstanden, dass du sagst, die Rechtsposition der Stadt ist, dass wir nicht bezahlen müssen.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Ja. Also die Rechtsmeinung der Opposition ist jene, dass wir nicht zahlen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Nicht der Stadt, so musst du es sagen.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Ja, an sich sollte aber die Stadt die Interessen der Bürgerinnen und Bürger vertreten, das wäre also schon ganz günstig. Wenn die Stadt natürlich eine andere Position vertritt, als die Interessen der Bürgerinnen und Bürger zu vertreten, dann ist das auch recht.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Da haben wir Beschlüsse gefasst in der Richtung.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Ja, nur leider, Herr Bürgermeister, werden in dieser Stadt Beschlüsse, und dazu kommen wir heute auch noch, gefällt, die entweder nicht rechtsgültig sind oder von unzuständigen Organen oder Verordnungen die gar nicht eingehalten werden obwohl sie Rechtsgültigkeit haben. Das ist Faktum in dieser Stadt und das sind keine Behauptungen, das lässt sich alles inzwischen längst beweisen und nachvollziehen.

Ja, ich gehe davon aus, dass meine Nachredner auch noch einiges sagen werden zu diesem Nachtragsvoranschlag, einige Punkte die noch aufklärungsbedürftig sind, aber Faktum ist, Rücklagen sinken, Schuldenstand steigt. Und wie gesagt, seien Sie sich bewusst, das war in Jahren wo es uns gut gegangen ist. Einen Schuldenstand zusammen zu bekommen, pro Einwohner

von 21.651 Schilling oder 1.573 Euro ist gewaltig in Zeiten einer guten Konjunktur die wir hinter uns haben. Ich möchte nicht wissen, was jetzt dann in Zukunft passiert, wenn die mageren Zeiten kommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Payrleithner.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Wir haben dem Budget 2008 nicht zugestimmt. Der heute verhinderte Fraktionsobmann Eichhübl als Finanzexperte hat ja das damals auch ausreichend begründet und leider sind seine Befürchtungen im Großen und Ganzen tatsächlich eingetreten und wir werden daher auch natürlich dem Nachtragsvoranschlag in dieser Form nicht zustimmen. Ich darf vielleicht auf eine Zahl hinweisen, 7,8 Millionen alleine der außerordentliche Haushalt, eine zusätzliche Belastung für den Staatssäckel. Ich frage mich wie das eigentlich weiter geht 2009/2010, wenn in den guten Jahren 2006/2007/2008 mit starkem Wirtschaftswachstum, hervorragenden Produktionszahlen, guter Kommunalsteuereinnahme usw., da frage ich mich nur was wir nächstes Jahr machen und auch 2010, weil die Wirtschaftsprognosen sind alles andere als rosig, leider, vor allem auch in Steyr mit unserer doch sehr einseitig ausgerichteten Industrie, da wird wahrscheinlich die Kommunalsteuer nächstes Jahr ziemlich einbrechen. Wir werden die Zahlen sicher nicht halten, aber das werden wir ja dann bei der Budgetdebatte demnächst noch besprechen können.

Ein kleines Detail, ist auch ganz interessant, mir ist z. B. aufgefallen, bei den hier aufgelisteten Mehrausgaben gibt es im Sportheim Münchenholz eine Steigerung von 566 %. Da muss es so gut isoliert sein, dass man mit einer Kerze das ganze Gebäude dort heizen kann. Das ist auch interessant, solche Steigerungsstufen. Ich darf noch einmal hinweisen, dass wir dem nicht zustimmen werden und vielleicht von einer besseren, optimistischeren und realistischeren Budgetpolitik in Zukunft ausgehen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Ein Großteil dieser Mehrausgaben sind natürlich Übertragungen aus dem letzten Jahr.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Speziell in deinem Bereich.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Selbstverständlich. Wenn jetzt ein Bauwerk fertig wird, wird die Abrechnung nicht mehr heuer abgerechnet sondern erst im nächsten Jahr und damit ist eine Übertragung im nächsten Jahr notwendig. D. h., die Erklärbarkeit dieser Übertragungen ist unbestritten. Sich nur dann beim Budget herzustellen und sagen, wir haben so gut gewirtschaftet, wir haben einen ganz anderen Ansatz gehabt und haben viel weniger gebraucht, ich glaube so naiv ist niemand mehr, dass er das glaubt. D. h., ich brauche Übertragungen, das ist überhaupt keine Frage. Wir haben jetzt im Nachtragsvoranschlag das wieder drinnen. Ich sehe keine Notwendigkeit, dass wir die Haftung der SK Vorwärts Steyr im Nachtragsvoranschlag hinein geben. Das gehört in den Voranschlag für das nächste Jahr hinein. Da vermisse ich es aber, da ist es nicht drinnen. Ich werde heute noch ausführlich dazu Stellung nehmen können, dass selbstverständlich auch die Rechtsmeinung der Stadt ist, dass wir nicht bezahlen müssen.

Was mir aufgefallen ist, da ist drinnen, Gebäudeankauf Sparkasse Resthof. Wir haben gestern glaube ich Fraktionsvorsitzendenkonferenz gehabt, mir ist nichts bekannt, dass irgendetwas besprochen wurde, dass die Stadt irgendein Gebäude kauft. So, Herr Bürgermeister, kann man als Finanzreferent mit seinen Kollegen, wenn man die Zustimmung will, sicher nicht umgehen. Wir werden dem nicht zustimmen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich möchte zwei Punkte aus diesem Nachtragsvoranschlag herausgreifen, zusätzlich zu den bisher gesagten, man mag zwar meinen, das sind Peanuts, aber viele Peanuts machen auch etwas aus und sie bestätigen vor allem das, dass man keine Reaktion zeigt auf Vorkommnisse. Das eine ist, Sie können sich noch erinnern, das war in einer der letzten Gemeinderatssitzungen, was zu großer Erheiterung geführt hat, dieses Schreiben einer Magistratsabteilung an eine andere, dass ja eigentlich bei uns der Strom zum Fenster hinaus geht, dass zum Fenster hinaus geheizt wird, dass auch bei Tageslicht die Lichter brennen und oft stundenlang, obwohl sich niemand im Raum befindet. Das hat dann Auswirkungen, weil dann sieht man z. B. im Amtsgebäude, Stromkosten, waren im Voranschlag 2008 80.000 Euro, im Nachtragsvoranschlag kommen 10.000 dazu, d. h., jetzt haben wir 90.000. Da kann man sagen, na gut, 10.000 Euro auf oder ab, aber mit diesen 10.000 Euro könnte man etwas tun, würde man auf Kontrollberichte reagieren. Nur auf Kontrollberichte wird in diesem Haus leider nicht reagiert, da wird nicht Strom gespart.

Ein anderer Punkt ist, im Bereich der Volkshochschule. Ich kann mich erinnern, dass ich mich, das ist nämlich eine falsche Sparpolitik die man dann betreibt, man hat leider bisher, also bisher war es so, in früheren Zeiten, dass das Programm der Volkshochschule im Amtsblatt war. Dann hat man aus falsch verstandener Sparsamkeit das Programm herausgenommen und hat eines gemacht, gesagt, das steht eh im Internet und das können sich die Leute ja eh besorgen wenn sie unbedingt wollen. Was ist aber Faktum? Faktum ist natürlich, wenn ich mein Angebot nicht gut vermarkte, dann wird es auch nicht in An-

spruch genommen und deshalb haben wir auch jetzt einen Rückgang bei den Kursbeiträgen. Nicht weil wir billiger geworden sind, wir sind teurer geworden, aber wir haben anscheinend weniger Kursteilnehmer, weil sonst hätten wir nicht laut Voranschlag 2008 180.000 Kursbeiträge, aber im Nachtragsvoranschlag 20.000 weniger und deshalb nur mehr 160.000. Da verzichtet man auf 20.000 Einnahmen nur weil man nicht mehr bereit ist im Amtsblatt, wie früher, ein Programm hineinzugeben.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das ist der Grund?

Zwischenruf: Das glaubst du doch selber nicht.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Das belegen die Zahlen.

STADTRAT
WALTER OPPL:
Die Begründung dafür wirst du doch nicht ernsthaft meinen, dass das stimmt.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Doch, das meine ich sehr wohl ernsthaft und dass es sich auswirkt in den Zahlen, das können Sie nachlesen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Es liegt mir keine Wortmeldung mehr vor. Schlusswort bitte Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, Schlusswort zum Thema Nachtragsvoranschlag. Natürlich kann man jetzt schon aufrechnen und genau berechnen was jetzt da der Schuldenstand vom Kleinkind bis zum Greis ist. Für mich gibt es eine maßgeblich und auch richtige Zahl und das ist der Rechnungsabschluss. Den Rechnungsabschluss immer wieder vermischen mit einem Budget oder mit einem Nachtragsvoranschlag, das ist meiner Ansicht nach nicht ganz richtig. Also die echte Verschuldung pro Einwohner lässt sich mit Hilfe des Rechnungsabschlusses ganz

genau berechnen und da sind wir, das kann man ganz klar sagen, wenn wir uns da vergleichen mit anderen Gemeinden, anderen Städten, sehr wohl in sehr guter Gesellschaft, also eher noch im oberen Drittel, also nicht von der Höhe im oberen Drittel sondern im unteren Drittel von der Belastung. Das muss man ganz klar sagen. Das ist sicher so. Wenn man noch dazu weiß, dass in Oberösterreich, und das hat man vor Kurzem in den Zeitungen sehr deutlich nachlesen können, wahrscheinlich $\frac{3}{4}$ der Gemeinden Abgangsgemeinden sein werden, dann muss man schon die Kirche im Dorf lassen. Wenn entsprechende Investitionen gemacht werden, wie wir es heute beim Nachtragsvoranschlag beschließen, dass 19 Millionen alleine im außerordentlichen Haushalt ausgegeben werden, dann ist das natürlich auch klar, dass ein Darlehen für diese Themen aufgenommen wird und dass sich dadurch der Schuldenstand auch wieder erhöht.

Zum Thema Gebäudeankauf kann ich nur sagen, dass wir am Resthof planen, und zwar am Grandy-Platz, eine Mutterberatung und eine Hortgruppe einzurichten und dass dafür ein Gebäude notwendig ist und wir in Verhandlung stehen, dort ein entsprechendes Gebäude zu erwerben.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Darum brauchen wir es im Nachtragsvoranschlag.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich bitte um Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke Herr Bürgermeister. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Nachtragsvoranschlag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ. Wer ist dagegen? ÖVP, FPÖ, Bürgerforum Steyr. Wer enthält sich der Stimme? 3 Grüne. Der Nachtragsvoranschlag wurde mit Mehrheit angenommen.

Danke, ich gebe den Vorsitz an den Herrn Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. Nächste Berichterstatteerin ist die Frau Vizebürgermeisterin.

BE: VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich habe heute nur einen Antrag und da geht es um die Wertsicherung für das Jahr 2007. Wir alle wissen ja, dass die Familie Riedler eine Subvention für den Waldorfkindergarten bekommen hat. Sie haben früher aufgehört und darum haben sie es dann zurück bezahlt in den Jahren 2005, 2006 und 2007 und die Wertsicherung von 1.571,08 haben sie ersucht, dass man ihnen das erlässt. Ich würde den hohen Gemeinderat um Zustimmung ersuchen, da sie auch von Seiten des Landes bei der Rücksicherung keine Wertsicherung bezahlen haben müssen.

4) Fin-214/00

Dr. Alois und Maria Riedler; Rückzahlung der erhaltenen Förderung für den Waldorfkindergarten Puschmannstraße, Erlass der Wertsicherung für das Jahr 2007.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 23. 10. 2008 wird der Beschluss des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 25. 11. 2004, mit welchem von den Ehegatten Dr. Alois und Maria Riedler eine gewährte Förderung für den Ankauf des Hauses Puschmannstraße 10 zur Unterbringung des Waldorfkindergartens Münchenholz aliquot rückgefordert wurde, dahingehend geändert, dass die Stadt auf die Einhebung einer Wertsicherung in Höhe von Euro 1.571,08 für die im Jahr 2007 bezahlte Rückzahlungsrate verzichtet.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Wir machen jetzt eine Pause von einer ½ Stunde.

PAUSE VON 15.31 UHR BIS 16.05 UHR

GR Karl Baumgartner kommt um 16.05 Uhr in die Sitzung.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

So, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen unsere Gemeinderatssitzung fort. Nächster Berichterstatte ist Herr Vzbgm. Bremm.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen, in meinem ersten Antrag geht es um die Rückvergütung der Lustbarkeitsabgabe an den SK Vorwärts Steyr aus den Jahren 2006 und 2007.

5) Fin-1/06

Fin-1/07

Rückvergütung Lustbarkeitsabgabe an den SK Vorwärts Steyr aus den Jahren 2006 und 2007; jährliche Refundierung Lustbarkeitsabgabe an Steyrer Sportvereine; Grundsatzbeschluss.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Schule und Sport vom 12. September 2008 wird dem SK Vorwärts Steyr die vorgeschriebene Lustbarkeitsabgabe 2006 und 2007 in Höhe von Euro 15.837,34 im Subventionswege in voller Höhe rückerstattet. Die Subvention ist jedoch nicht an den Verein zur Auszahlung zu bringen, sondern direkt im Wege der Buchhaltung auf das entsprechende Abgabekonto gegen zu verrechnen.

Weiters wird festgelegt, dass Steyrer Sportvereinen nach Abrechnung und Vorschreibung der Lustbarkeitsabgabe im Einzelfall ohne gesondertes Ansuchen der vorgeschriebenen Lustbarkeitsabgabebetrag inklusive eventuell anfallender Stundungszinsen im Subventionswege in voller Höhe rückerstattet wird. Die jeweilige Subvention ist jedoch nicht an den Verein zur Auszahlung zu bringen, sondern direkt im Wege der Buchhaltung auf das entspre-

chende Abgabekonto gegen zu verrechnen.

Es gibt hier einen Grundsatzbeschluss für alle Steyrer Sportvereine mit Ausnahme der Vorwärts und hier soll auch für den SK Vorwärts, aufgrund der veränderten Situation seit 2000, das angeglichen werden. Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Lustbarkeitsabgabe, das ist ein Thema was uns nicht erst seit dem vorigen Jahr, so ziemlich genau einem Jahr, verfolgt, sondern schon viel länger. Ich glaube, man muss einmal ausholen und auch die Historie anschauen und einmal grundsätzlich diskutieren, was ist diese Lustbarkeitsabgabe, wollen wir sie überhaupt, ist sie verpflichtend vorgeschrieben oder nicht. Im Landesgesetz steht, dass es eine Kann-Bestimmung ist, keine Muss-Bestimmung. D. h., die Gemeinden können die Lustbarkeitsabgabe einheben. Z. B. steht im Landesgesetz: „Die Verpflichtung gemäß § Abs. 1 gilt nicht für Abgaben für sportliche Veranstaltungen, sportliche Vorführungen und Wettbewerbe und für Abgaben für die Vorführung von Bildstreifen. Dementsprechend liegt es ausschließlich im Ermessen einer Gemeinde, für die Vorführung von Bildstreifen und Sportvorführung eine Lustbarkeitsabgabe einzuheben.“ Das ist eine ganz klare Aussage. Die Stadt Steyr hat sich in einem Gemeinderatsbeschluss entschlossen, sehr wohl eine Lustbarkeitsabgabe einzuheben. Ausnahmen hat man gemacht bei Sportvereinen. Hier wieder ausgenommen die Vorwärts. Bei der Vorwärts hat man einer sogenannte Subvention oder einen Subvention im Ausmaß einer Refundierung der Lustbarkeitsabgabe nur dann zugestimmt, wenn die Rückzahlung der Verbindlichkeiten, und damit eine Entlastung der Haftung der Stadt, passiert. Und zwar darf ich hier noch einmal verweisen auf den Jänner 1995 wo das ausdrücklich angeführt ist, wo man

gesagt hat, zusätzlich zu den angegebenen Sicherheiten wäre eine Regelung für die Haftung der bisher im Wege eine Subvention rückvergüteten Lustbarkeitsabgabe zu treffen, die man dann im Bürgerschaftsvertrag auch ganz klar ausgesprochen hat. Die Überweisung der Lustbarkeitsabgabe und der Kommunalsteuer an die Stadt kann unterbleiben, wenn durch Vorlage von Zahlungsbelegen oder in anderer geeigneter Form nachgewiesen wird, dass diese Beträge in voller Höhe zur Abdeckung der vertragsgegenständlichen Kreditverbindlichkeit verwendet wurden. Und, die Einhebung sowohl der Kommunalsteuer als auch der Lustbarkeitsabgabe durch die Stadt wird vorläufig und gegen jederzeitigen Widerruf gestundet. Dieser Widerruf ist passiert. D. h., die Stadt hat, als die Rückführung der Verbindlichkeiten nicht eingetreten ist, sehr wohl diese Möglichkeit widerrufen und hat gesagt es gibt keine Refundierung der Lustbarkeitsabgabe. Und bis zum heutigen Tag ist keine andere Regelung beschlossen worden. In keinem Gremium der Stadt, in keinem Ausschuss, in keinem Stadtsenat, in keinem Gemeinderatsbeschluss. Wir, als Vertreter, als öffentliche Vertreter, als Gemeinderäte, haben keine Kenntnis, dass von diesem offiziell erfolgtem Widerruf abgegangen ist. Tatsache ist, dass seit dem Konkurs ganz offensichtlich die Lustbarkeitsabgabe in Form einer Subvention refundiert wurde, obwohl Verpflichtungen, Haftungsverpflichtungen sehr wohl noch bestehen. Es wird seit dem Konkurs übrigens keine Kommunalsteuer mehr eingehoben. Ich habe das heute versucht zu verifizieren, es wurde mir bestätigt, seit dem Konkurs gibt es keine Verschreibung der Kommunalsteuer mehr.

Zwischenruf: Hat es die einmal gegeben?

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Selbstverständlich. Ich habe es gerade auch zitiert, bitte. Zahlungen an Spieler und an Trainer sind sehr wohl kommunalsteuerpflichtig. Ausgenommen davon sind gemeinnützige Vereine, das findet nicht Anwendungen bei sogenannten Körpersporten. D. h., nach unserer Auskunft ist sehr wohl hier eine Kommunalsteuer-

pflicht. Ich ersuche das bitte zu überprüfen.

Was uns jetzt natürlich schon interessiert ist: Wer hat einen Antrag oder eine Weisung gestellt, dass sehr wohl wieder die Lustbarkeitsabgabe refundiert wird? Welches Gremium hat das beschlossen? Es kann doch nicht sein, dass hier irgendjemand auf Zuruf Steuern der Stadt stundet, refundiert, nicht einhebt. Das kann es bei Gott nicht geben. Noch dazu wo explizit angeführt ist, dass dieser Grundsatzbeschluss, der seinerzeit gemacht wurde, nicht auf die Vorwärts anzuwenden ist. Wir haben vor einem Jahr, vor zwei Jahren, am 8. November 2006, eine offizielle Anfrage im Gemeinderat an den Herrn Bürgermeister gestellt, wo wir gefragt haben: In den OÖ Nachrichten vom 7. November 2006 im Regionalteil mit dem Titel „6 Jahre nach Vorwärtsdebakel Baurecht am Stadion unverändert“ wurde wieder auf die Haftung der Stadt Steyr hingewiesen. In diesem Bericht wurde angeführt, dass die Stadt Steyr für die Übertragung des Baurechts am Parkplatz des Stadions an die Raiba Sierning aus der Haftung für einen Kredit in der Höhe von 9 Millionen Euro entlassen wurde.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
9 Millionen Schilling.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Entschuldigung, Schilling. Die Beantwortung des Herrn Bürgermeisters war: Zu den in der Anfrage gestellten Fragen wann eine mögliche Haftung bereinigt wird, wann mit einer Bezahlung zu rechnen ist und ob es schon Vereinbarungen mit der Bank oder anderen Verhandlungspartnern gibt, kann lediglich festgestellt werden, dass die Haftung für den Kredit nicht auf die Stadt unmittelbar übergegangen ist. Die SK Vorwärts Steyr musste zwar im Herbst 1999 ein Insolvenzverfahren einleiten, das jedoch mit einem Zwangsausgleich beendet wurde, der Verein besteht also weiter. Die Frage nach der Bereinigung der Haftungen bzw. welche Vereinbarungen in diesem Zusammenhang getroffen worden seien erübrigt sich, da wie dargestellt eine formelle Entlastung aus der Haftung aus dem Bürgerschaftsvertrag

des Jahres 1995 noch nicht erfolgt ist. Das ist der Widerspruch zu dem was du heute bei der heutigen Tagesordnung gesagt hast, dass es sehr wohl im Interesse der Stadt liegt, dass wir hier keine Zahlungen vorzunehmen haben, weil die Frage der Haftung nach wie vor nicht geklärt ist, Herr Bürgermeister. Das hast du in der Beantwortung am 8. November 2006 ganz klar gesagt. D. h., so lange nicht geklärt ist ob die Haftung ausschließlich uns betrifft, ob es Regressforderungen an jemanden anderen gibt, können wir mit Sicherheit einen Grundsatzbeschluss, und ein Grundsatzbeschluss heißt, dass der Gemeinderat nicht mehr darüber abstimmt, wir haben keinerlei Kenntnis mehr, ob eine Lustbarkeitsabgabe eingehoben wird oder nicht oder in welcher Höhe sie eingehoben wird, in welcher Höhe sie anfällt, können wir auf gar keinen Fall zustimmen. Ich kann mir aber vorstellen, dass wir, so wie in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz, generell diskutieren eine Abschaffung der Lustbarkeitssteuer für Lichtbildvorführungen, für sportliche Vereine, weil es ist ein unnötiger, wirklich ein vollkommen unnötiger Verwaltungsaufwand für unsere Beamten, wenn wir sagen ihr müsst das verfolgen, ihr müsst das vorschreiben und dann refundieren wir genau denselben Betrag, obwohl das Landesgesetz ausdrücklich sagt, es ist nicht anzuwenden, wenn ihr es macht, dann ist das eure Geschichte und dann machen wir diese Lösung, dass wir sagen wir schreiben sie vor aber dann geben wir sie euch eh wieder im Zuge einer Subvention.

GEMEINDERAT
ANDREAS KUPFER:
Es gibt einen Landeserlass auch für Kulturvereine.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
D. h., ich bin durchaus gesprächsbereit und wir sollten das wirklich diskutieren, weil wenn wir es nicht einheben, dann ist es bitte schön gescheiter wir schreiben es gar nicht vor, damit das ein für alle Mal und klar geregelt, dass es nicht für einzelne Personen oder einzelne Zielgruppen geht, sondern dass man generell sagt, die Stadt Steyr hebt diese Beträge einfach nicht ein.

Darum ersuchen wir, dass wir diesen Antrag zurückstellen und im entsprechenden Ausschuss wirklich beraten, was machen wir in Zukunft. Ich würde vorschlagen, wenn eine Refundierung der Lustbarkeitsabgabe für einzelne Betroffene überlegt wird, dass man das sehr wohl ausdehnt auf alle die in diesem Bereich in der Vergangenheit eine Lustbarkeitsabgabe abgeführt haben. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
War das ein Antrag zur Geschäftsordnung?

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Ein Antrag auf Weiterleitung in den Finanz-, Rechts und Wirtschaftsausschuss.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
So, jede Fraktion hat eine Wortmeldung. Antrag zur Geschäftsordnung. Michaela, willst du gleich reden?

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ja, ich bin schon seit Jahren für eine Neufassung der Lustbarkeitsabgabe, weniger aus dem Sportbereich heraus, weil den Sportlern ist es eh zum Teil refundiert worden, sondern vor allem aus dem Kulturbereich heraus, weil nicht einzusehen ist, dass wir inzwischen Kulturveranstaltungen an andere Städte verlieren, weil wir einer der höchsten Lustbarkeitsabgabe haben die es gibt. Wenn Sie sich die Lustbarkeitsabgabeordnung z. B. anschauen aus unserer Stadt, dann ist das Ausmaß der Kartenabgabe, sprich Eintrittskarte, 25 %, außer es gibt eine Ausnahme. D. h., von jeder Eintrittskarte, Ballkarte, Konzertkarte usw., wandern 25 % automatisch an die Stadt, unabhängig davon, ob man mit der Veranstaltung Gewinn macht oder nicht. Das führt natürlich auch dazu, dass Bälle wo anders stattfinden, dass Konzerte wo anders stattfinden, wo man eben nicht 25 % verlangt.

STADTRAT
WALTER OPPL:
Zum Geschäftsordnungsantrag.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
10 Minuten darf man reden und es kommt schon zum Geschäftsordnungsantrag.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Den Vorsitz habe ich.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Vielleicht lässt mich der Herr Bürgermeister nicht ausreden, kann auch sein, aber ich hoffe doch nicht.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich habe kein Problem damit.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Zu diesem Thema. Es ist seit Jahren ein Thema im Kulturausschuss gewesen, wir haben anhand der Vorwärts gemerkt, dass es ein massives ist. Wir haben es jetzt gemerkt auch im Zusammenhang vom Kino, wo eine bestehende Verordnung einfach nicht eingehalten worden ist, wo es auch eine Ungleichbehandlung gegeben hat anscheinend mit anderen Kinobetreibern, denen sehr wohl Lustbarkeitsabgabe vorgeschrieben worden ist. D. h., um hier wirklich Rechtsicherheit zu schaffen, wäre eine Neufassung dieser Lustbarkeitsabgabe notwendig, auch um in Zukunft mehr Kulturveranstaltungen in Steyr wieder zu haben, auch mehr Bälle usw. D. h., dem Antrag des Kollegen Mayrhofer, in Richtung Zuweisung an einen Ausschuss, teile ich insofern, als es zu einer völligen Neuordnung der Lustbarkeitsabgabe kommen muss. Ich denke mir, die Anlassfälle die wir heute haben, ob das jetzt der Bereich Kino ist, ob das der Bereich Vorwärts ist, sollten uns klar machen, dass es überfällig ist. Das hätte schon lange geschehen müssen und nicht erst jetzt aufgrund von Anlassfällen. Insofern bin ich auch für die Absetzung und Zuweisung an den Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss zur Erarbeitung einer neuen Lustbarkeitsabgabe.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Herr Payrleithner.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in diesem Amtsbericht geht es einerseits um einen Grundsatzbeschluss und andererseits um die Refundierung beim SK Vorwärts. Ich hätte diesen Antrag getrennt, weil ein Grundsatzbeschluss, selbstverständlich, ist höchst notwendig, alleine schon aufgrund der Meldungen auch in der Presse in den letzten Tagen. Die Leute verstehen das in keinsten Weise, dass offensichtlich derartige Dinge erlassen werden, weil vielleicht der eine einen Huldigungsleserbrief an den Bürgermeister schreibt, der andere eine Straßenbenennung macht und dann kommen wir beim Hintertürl herein und dann wird das erlassen. So kann in Steyr nicht Politik gemacht werden. Da muss es ganz klare Richtlinien geben, ganz egal wer das ist und vor allem auch, nicht nur für die Kultur, für die Kultur und Sportvereine und auch für die kleinen Sportvereine, weil die verstehen das schon überhaupt nicht, dass die das vielleicht dann zahlen müssen und die anderen können sich das richten. So kann das dann ...

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:

Wir sind auch dafür, dass man das zuweist und heute den Antrag von der Vorwärts noch nicht beschließt, aus naheliegenden Gründen, und das andere im Ausschuss noch einmal beschließt und mit einem ordentlichen Antrag in den Gemeinderat geht, damit das in Zukunft nicht auf Zuruf oder je nachdem wie einem jemand zu Gesicht steht beschlossen wird. Ich weiß schon, der Herr Bürgermeister hat das wahrscheinlich gut gemeint, weil er geglaubt hat, damit ein Kino retten zu können. Da kann man darüber diskutieren, aber auch da muss es Spielregeln geben und nicht, weil das dann zufällig aufkommt, dann wird auf einmal darüber diskutiert. Ich glaube, das können wir in Zukunft nicht machen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön Herr Payrleithner. Herr Apfelthaler.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren, mir wäre es recht, wenn dieses Hudriwudri, oder wie man das auch immer nennen mag, von versprochenen Förderungen von denen keiner etwas weiß, von Dingen, die sozusagen noch nicht einmal rechtlich gelöst sind, endlich einmal einer Lösung zugeführt werden könnte. Eines ist auch ganz klar, der Herr StR Mayrhofer hat es schon erwähnt, es sind einige Fragen noch offen, die unter Umständen durch Rechnungshofberichte bereinigt werden könnten. Dass heute dieser Antrag, der im Grunde genommen ein Doppelantrag sein könnte, im Gesamten beschlossen werden soll mit zwei eigentlich unterschiedlichen Materien, weil warum soll die Vorwärts quasi diese Förderung nicht bekommen. Über das können wir ja im Gemeinderat reden. Aber die Voraussetzungen dafür, dafür gibt es sozusagen nur ein Gespräch das vielleicht eine halbe Stunde dauert, halt in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz und das sehe ich überhaupt nicht ein. Weil das betrifft ja sehr viele Vereine hier in Steyr, wo jeder irgendwie seinen Teil der Verantwortung mit übernimmt. Und dass man das heute im Schnellverfahren durchzieht, das sehe ich nicht ein. Ergo dessen bin ich auch dafür, dass man das ordentlich durchbespricht, damit wir endlich einmal eine Qualität hereinbekommen in diese ganze Debatte, eine Offenheit die glaube ich schon längst gefragt ist, eine Offenheit die eigentlich alles abklärt was mit Gewerbetreibenden, mit Vereinen im Allgemeinen verhandelt wird, nicht am Gemeinderat vorbei, es darf nicht so etwas geben wie eine Dunkelkammer wo geflüstert wird, das ist nicht drinnen. Vor allen Dingen, wie kommen die dazu, die rechtens irgendeinen Antrag stellen und es wird ihnen somit zugesagt und wir wissen überhaupt nichts davon. Jahre später holt uns das dann ein in Summen wo es uns die Haare aufstellt,

ganz ehrlich gesagt. Also, ich wünsche mir mehr Qualität und mehr Offenheit in dieser Frage, weil es sind ja keine Geheimfragen die da zu lösen wären. Oder? Das ist es ja überhaupt nicht. Wenn heute jemand kommt und sagt, ich möchte das und das errichten, wie kann mir die Stadt entgegen kommen, weil es ja im Sinne aller unserer Bürger und Bürgerinnen ist, dann kann man sehr wohl sagen, ich könnte mir diese und diese Förderung vorstellen. Und keiner hat Interesse, dass er Jahre später dann über die Zeitung, oder wie auch immer, erfahren muss, dass dann ja so irgendwie, wie auch immer, möglicherweise, aber dann doch nicht. Brr, das ist keine Vorgangsweise, denke ich mir. Das ist überhaupt keine Vorgangsweise. Weil so, wenn so etwas in einem Industrie- oder Gewerbebetrieb passiert, sagt man, Freund, was du ausgemacht hast, das geht uns nichts an, zahlst es aus deinem eigenen Geldtascherl, wir haben eigentlich davon nichts gewusst. Das betrifft den Finanzreferenten oder die Referentin, je nach dem was das für ein Betrieb ist, und du sagst, das was du vor Jahren ausgemacht hast, das ist eigentlich dein Bier, weil wir rechnen ja damit, wir haben ja offene Zahlen, die besprechen wir ja und darüber streiten wir ja auch alle Jahre. Und wenn dann etwas auftaucht, ja, dann könnten wir eigentlich sagen, das geht uns nichts an. In vorliegenden Fällen geht es uns sehr wohl etwas an, darum bitte ich um Offenheit, dass wir einmal endlich einige Keller schließen können, wo wir Leichen vermuten, und dass wir einmal ein Budget machen können, ohne dass uns während des Jahres dann irgendeine Forderung einholt oder, dass wir unter Umständen ja noch für die Steyrer Bevölkerung jetzt noch Erleichterungen machen im Sendbereich und dann letzten Endes kommen wir drauf, dass dann wer anderer im Geruch kommt, mehr oder weniger, sich einen besonderen Vorteil verschafft zu haben, von dem wir nicht einmal wissen. Also, ich bitte darum. Danke schön.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
GR Altmann bitte.

GEMEINDERAT

DI CHRISTIAN ALTMANN:

Geschätztes Präsidium, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Vertreter der Presse. Ich möchte in meinem ersten Teil der Wortmeldung auf das Thema eingehen, das Thema Verwaltungsaufwand der damit verbunden ist Lustbarkeitsabgabe einzuheben und das hängt nämlich eh miteinander zusammen. Ich möchte ein ganz kleines Beispiel bringen. Wir haben vor ungefähr 8 Jahren eine Gratis-ins-Kino-Veranstaltung damals als junge Volkspartei veranstaltet und haben das sozusagen mit dem Kinobetreiber, mit dem Herrn Röber, ausgemacht, dass wir das durchführen können. Die einzige Bedingung dafür war, dass wir ihm 100 Karten abkaufen zum normalen Kinopreis und die anderen Karten können wir dann sozusagen kostenlos an die Jugendlichen der Stadt Steyr verteilen. Wir haben diese Aktion über mehrere Jahre hinweg durchgeführt und waren dann eigentlich sehr, sehr überrascht, wie uns nach einer dieser Aktionen plötzlich eine Vorschreibung für die Lustbarkeitsabgabe zugestellt worden ist, nämlich genau 70 Euro für die 100 Karten die wir dem Herrn Röber abgekauft haben. Die 10 % davon waren ungefähr 70 Euro. Wir haben uns dann auf die Stellungnahme des Landes auch berufen und haben gesagt, das kann es ja nicht sein, das war eine Gratisveranstaltung für Jugendliche in der Stadt Steyr, und dass wir da jetzt auf einmal eine Vorschreibung für die Lustbarkeitsabgabe bekommen in der Höhe von 70 Euro. Wir haben dann so hin und her debattiert und sind dann sogar in die zweite Instanz gegangen und haben unterlegen, also wir hatten Unrecht, wir mussten die 70 Euro bezahlen. Aber das hat sich die Stadt Steyr sehr teuer erkaufte, weil sozusagen der Verwaltungsaufwand und die Stunden die da von den Magistratsjuristen aufgewendet wurden, um diese Briefe sozusagen zu verfassen, haben natürlich diese 70 Euro bei Weitem überstiegen. Also nur so viel zum Thema Verwaltungsaufwand der sozusagen mit dem Thema Lustbarkeitsabgabe generiert wird. Da bin ich auch dafür, dass man das einer Diskussion stellt, wie sinnvoll die Einhebung von Lustbarkeitsabgabe ist.

Aber, und jetzt sozusagen eingehend auf den Antrag, was mir schon wichtig ist, dass wir über den Antrag, sozusagen wie er in der Hauptfassung vorliegt, noch einmal detailliert darüber diskutieren, weil was da drinnen passiert ist war ja eine Einzelentscheidung von Ihnen, als Finanzreferenten, sozusagen für einen Einzelnen eine Befreiung der Lustbarkeitsabgabe herzurichten. Ich bin dafür ...

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das ist nicht mein Antrag, der Antrag ist vom Gerhard.

GEMEINDERAT

DI CHRISTIAN ALTMANN:

Oder vom Herrn Bremm sozusagen. Ich glaube, dass hier einfach gleiches Recht für alle gelten soll und gelten muss, und dass man nicht einfach für einen Einzelnen da eine Entscheidung treffen kann, weil hier sind ganz offensichtlich Kompetenzen überschritten worden. Es ist kein einzelnes Gremium sozusagen befragt worden, um da eine Freistellung der Lustbarkeitsabgabe durchzuziehen oder zu diskutieren. Ich frage mich schon schön langsam, mit welchen Kompetenzen oder in welchem Gremium dass derartige Entscheidungen getroffen werden. Für mich ist das wieder einmal so ein einzelnes Beispiel, wo man an den Regeln sozusagen des Statutes vorbei einzelne Entscheidungen trifft. Also, ich bin hier für eine lückenlose Aufklärung und so kann es wirklich nicht sein, dass wir da jetzt einfach so zur Tagesordnung über gehen. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Gerhard.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Also ich glaube, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, man soll Äpfel mit Äpfel und Birnen mit Birnen vergleichen und nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Hier wird Verschiedenes vermischt. Da gibt es keine Kompetenzüberschreitung oder sonst etwas.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Das hat das Kontrollamt festgestellt beim letzten Prüfbericht, dass es eine Kompetenzüberschreitung war.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Aber dann musst du auch sagen wieso.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Es hat sehr wohl eine Überschreitung gegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Ich bin das Diskutieren eh gewohnt, Sie können ruhig dreinreden, das stört mich in keinster Weise. Es läuft eh nicht immer alles so klaglos drüber, dass man immer ganz alleine reden kann. Ich halte das schon aus.

Wir haben einen Grundsatzbeschluss des Gemeinderates, dass alle Sportvereine der Stadt von der Lustbarkeitsabgabe befreit sind und zwar in dieser Form, dass die Lustbarkeitsabgabe refundiert wird, in der Form, dass sie nicht diese Lustbarkeitsabgabe zu bezahlen haben sondern, dass sie vor Einzahlung, bevor der Zeitpunkt in Kraft tritt der Zahlung, dass sie die im Wege einer Subvention rückerstattet bekommen, obwohl dass da kein Geldfluss ist, sondern dass sie rückerstattet wird bevor sie das bezahlen. Und zwar nicht, dass der Verein das Geld überwiesen bekommt, sondern dass das eine interne Umbuchung auf das Subventionskonto der Vereine ist. Diesen Grundsatzbeschluss gibt es, also es ist nicht, dass da unterschiedlich gehandelt wird. Den Grundsatzbeschluss gibt es, den der Gemeinderat, ich glaube, 1995 gefasst hat. Es gibt aber im Speziellen für die Vorwärts eine eigene Regelung, im Zuge der Bürgerschaft, wo diese Refundierung der Lustbarkeitsabgabe inklusive der Stundungszinsen gekoppelt worden ist auf die zeitgerechte Rückzahlung ihrer Kreditverbindlichkeiten. An das ist das gekoppelt worden. Es hat auch bis 1997 funktioniert. 1997 ist das nicht mehr der Fall gewesen und dort ist auch ordnungsgemäß der Vorwärts die Lustbarkeitsabgabe vorge-

schrieben worden und hat dann auch im Konkurs- und Ausgleichsverfahren dort seinen Niederschlag gefunden. Das Kontrollamt hat nur darauf hingewiesen, nicht grundsätzlich, dass der Vorwärts die Lustbarkeitsabgabe nicht refundiert gehört, sondern das Kontrollamt hat darauf hingewiesen, weil der Betrag der Lustbarkeitsabgabe die Wertgrenze von 5.000 Euro, für die das einzelne Stadtsenatsmitglied direkt zuständig ist, dass die 2006/2007 überschritten wurde und dass das dem Stadtsenat zur Beschlussfassung vorgelegt hätte werden müssen.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Zur Berichtigung. Ich habe hier den Bericht des Kontrollamtes. Dem Refundierungsakt ...

STADTRAT

WALTER OPPL:

Darf sie das eh vorlesen?

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Zur Berichtigung darf ich ...

STADTRAT

WALTER OPPL:

Ohne den Redner zu unterbrechen.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Lasst sie halt.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Dem Refundierungsakt aus dem Jahr 2007 ist zu entnehmen, dass dem SK Vorwärts Steyr 59.616,63 Euro im Wege der Umbuchung auf das Steuerkonto des SK Vorwärts refundiert wurden. Dazu wird seitens des Kontrollamtes die Auffassung vertreten, dass für diese Refundierung der Gemeinderat zuständig gewesen wäre, weil du als einzelnes Stadtsenatsmitglied darfst nur über 5.000 Euro bestimmen.
Zwischenrufe: Das hat er ja eh gesagt.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Nicht der Stadtsenat, der Gemeinderat.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Er war noch nicht so weit.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Aber 2007 und von dem habe ich gesprochen, 59.616 Euro.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Wir reden in meinem Antrag von der Lustbarkeitsabgabe 2006/2007 und das ist ein Betrag von 15.837 Euro. Das ist die Lustbarkeitsabgabe 2006/2007 und da ist dann die Rechtsauffassung des Kontrollamtes gewesen, dass das in den Stadtsenat gehört und nicht das einzelne Stadtsenatsmitglied die Umbuchung, da geht es ja nicht darum, dass hier Zahlungen fließen von der Stadt zum Verein, sondern diese interne Umbuchung hätte im Stadtsenat zur Beschlussfassung vorgelegt und im Stadtsenat beschlossen werden müssen. Also, von 15.837 Euro reden wir. Und aufgrund des Hinweises des Kontrollamtes ist das heute hier im Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt worden mit dem zusätzlichen Grundsatzbeschluss, dass die Vorwärts auch so gleichbehandelt wird wie alle anderen Vereine, denen ein Grundsatzbeschluss zugrunde liegt. Habe ich das jetzt falsch gesagt Herr Kontrollamtschef? Sie sind ja der oberste Chef dort gewesen und ich möchte nur hören, dass das die Position des Kontrollamtes war.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Das ist eine Reparatur.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Genau, das ist eine Reparatur

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Was ist mit dem, was bisher geschehen ist? Um das geht es.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Was, was bisher geschehen ist?

GEMEINDERAT
GERALD HACKL:
Was soll das sein?

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Wir haben am 5. März 1996 die Widerrufung der Stundung und der subventionsweisen Refundierung für die Kommunalsteuer und Lustbarkeit ausgesprochen mit dem Zusatz, das gilt auch für künftig entstehende Forderungen. Schreiben des Magistrats an den SK Vorwärts Steyr. Hier ist nie etwas anderes bisher erfolgt. Wer hat das veranlasst, dass das nicht mehr so exekutiert wird?

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
2000 war der Konkurs mit dem darauffolgenden Ausgleich ...

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Der Verein hat nie zu bestehen aufgehört. Die Haftung hat nicht aufgehört zu existieren.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
... und der Verein Vorwärts ist genauso behandelt worden wie alle anderen Vereine, denen ein Grundsatzbeschluss zugrunde ...

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Wer hat das beschlossen?

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
... liegt. 2000 war der Konkurs.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Nein, die Frage war, welches Gremium hier in der Stadt diese Vorgangsweise beschlossen hat. Ganz konkret.

Diskussion verschiedener Mandatare

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Es gibt keine 2 Vorwärts. Der Verein hat nie aufgehört zu bestehen.

GEMEINDERAT
GERALD HACKL:
Das ist ja deine Rechtsposition.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Na wirklich nicht. Geh' Gerry.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Für die Kommunalsteuer bin ich zwar nicht zuständig, aber soweit ich informiert bin, soweit ich das weiß, hat die Vorwärts keine Angestellten die bei der Vorwärts in einem Beschäftigungsverhältnis sind, Spielergagen, das ist etwas ganz anderes, Spielergagen sagen ja nicht automatisch, dass sie im Dienstverhältnis mit einem Verein sind.

GEMEINDERAT
GERALD HACKL:
Glaubst du, dass in Dietach Kommunalsteuer bezahlt wird?

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Die sind auch in keinem Beschäftigungsverhältnis, wenn ein Spieler irgendwelche Gagen bekommt. Das ist eine steuerrechtliche Frage, aber nicht Kommunalsteuersache. Kommunalsteuer zahlt man nur für diejenigen, der bei einem Unternehmen oder einem Verein, so wie das bei Vorwärts vor 2000 gewesen ist, wo sie in der Bundesliga gespielt haben, wo sie direkte Angestellte gehabt haben, dort ist auch Kommunalsteuer zu entrichten gewesen. Aber seit 2000 gibt es keine Angestellten im Verein und somit ist auch keine Kommunalsteuer zu entrichten. Das ist mein Wissensstand.

Aber zur Geschäftsordnung. Ich habe da überhaupt kein Problem damit, wenn wir sagen wir setzen den Antrag ab, wir weisen den Antrag zurück an den Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss. Jetzt nicht wegen den 15.800 Euro, wegen dem nicht, sondern wegen dem Grundsatzbeschluss, dass man dann darüber diskutiert in welcher Form die Lustbarkeitsabgabe und an wen alle die Lustbarkeitsabgabe in Zukunft gutgeschrieben oder nachgelassen wird. Die Debatte muss man führen. Ob das gescheit ist, da sind wir uns in der

Fraktionsvorsitzendenkonferenz nicht ganz einig gewesen, lieber Gunter Mayrhofer, dass man sagt wir reden gar nicht mehr davon und sagen die sind bis zu einem zukünftigen, vielleicht anderen Beschluss, wird die einfach nachgelassen. Da kann man darüber diskutieren, da kann man unterschiedlicher Meinung sein. Unsere Position war nämlich die, weil das Nachlassen der Lustbarkeitsabgabe auch eine indirekte Förderung der Vereine ist und die Vereine sollen schon wissen, was sie von der öffentlichen Hand an Förderungen bekommen. Da ist es nicht darum gegangen, dass das ein riesiger Aufwand war im Verwaltungsbereich, das ist ja nicht der Fall. Ich glaube auch, dass es auch gescheit ist von der öffentlichen Hand darauf hinzuweisen und zu sagen, ob das jetzt der Verein X oder der Verein Y ist, ihr habt im Jahr 2008, seitens der öffentliche Hand, seitens der Stadt, eine Förderung im Betrag X bekommen. Ich glaube, dass das legitim ist und dass das auch schon einen gewissen Sinn macht. Es soll jeder Verein wissen was er auch bekommt. Wenn man glaubt, dass der Verein, das ist vollkommen egal, wir brauchen es dem gar nicht mehr sagen was er bekommen hat ...

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Wir brauchen ja keine Höchstgrenzen einziehen.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Also, da kann und soll man darüber diskutieren und ich habe da kein Problem, diesen Antrag an den Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss zur weiteren Beratung vorzulegen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gut, dann stimmen wir über den Geschäftsordnungsantrag ab. Wer für die Zuweisung an den Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

Nächster Punkt bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Mülldeponie. Hier geht es um die Wiederaufnahme des Auftrages zur Detailprojektierung; Oberflächenabdeckung; Bermenstraße und Weiterführung der Deponieentgasung. Wir haben aufgrund verschiedener Entwicklungen das einmal zurückgestellt gehabt und jetzt ist der Zeitpunkt hier, wo man dieses Detailprojekt wieder beauftragen soll und hier weitergeführt werden soll. Ich ersuche um Zustimmung.

6) KD-15/08

Mülldeponie der Stadt Steyr; Wiederaufnahme des Auftrages zur Detailprojektierung; Oberflächenabdeckung; Bermenstraße und Weiterführung der Deponieentgasung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Reinhalungsverbandes Steyr und Umgebung im Auftrag der Stadt Steyr vom 9. 9. 2008 wird dem Ansuchen um Wiedererteilung des Auftrages an das Büro Hitzfelder und Pillichshammer hinsichtlich Oberflächenabdeckung der Mülldeponie der Stadt Steyr zu einer Auftragssumme von Euro 55.828,-- exkl. USt. zugestimmt.

Einer Mittelfreigabe in Höhe von Euro 30.000,-- exkl. USt. für das Rechnungsjahr 2008 bei VASSt. 5/852100/006000 wird ebenfalls zugestimmt.

Der Restbetrag in Höhe von 25.828,-- Euro exkl. USt. ist im Haushaltsplan 2009 vorzusehen.

Wegen Dringlichkeit wäre der Magistrat gemäß § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug zu ermächtigen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Auch nicht der Fall. Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Im nächsten Punkt geht es um die Sportehrenzeichenverleihung für 2008. Im Amtsbericht sind die zu Ehrenden angeführt. Nach Beratung, auch im Stadtsportausschuss, wie das auch in unseren Richtlinien vorgesehen ist, empfiehlt der Stadtsportausschuss die Verleihung der Sportehrenzeichen an die betreffenden Sportlerinnen und Sportler, sowie Funktionäre vorzunehmen.

7) Sport-6/08

Sportehrenzeichenverleihung 2008.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Schule und Sport vom 21. Oktober 2008 wird folgenden Personen, die durch hervorragende Leistungen im sportlichen Wettkampf das Ansehen der Stadt Steyr erhöht bzw. auf dem Sportsektor Außerordentliches geleistet oder sich Verdienste erworben haben, als Anerkennung das „**Sportehrenzeichen der Stadt Steyr**“ verliehen.

SPORTEHRENZEICHEN FÜR SPORTLER IN BRONZE:

Gemäß III A/3. der Richtlinien wird das Sportehrenzeichen der Stadt Steyr an **Sportler in bronzener Ausführung** für die **Erringung eines österreichischen Staatsmeistertitels** in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb, für die **dreimalige Erringung eines Landesmeistertitels** in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb sowie für die **fünfmalige Erringung eines Stadtmeistertitels** in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb verliehen.

1. **Atdhetar Racaj**, Jg. 1987 – ASKÖ Kampfsportverein Steyr
Landesmeister 2006 bis 74 kg im Semikontakt
Landesmeister 2006 bis 74 kg im Leichtkontakt
Landesmeister 2007 bis 74 kg im Semikontakt
Landesmeister 2007 bis 74 kg im Leichtkontakt

2. **Valentin Pfeil**, Jg. 1988 – LAC Amateure Steyr
Staatsmeister 2008 im 10 km Straßenlauf

SPORTEHRENZEICHEN FÜR SPORTLER IN SILBER:

Gemäß III A/2. der Richtlinien wird das Sportehrenzeichen der Stadt Steyr an **Sportler in silberner Ausführung** für die **dreimalige Erringung eines österreichischen Staatsmeistertitels** in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb bzw. für die **fünfmalige Erringung eines Landesmeistertitels** in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb verliehen. Der Meistertitel in einem Mannschaftsbewerb wird als halber Einzeltitel bewertet, wenn in dieser Sparte auch Einzelbewerbe ausgeschrieben werden.

1. **Isabelle Hannl**, Jg. 1988 – ASKÖ Kampfsportverein Steyr
Landesmeisterin 2006 bis 65 kg im Semikontakt
Landesmeisterin 2007 bis 65 kg im Semikontakt
Landesmeisterin 2007 bis 65 kg im Leichtkontakt
Landesmeisterin 2008 bis 65 kg im Semikontakt
Landesmeisterin 2008 bis 65 kg im Leichtkontakt

SPORTEHRENZEICHEN FÜR SPORTLER IN GOLD:

Gemäß III A/1 der Richtlinien wird das Sportehrenzeichen der Stadt Steyr an **Sportler in goldener Ausführung** für die erfolgreiche **Teilnahme an herausragenden sportlichen Ereignissen** (Teilnahme an olympischen Spielen, Welt- und Europameisterschaften), für die **fünfmalige Erringung eines österreichischen Staatsmeistertitels** in einem Einzelbewerb, für außergewöhnliche sportliche Leistungen auf **alpinistischem Gebiet**, für die **Erringung eines österreichischen Staatsmeistertitels in einem Mannschaftsbewerb**, sofern dieser nicht auch als Einzelbewerb ausgeschrieben ist und für **aktive Mitglieder einer Mannschaft**, die maßgeblichen Anteil daran haben,

dass die Mannschaft der **höchsten Spielklasse Österreichs** angehört, verliehen.

1. **Klaus Mayrhofer**, Jg. 1973 – **ASKÖ Schibobclub Steyr**
seit 1993 Mitglied der Schibobnationalmannschaft
Teilnahme an 13 Weltmeisterschaften mit sechs Platzierungen unter den ersten zehn in der allgemeinen Klasse
2. **Kerstin Mayrhofer**, Jg. 1978 – **ASKÖ Schibobclub Steyr**
3-fache Staatsmeisterin
6-fache Siegerin bei Weltcuprennen
2-fache Vizeweltmeisterin
3-fache Bronzemedaillegewinnerin bei Schibob-Weltmeisterschaften

SPORTEHRENZEICHEN FÜR FUNKTIONÄRE IN GOLD:

Gemäß III B/1. und 2. der Richtlinien kommen für die Verleihung des Sportehrenzeichens der Stadt Steyr Frauen und Männer in Frage, die während einer **25jährigen ehrenamtlichen Tätigkeit** ohne Unterbrechung in anerkannten Steyrer Sportvereinen oder –verbänden Außerordentliches für den Sport geleistet, das **50. Lebensjahr erreicht** und in den **letzten zehn Jahren** eine oder mehrere maßgebliche Funktionen im Verein ehrenamtlich ausgeübt haben.

1. **Renate Riedl**, Jg. 1947 - **Magistratssportverein Steyr**
von 1980 bis 1988
Tischtennis-Sektionsleiter-Stellvertreter
von 1998 bis dato
Tischtennis-Sektionsleiterin
von 1988 bis dato
Vereinsvorstand (Beisitzer)
2. **Karl Mayrhofer**, Jg. 1951 – **ASKÖ Schibobclub Steyr**
von 1973 bis dato
Obmann
von 1975 bis 1980
Landessportwart des OÖ Schibobverbandes
von 1995 bis 2005

Vizepräsident des OÖ Schibobverbandes

von 1997 bis 2005

Vizepräsident des Österreichischen Schibobverbandes

von 2000 bis 2005

Landessportwart des OÖ Schibobverbandes

von 2005 bis 2006

Präsident des Österreichischen Schibobverbandes

3. **Niko Blatancic**, Jg. 1954 – **ASKÖ Karate Steyr**
von 1982 bis 1994
Obmann-Stellvertreter
von 1994 bis dato
Jugendtrainer
4. **Peter Lindtner**, Jg. 1954 – **LAC Amateure Steyr**
von 1980 bis dato
staatlich geprüfter Leichtathletik-Trainer sowie Betreuung von Staatsmeister, Landesmeister, Senioren Österr., Europa- und Weltmeister
5. **Rudolf Wagner**, Jg. 1937 – **LAC Amateure Steyr**
von 1967 bis dato
Trainer sowie Sportlicher Leiter und Sportwart

Ich ersuche auch diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Frau GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Es freut mich, dass wir an 10 Personen das Sportehrenzeichen verleihen, allerdings weiß ich auch aus den letzten Jahren, dass es immer mehr Funktionäre sind, die das Sportehrenzeichen bekommen und leider immer weniger aktive Sportler. Das ist für mich ein Zeichen, dass man den aktiven Sport in Steyr viel mehr fördern sollte als bisher und dazu gehört für mich auch als einer der Punkte

das Thema, das uns ja schon einige Zeit beschäftigt hat und das ist für mich hier und heute die letzte Möglichkeit, darauf hinzuweisen, danach wird es vorbei sein, und darum möchte ich das auch tun. Es geht um das Thema der zu kleinen Turnhalle der Volksschule Resthof und ich möchte zumindest, dass nachher keiner sagen kann, er hätte es nicht gewusst.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Zur Sache!

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Ja zur Sache, Herr Bürgermeister.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Na ja, interessant ist es schon!

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Herr Bürgermeister, Sie haben dem Kollegen Bremm jetzt 20 Minuten gestattet, zu einem Antrag zur Geschäftsordnung über Inhalte zu reden. Da hat sich auch keiner darüber beschwert und ...

Zwischenruf: Haben andere auch getan!

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Ich habe mich gleich zurückgezogen gehabt, aber ich hätte auch noch viel zu sagen gehabt. Ich denke mir, das muss legitim sein, den Gemeinderat zu informieren und nichts anderes tue ich.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Okay, dann informiere.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Es gab zwei Schreiben, zwei inhaltlich idente Schreiben, einmal an den Herrn Vzbgm. Gerhard Bremm und an den Herrn Bürgermeister, die ich ihnen hiermit zur Kenntnis bringen möchte, und zwar vom Präsidenten des österreichischen Basketballverbandes, also nicht von der Frau Frech, die sich irgendetwas ausdenkt, oder von irgendwelchen anderen Personen, sondern immerhin vom Präsidenten des

österreichischen Basketballverbandes, vom 31. Oktober 2008. „Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Der österreichische Basketballverband hat von der Tatsache Kenntnis erlangt, dass die Stadt Steyr im Zuge der Errichtung einer Volksschule im Stadtteil Resthof eine Turnhalle im Ausmaß von 27,05 x 15,05 Meter plant. Die internationalen Basketballregeln sehen ein Spielfeld von 28 x 15 Meter vor, wobei die Abstände zu den nächsten Hindernissen 2 Meter betragen sollen. Für regionale Veranstaltungen der unteren Spielklassen bzw. Nachwuchsbewerbe U 10 bis U 14 wird auch noch das Hallenmaß 26 x 14 Meter, mit einem Sicherheitsabstand von 80 cm toleriert. Um zumindest dieses Feld zu ermöglichen, müsste die neue Halle exakt 55 cm länger und 55 cm breiter sein. Jeder zusätzliche cm würde natürlich eine weitere Verbesserung bringen. Wie wir vom österreichischen Basketballverband wissen, gibt es in Steyr nur in der Stadthalle ein Spielfeld, auf dem die Spiele der Landesliga und der österreichischen Meisterschaft für Nachwuchsmannschaften ausgetragen werden können. In der Mehrzweckhalle Wehrgraben können noch Spiele der untersten Klassen erlaubt werden, alle anderen Hallen sind so klein, dass auch kein sinnvolles Training möglich ist. Z. B. ein Wurftraining aus den Seitenpositionen, oder das Üben einer taktisch sinnvollen Raumaufteilung. Der Hinweis auf Trainingsmöglichkeiten in diesen Hallen kann daher nur in völliger Unkenntnis der Sachlage entstanden sein. Die Berufung der Stadt Steyr auf den Sportstättenguide des ÖISS ist deswegen problematisch, weil gerade in diesen Tagen eine Korrektur der basketballspezifischen Angaben erfolgt, die u. a. keine proportionale Verkleinerung des offiziellen Spielfeldes mehr vorsieht. Da Steyr zu den traditionellen Hochburgen des Basketballs zählt, 1955 der erste Basketballclub Oberösterreichs war, würden sowohl die Damen als auch die Herren des Steyrer Basketballclubs es zweifellos verdienen, einwandfreie Trainings- und Spielstätten zur Verfügung zu haben. Der österreichische Basketballverband ersucht daher, die Planung der Halle so zu korrigieren, dass zumindest das Feld mit 26 x 14 m Spielfläche bei einem Sicherheitsabstand von 80

cm möglich ist, das Gesamtmaß der Halle daher mindestens 27,6 x 15,6 m beträgt. Selbstverständlich würde der ÖBV den Bau einer noch größeren Halle begrüßen. Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, sehr geehrter Herr Bürgermeister, in Ihrer Funktion als Sportstadtrat bzw. Bürgermeister der Stadt Steyr, eine Änderung des Bauplanes im Sinne der angestrebten Vergrößerung der Halle zu betreiben und danken für Ihr Verständnis. Mit freundlichen Grüßen Hans Wanura, Präsident des österreichischen Basketballverbandes.“

Und dass der Zug noch nicht ganz abgefahren ist, beweist – wer von ihnen bei der Spatenstichfeier war, der sah im Hintergrund ein weißes Feld und auf dieser weißen Linie war zu lesen, teilnehmende Firmen – da waren keine dort und als ausführende Firmen waren auch keine angeführt. Und zwar deshalb, weil noch nicht alle Ausschreibungen erfolgt sind, es gab den Zuschlag, bis vor einer Woche, von einer einzigen Firma, das waren die Baumeisterarbeiten und das war exakt ein Gewerk in der Höhe von 1,38 Mio., die zwei weiteren Gewerke waren vor einer Woche noch unter Nachfrist gesetzt. Ich weiß nicht, ob es inzwischen den Zuschlag gab, aber alles andere ist bis dato noch nicht einmal ausgeschrieben worden. So viel dazu.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es eine weitere Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Ich hoffe aber jetzt wirklich ernstlich, dass du nicht alles glaubst, was du sagst, weil im Rechtsjargon würde man sagen, das ist Irreführung der Behörden. Das so darzustellen, also wirklich Michaela, ich bin wirklich entsetzt und enttäuscht, wenn wir auch nicht immer einer Meinung waren und wir haben auch oft unsere Gefechte gehabt, aber das so polemisch darzustellen, mit der Tafel, und weil dort ein weißer Fleck drauf war, also das ist schon die unterste Lade und das ist dir, muss ich ehrlicherweise sagen, nicht würdig.

*Unverständlicher Zwischenruf von GR
MMag. Michaela Frech*

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Das ist so polemisch, dass es wirklich schon weh tut und hat mit der Sache wirklich nichts zu tun. Zum Grundsätzlichen muss ich schon sagen, ich verlange schon auch von dir, dass du dich an die Geschäftsordnung des Gemeinderates hältst, weil das führt nämlich schon zu weit, was du dir herausnimmst. Du kannst andere Interessen, andere Vorstellungen haben, das ist alles legitim und ich bin nicht immer der Kleinlichste, wenn da ein kleiner Ausflug gemacht wird und über Dinge gesprochen wird, die nicht ganz so in unseren grünen Büchern drinnen stehen, da habe ich größtes Verständnis dafür, aber sich herzustellen und von ganz etwas anderem zu sprechen als der Antrag ist, da muss ich schon sagen, das ist nicht in Ordnung und so kann man das nicht akzeptieren, weil sonst werden wir hier ein „Diskutiererhaufen“ wie es im Buche steht. Das ist in der Zukunft unmöglich. Aber ich werde dazu natürlich auch ein paar Sachen sagen dürfen, wenn das schon angeschnitten worden ist. Wir haben vor 10 Jahren einen Architektenwettbewerb ausgeschrieben, wo genau die Vorgaben drinnen waren, wie groß die Schule sein soll, wie groß der Turnsaal sein soll, weil es gibt da ja auch gesetzliche Vorschriften seitens des Landes. Weil das ist ja nicht eine Geschichte von der Stadt, sondern es gibt ja seitens des Landes genaue Richtlinien, in welcher Größe der Turnsaal in einer Volksschule sein muss. Das ist genau ausgeschrieben worden; wir haben damals – und das war auch die politische Meinung in allen Fraktionen, dass wir für den Resthof, für die Verbesserung der Infrastruktur, dort nicht nur die Schule wollen, sondern dass wir uns dort auch einen Mehrzwecksaal miterrichten lassen wollen, damit verschiedene Veranstaltungen für die Bevölkerung im Resthof möglich sind. Das war seinerzeit der politische Auftrag und das waren die politischen Beschlüsse, die wir gefasst haben. Es hat das etwas länger gedauert, als wir uns das gewünscht hätten, es hat uns dann die Zeit des Geburtenrückganges eingeholt und wir haben nicht mehr eine 12-klassige sondern eine 8-klassige Volksschule benötigt, das auch vom Land vorgegeben ist. Weil das Land redet da über einen Bedarf

dementsprechend mit, weil nämlich auch Förderungen vom Land Oberösterreich notwendig sind. Und die sagen natürlich, wenn der Bedarf für eine 8-klassige Volksschule besteht, dann wird es auch nur eine Förderung für eine 8-klassige Volksschule geben und dadurch haben wir eine Umplanung vorgenommen. Ich möchte es kurz machen, wir beschäftigen uns jetzt seit 3 Jahren im Ausschuss für Schule und Sport intensiv mit dem Thema Volksschule Resthof und mit der ganzen Infrastruktur dazu. In fast jeder Ausschusssitzung ist darüber berichtet worden. Vor wenigen Wochen ist der Wunsch des Basketballverbandes – nicht der Vereine, das möchte ich schon betonen, weil die Vertreter des Vereines nach außen sind die Vorsitzenden oder die Obmänner, aber da ist kein einziger Vereinsvorstand offiziell mit diesem Wunsch, den du gerade erläutert hast, an die Stadt herangetreten.

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Es ist ausschließlich der Herr Schlemmer, der auch Trainer ist und im ÖÖ Basketballverband ist und der Herr Zwettler, der Sektionsleiter ist, aber nicht autorisiert ist, im Namen des Vereines zu reden und die zwei haben das betrieben und sind vor wenigen Wochen gekommen und haben gesagt, sie möchten eine größere Halle haben, damit auch Meisterschaftsspiele auf nationaler Ebene mit den Kampfmannschaften in der Volksschule Resthof durchgeführt werden können. Es war nie die Absicht und es war auch nie die Vorgabe von unserer Seite, dort ein Basketballzentrum zu errichten. Da hätten wir uns auch politisch dazu äußern müssen, aber wir haben immer nur von einer Volksschule mit einem Mehrzwecksaal für die Infrastruktur in diesem Stadtteil gesprochen. Vor wenigen Wochen ist dann das Fernsehen gekommen und es ist aufgeschaukelt worden, dich haben sie dort auch dazu gefilmt ...

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Ich bin nie dort gewesen!

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Nein, die Michaela Frech war auch im Fernsehen.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Warum schaust du mich dann an?

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Sie sitzt ja gleich hinter dir! Da ist das eben im Fernsehen gewesen. Das Schreiben, das du vorgelesen hast, vom österreichischen Präsidenten des Basketballverbandes, ist jetzt wenige Tage alt und es ist unmöglich ein bestehendes Projekt, wo wir jetzt jahrelange Planungen haben, wo die Ausschreibung draußen ist, dass wir jetzt auf einmal umdrehen und für Nichtinsider sagen, die bräuchte ja eh nur um 50 cm größer werden. Das ist ein kompletter Topfen und ein kompletter Holler, ich bin kein Architekt und kein Planer, aber jeder der das Modell der Sporthalle gesehen hat, ...

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Steht eh draußen!

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Aber es wäre undenkbar, unmöglich das umzuplanen, der Mehrzwecksaal ist in diesem Komplex mitten eingebettet und da kann ich nicht sagen, ich drehe an einem Schrauben und mache dort um 50 cm mehr. Es gibt auch zwischen dem Basketballverband und dem ÖISS, das ist das Institut für Schulen- und Sportstättenbau, das ist die offizielle Einrichtung, die auch die Richtlinien für öffentliche Sporteinrichtungen vorgibt, da gibt es zwischen dem Basketballverband und dem Institut auch unterschiedliche Auffassungen. Das ÖISS redet nämlich von größerem Umfang, damit die Halle auch für nationale Wettkämpfe tauglich wäre, aber es war auch nie die Absicht, weil Umplanungen sind undenkbar. Jetzt sage ich noch etwas zu den Kosten; wir haben – und das haben wir hier im Gemeinderat gemeinsam beschlossen – für den Mehrzwecksaal ein größeres Ausmaß beschlossen, als für den Turnsaal der Volksschule notwendig

wäre, wir haben einen zusätzlichen Aufwand von € 700.000,- in Kauf genommen, damit das ein vernünftiger Mehrzwecksaal wird, damit man dort auch Pensionisten-nachmittage, einen Faschingsball, oder irgendwelche anderen Veranstaltungen im Stadtteil Resthof durchführen kann. Diese Umplanung, auf dieses Maß, das du gesagt hast, das dann auch infrage zu stellen ist, hätte neben dem, dass wir den Baubeginn nicht hätten machen können, das wäre undenkbar gewesen, wir hätten eine Verzögerung von mindestens einem Schuljahr gehabt, wir hätten möglicherweise neu ausschreiben müssen und das wäre ein zusätzlicher Kostenaufwand von mindestens € 400.000,- gewesen. Das sagt nicht der Bremm, sondern der Architekt Scheurecker. Ich möchte auch noch erwähnen, im Wesentlichen geht es nämlich darum, dass sich die Basketballvereine, die in der Stadthalle ihren Sport ausüben und ausschließlich in der Halle ausüben, dass die finanziell unter Druck sind und dass in der Stadthalle Tarife sind, die sie zu bezahlen haben und in unseren Volksschulen, die wir den Vereinen kostenlos zur Verfügung stellen, wäre es natürlich schön und nett gewesen, wenn es dort die Größenordnung hätte und sie könnten dort gratis ihre Wettkämpfe austragen. Wenn man eine Schule zu dem ausweitet, dass dort auch Wettkämpfe über das Wochenende und die Abendstunden ausgeübt werden können, dann würde das natürlich auch noch zusätzlich einen finanziellen Bedarf haben.

*Unverständlicher Zwischenruf von GR
MMag. Michaela Frech*

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Moment Gerhard, ich habe dich schon zum Schlusswort gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Ja, ich habe schon das Schlusswort.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Nein, dann hast du keine Wortmeldung mehr.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Ich habe gar keine Chance auf eine weitere Wortmeldung mehr gehabt.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Ja, so ist das.

Unverständliche Diskussion verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Du hättest dich auf deine Wortmeldung gleich noch einmal melden können.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Der Kollege Bremm hat nicht „Schlusswort“ gesagt.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Nein, der Vorsitzende, der Herr Bürgermeister, hat Schlusswort gesagt.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Dann ist das zur Berichtigung!

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Nein, gar nichts mehr, du hast deine Kompetenzen heute schon überschritten, du hast es heute schon ausgereizt, nichts mehr zur Berichtigung. Du kannst mir morgen deine Berichtigung mailen, jetzt gibt es keine Berichtigung mehr.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Zur Sache, wir haben jetzt die Sportehrenzeichenverleihung, der Kollege Bremm hat das Schlusswort.

*Unverständlicher Zwischenruf von GR
MMag. Michaela Frech.*

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Nein, nicht mehr, ich habe das Schlusswort und da ist nichts mehr zu berichtigen.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Wie ist das, Herr Magistratsdirektor, wenn in dem Schlusswort etwas Falsches gesagt wird, darf ...

Unverständliche Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Hört mal zu, heute ist Vollmond ...

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Ich habe auch in Richtung der Vereine signalisiert, wenn es ein finanzielles Problem ist, dass sie dort die Mieten nur sehr schwer aufbringen können, dann sollten wir uns im Gemeinderat darüber unterhalten, ob wir nicht für Trainingszwecke bei den Jugendlichen eine andere Tarifgestaltung machen. Das sollten wir diskutieren, da wird es nicht um zig-tausende Euro gehen. Ich bin bei meinem eigentlichen Antrag ...

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Zur Berichtigung!

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Nein, ...

MAGISTRATSDIREKTOR

OSR DR. KURT SCHMIDL:

Zum Thema Sportehrenzeichen, der gehört abgehandelt.

Unverständlicher Zwischenruf von Herrn StR Gunter Mayrhofer

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Nein, weißt du was ich sage, das was die Kollegin Frech eingebracht hat, war schon nicht richtig und wir haben das toleriert. Jetzt habe ich geantwortet und damit muss jetzt wirklich das Ende sein, wir fangen da jetzt keine Debatte an.

Unverständliche Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung über die Sportehrenzeichenverleihung. Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Erneuerung von Beleuchtungskörper in der Volksschule Tabor, wieder ein Schritt in ökologischer und ökonomischer Sicht.

8) GHJ2-51/08

Erneuerung von Beleuchtungskörper – Volksschule Tabor.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 09. 09. 2008 wird der Auftragsvergabe für die Erneuerung von Beleuchtungskörper in zwei Klassen der Volksschule Tabor, Taschried 1, an die

Fa. Mitterhuemer, Steyr - Elektroinstallation (€ 18.903,08 inkl. USt.)

sowie einer Kreditübertragung in der Höhe von

€ 9.600,-- inkl. USt.

von der VA-Stelle 5/270000/010000
(Volkshochschule Gebäude)

und

€ 9.300,-- inkl. USt.

von der VA-Stelle 5/163000/010000
(Freiwillige Feuerwehren Gebäude)

auf die VA-Stelle 5/211000/010000
(Volksschulen Gebäude)

und der Mittelfreigabe in der Höhe von

€ 18.900,-- inkl. USt.

(achtzehntausendneunhundert)
bei der VA-Stelle 5/211000/010000
(Volksschulen Gebäude)

zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 18.900,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehensbedingungen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch hier einstimmige Annahme.

Herr GR DI Altmann verlässt um 17.10 Uhr die Sitzung.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:

Im nächsten Antrag hat die freiheitliche Gemeinderatsfraktion einen Grundsatzbeschluss über Förderungsrichtlinien für Energieumstieg ...

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Ein bisschen leiser bitte.

Unverständlicher Zwischenruf

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Das heißt normal, zur Sache. Da geht es um den Tagesordnungspunkt und ...

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:

Wir sind nicht in der Schule, dass die Lehrerin immer Recht hat.

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Bitte passt ein bisschen auf, sonst mache ich jetzt eine Pause, wenn da jetzt keine Ruhe einkehrt.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:

Ein Grundsatzbeschluss über die Förderungsrichtlinien für Energieumstieg. Jedes Mitglied hat den Antrag bekommen, ich möchte nur grundsätzlich dazu sagen, dass ein Grundsatzbeschluss in dieser Form – und ich habe da auch mit dem Kollegen Payrleithner im Vorfeld schon gesprochen – dass ein Grundsatzbeschluss über Förderungsrichtlinien für Energieumstieg ja nicht zu fassen ist. Wir haben ja Förderungsrichtlinien für Energieumstieg in Steyr, wo Heizung, Warmwasseraufbereitung udgl. beinhaltet ist. Wir haben im letzten Umweltausschuss ja darüber diskutiert, dass die Förderungsrichtlinien an die neuen Richtlinien des Landes anzupassen sind und dass das auch in Vorbereitung ist. Man kann natürlich, und das ist auch legitim, gerade jetzt, wo auch das Energiesparen stärker forciert werden soll, da kann man natürlich darüber diskutieren, ob wir Förderungsrichtlinien von der Stadt her noch ausweiten, aber ich würde sagen, dass wir den Antrag an den Umweltausschuss zuweisen – das ist kein Antrag zur Geschäftsordnung, weil sonst unterbreche ich das gleich, aber ich würde vorschlagen, dass wir den Antrag an den Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss zuweisen, weil wenn wir die Förderungsrichtlinien erweitern, dann wird das auch finanzielle Auswirkungen haben und dass wir vor allem den Antrag auch an den Umweltausschuss zuweisen und uns dort damit beschäftigen und uns dann, in einer der nächsten Gemeinderatssitzungen darüber unterhalten und auch Vorschläge von diesen beiden Ausschüssen anhören.

9) Präs-801/08

Grundsatzbeschluss – Förderungsrichtlinien für Energieumstieg

Freiheitliche Gemeinderatsfraktion der Stadt Steyr

§ 6 – Geschäftsordnung des Gemeinderates – Anträge zur Sache (Sachanträge)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Zur Behandlung in der nächsten GR Sitzung am 13. November 2008 stellen die unterzeichneten Gemeinderatsmandatare folgenden Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Steyr möge beschließen:

Grundsatzbeschluss - Förderungsrichtlinien für Energieumstieg

Die zuständigen Stellen des Magistrates werden beauftragt, rechtzeitig vor Beginn der Heizperiode 2009/2010 Richtlinien für die Förderung eines Umstieges auf alternative Energieformen (Heizung, Warmwasseraufbereitung, etc.) auszuarbeiten. Vor der Beschlussfassung im Gemeinderat sind diese Richtlinien im Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss zu beraten.

Begründung:

Ständig steigende Energiepreise sowie die zunehmende Umweltbelastung verlangen ein verstärktes Umdenken in der Energiepolitik. Der Rückzug von fossilen Energieträgern muss daher auch ein Anliegen der politischen Verantwortungsträger der Stadt Steyr sein. Um einen Umstieg auf Alternativenergie zu erleichtern, soll ein städtisches Förderungsmodell ausgearbeitet werden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Kollege Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:
Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Dieser Antrag passt sehr gut zu unserem nächsten Antrag auf der Tagesordnung. Fossile Energien gehen schön langsam, aber sicher zu Ende. Dass der Grundsatzbeschluss zu einem Abänderungsantrag abgewandelt werden soll, so nennst du es, glaube ich ...

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Nein, nein, dass wir ihn zuweisen!

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:
Damit haben wir kein Problem. Grundsätzlich glaube ich, beweist das die Notwendigkeit, über einen derartigen Antrag hier zu debattieren. Erstens aus Kostengründen und zweitens aus den Gründen, dass diese Energieformen sowieso ein Ablaufdatum haben und drittens aus Umwelt-

gründen. Wir haben im Budget einen Posten in der Höhe von € 8.000,--, ich glaube, da brauchen wir gar nicht weiterreden, das sagt schon alles. Die Bevölkerung weiß offensichtlich gar nicht, dass es bisher derartige Richtlinien gegeben hat, ihr seid wahrscheinlich auch erst heute darauf gekommen und habt diesen Antrag gestellt, aber wir haben damit kein Problem. Ich glaube auch, dass sich dieser alte Grundsatzbeschluss nur auf Solaranlagen reduziert hat, inzwischen gibt es auch an Alternativenergie noch etwas anderes als Solaranlagen. Es gibt Wärmepumpen und viele andere Dinge, die wir in Zukunft gefördert haben wollen und wenn das dann in dem Ausschuss debattiert wird, der Kollege Eichhübl ist ja der Obmann im Umweltausschuss, ich nehme an, dass es auch dort debattiert wird und wir erwarten uns dann, zumindest bei der nächsten Heizperiode, dass dieser Antrag im Gemeinderat debattiert und beschlossen wird. Ich glaube, es ist eine gute und notwendige Angelegenheit, die Zukunft unserer Bürger.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke, Herr GR Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, jetzt hätte ich mich schon so gut vorbereitet und jetzt leiten wir ihn weiter. Ich habe ehrlich gesagt kein Problem damit, obwohl ich sagen muss, es wäre mir natürlich lieber gewesen, wenn wir ihn heute beschlossen hätten und sagen, jawohl wir wollen das machen. Wie auch immer das auch ausschaut, weil den Umweltausschuss und den Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss können wir immer noch damit belangen, aber in Umweltsachen bin ich halt manchen wahrscheinlich auch zu schnell, oder zu ungeduldig. Also, ich habe kein Problem damit, wenn wir es dort besprechen wollen, aber eines möchte ich schon, dass wir es dann auch wirklich machen, denn ich denke mir, das ist dringend notwendig.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke, Frau GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Meistens hat eine Partei 2 Probleme, das eine Problem, wie komme ich an die Macht, das hat die SPÖ in Steyr gelöst und vor allem einzelne Personen. Das zweite Problem, was fange ich mit dieser Macht an, wenn ich sie einmal habe, das hat man sehr undemokratisch gelöst. Ich denke mir, es entspricht nicht der Gesprächskultur eines Gemeinderates, dass wenn im Statut klar geregelt ist, wenn hier heraußen etwas Falsches gesagt wird, dass man nicht einmal die Möglichkeit zur Berichtigung gibt. Nicht für mich persönlich, sondern für eine Person, die zitiert worden ist, wo gesagt worden ist, dass es nie ein Schreiben gegeben hätte und ich kann Ihnen genau ausdrücken, Herr Kollege Bremm, die Emails stammen aus Mai und Juni, die wurden nie beantwortet. So viel zur Berichtigung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Aber jetzt redest du schon wieder nicht zur Sache, liebe Kollegin und ich glaube, auch du musst dich an das Statut halten ...

Unverständlicher Zwischenruf von Herrn StR Walter Oppl

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Das Statut gilt aber leider auch für Minderheiten, Herr Kollege Oppl. Zum Antrag der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion, zu diesem Grundsatzbeschluss der Förderungsrichtlinien – ich muss sagen, ich kann mit diesem Antrag wunderbar leben, vor allem deshalb, weil ich gar keine Notwendigkeit sehe, das an irgendeinen Ausschuss zuzuweisen, nachdem ja ohnedies drinnen steht, dass die zuständigen Stellen des Magistrates, sprich auf Beamtenebene, beauftragt werden, Richtlinien für die Förderung eines Umstieges auf alternative Energieformen, Heizung, Warmwasseraufbereitung etc. auszuarbeiten. Das heißt, da geht es darum, dass die Beamten einen Vorschlag machen und wenn wir im Ausschuss keinen Vorschlag haben, über was wollen wir denn dann

diskutieren. Und vor der Beschlussfassung im Gemeinderat sind die Richtlinien im ...

Unverständliche Diskussion verschiedener Mandatäre

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Bitte seid noch ein bisschen geduldig!

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Ich rede jetzt aber schon zur Sache!

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ja eh.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Vor der Beschlussfassung im Gemeinderat sind diese Richtlinien im Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss zu beraten und das macht doch Sinn. Also, ich verstehe nicht, warum wir einen ganz einfachen simplen Antrag, wo es nur darum geht, dass die Beamten einmal den Auftrag haben, eine Vorbereitung für ein Konzept zu machen und über das diskutieren wir dann, wieder über Monate hinausschieben müssen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Wir werden es ja nicht Monate hinauschieben. Der Antragsteller war mit dieser Vorgangsweise einverstanden.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Ja, aber darf ich trotzdem als Mandatar meine Meinung dazu sagen, ist das noch gestattet?

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ja, du sagst sie ja eh gerade, wir hören eh zu.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Das ist ein Antrag der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion und wie ich den sehe, das ist mir überlassen. Der Kollege Payr-

leithner sieht das vielleicht anders, ich sehe es halt so und ich finde es traurig, dass man in Zeiten der Energiekrise wieder Monate vertun muss, weil wir wissen ja, der nächste Ausschuss ist wieder ewig lang hin und dann diskutieren wir ohne Grundlage darüber. So hätten wir Grundlagen gehabt und ich denke mir, das ist ein solider Antrag, wo ich mir denke, so sollte man eigentlich an Dinge herangehen. Aber wenn man das nicht will und wieder nur Zeit schinden will, gut, dann sollen wir es tun.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Danke, Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Wenn wir solche Richtlinien und Förderungen beschließen, dann müssen wir aber auch eines beschließen, und zwar eine Bedeckung im Budget. So wie es derzeit läuft, dass Leute, die auf eine Solaranlage umstellen, oder in eine Solaranlage investieren, denen beim Ansuchen gesagt wird, das brauchen sie gar nicht machen, weil wir haben kein Geld dafür – das ist diese Woche passiert, die zwei Damen im Büro vom Herrn Ing. Raab haben einem Förderwerber das gesagt, dass dafür keine Mittel mehr vorhanden sind und da frage ich mich schon, was hat es überhaupt für einen Sinn, wenn wir uns da zusammensetzen, etwas beschließen, wenn das dann nicht exekutiert wird.

STADTRAT

WALTER OPPL:

Man muss die Aussage noch hinterfragen, ob die 2 Damen das gewusst haben.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Ich kann dem Referenten gerne auch den Namen dieses Förderwerbers sagen, damit er das nachvollziehen kann, aber hier geht es wirklich um das Grundsätzliche. Es ist sehr schön, wenn wir ein Papier produzieren, aber wir müssen dann auch schauen, dass die Mittel dafür da sind, dass jeder die Möglichkeit hat und wir dürfen es nicht auf € 8.000,- - wie es jetzt, glaube ich, ist – beschränken, die wir

im Budget vorgesehen haben, weil das ist, glaube ich, ein Witz.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Wenn wir das beschließen, müssen wir natürlich auch die notwendigen Finanzen einplanen.

Herr Kollege Bremm bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Ich mache dann zur Geschäftsordnung einen Antrag. Grundsätzlich, wir haben Förderungsrichtlinien, es wird auch gefördert. Für Warmwasserheizanlagen ...

Zwischenruf: Nur für Solar!

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Nein, man kann ja darüber diskutieren, ob wir ausweiten, aber wir haben im Gemeinderat für einige Bereiche beschlossen, nicht der Bremm im stillen Kämmerlein, oder die SP-Fraktion, sondern der Gemeinderat hat beschlossen. Ich bin auch dafür, dass wir darüber diskutieren, ob wir das ausweiten, natürlich ist auch die finanzielle Bedeckung notwendig. Aber zum zuletzt Gesagten, lieber Gunter Mayrhofer, es ist überhaupt nicht planbar, wie viele Ansuchen in einem Kalenderjahr an die Stadt herankommen, das ist nicht planbar, das weiß man nicht, weil es die Privatangelegenheit von jedem, ob er eine Solaranlage oder sonst irgendetwas macht. Wir nehmen halt immer die Werte der vergangenen Jahre und die ziehen wir zur Budgeterstellung heran. Auf der anderen Seite sagt ihr immer, wir müssen halbwegs genau budgetieren und nicht irgendwelche Fantazahlen hineinschreiben, jetzt budgetieren wir eben so, wie es in den vergangenen Jahren durchschnittlich gekommen ist und noch ein bisschen dazu, weil ja die Preise steigen. Ich weiß es, dass im heurigen Jahr mehr Anträge gekommen sind und die Leute werden auch gefördert, das ist überhaupt keine Frage. Die beiden Kolleginnen aus der Umweltschutzabteilung haben sicherlich nicht gesagt, sie bekommen nichts mehr, sie haben vielleicht gesagt, im Budget haben wir kein Geld mehr. Das mag schon sein, dass sie das gesagt haben, was auch richtig ist, was aber noch

lange nicht heißt, dass sie nichts mehr bekommen.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Das steht ja nicht in den Richtlinien drinnen, dass im Budget nur € 8.000,- drinnen sind und wer zu spät kommt, bekommt nichts mehr.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Nein, überhaupt nicht. Es gibt da auch einen klaren Auftrag von mir, wenn auch im Budget kein Geld ist, dann haben wir dafür zu sorgen, und wenn das zeitlich noch möglich ist, dass man es im Budget berücksichtigt, oder eine Kreditüberschreitung macht, wir werden das bezahlen. Wenn die sagen, ja ich bin eh einverstanden, wenn ich das im Jänner bekomme, dann ist das auch Recht, aber es gibt keine Aussage, dass die das nicht bekommen. Wie gesagt, ich ersuche da schon um Verständnis, dass halt die Budgetplanung in dem Bereich sehr schwer ist, man kann das nie voraussagen, man weiß auch die Höhe nicht, weil die Förderung ist ja auch vom Land OÖ abhängig und vom Land OÖ her wird da auch sehr unterschiedlich gefördert, wo dann aufgrund der Richtlinien gar niemand mehr einen Anspruch darauf hat. Das sollte man auch korrigieren, weil ich glaube, von der Stadt sollten sie immer etwas bekommen und dass man nicht sagt, aus den Berechnungen kommen € 20,- heraus. Aus dem Grund bin ich dafür und nicht um irgendetwas zu schieben, sondern dass man das im Umweltausschuss und im Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss behandelt und dass wir dann vielleicht im Gemeinderat Dezember oder Jänner schon so weit sind, um eine Grundlage für eine neue Beschlussfassung vorzufinden. Daher mein Antrag zur Geschäftsordnung, dass wir diesen Antrag an diese beiden Ausschüsse zuleiten und dort auch wirklich vorrangig behandeln.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Möchte noch jemand zu diesem Antrag zur Geschäftsordnung das Wort? Kollege Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Nur einen Satz, selbstverständlich wäre es uns lieber gewesen, wenn wir diesen Antrag heute gleich beschlossen hätten, keine Frage, danke Frau Kollegin Frech, ich nehme aber zur Kenntnis, dass die Mehrheit das anders wünscht. Soll uns auch Recht sein, man kann ja heute gar nicht wirklich sagen, was aufgrund dieses alten Antrages, den wahrscheinlich nicht einmal du im Detail kennst, wirklich gefördert worden ist. Das Zweite, dass man das vielleicht einmal im Jahr in das Amtsblatt hineinschreibt, damit die Bürger auch wissen, was gefördert wird. Das ist ja auch in anderen Bereichen, z. B. beim Hochwasserschutz, da fragen auch immer wieder Leute, gibt es da jetzt eine Förderung, vielleicht kann man da auch einmal im Jahr hineinschreiben, jawohl, für Hochwasserschutzmaßnahmen gibt es diese oder jene Förderung. Also, bei so wichtigen Dingen, kann man das ruhig auch einmal im Jahr in das Amtsblatt hineinschreiben, dann werden wir wahrscheinlich eh nicht mit den € 8.000,- auskommen, weil wenn es keiner weiß, dann kann ich € 8.000,- hineinschreiben, das ist schon klar. Aber ich glaube, wir wollen das alle, es ist auch in unser aller höchstem Interesse, darum soll man das auch publik machen und auch den Bürgern sagen, jawohl da gibt es eine Förderung, steigt auf das um.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke, wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall, dann kommen wir gleich zur Abstimmung zum Antrag zur Geschäftsordnung, Zuweisung an den Umweltausschuss und Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss. Wer dafür ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grüne. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Bürgerforum. Der Antrag zur Geschäftsordnung wurde mit Mehrheit angenommen.

Ich gebe den Vorsitz wieder an den Herrn Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nächster Berichterstatter, Herr StR Wilhelm Hauser bitte.

BE:STADTRAT

WILHELM HAUSER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, mein geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste, geschätzte Presse. Wir haben heute auf der Tagesordnung Erdgaspreiserhöhung per 1. 11. 2008 aufgrund gestiegener Gaseinkaufspreise 2008 um durchschnittlich 45 % gegenüber dem Vorjahr. Es ist zuerst schon zitiert worden, dass der vorhergehende Antrag sozusagen dahingehend entgegenwirken soll, der von der freiheitlichen Fraktion eingebracht wurde. Ich möchte schon ganz kurz dazu sagen, es gibt keine Energiekrise, wie das zitiert wird, sondern es gibt eine Finanzkrise, es gibt eine Wirtschaftskrise und aus diesen Dingen heraus, ist sozusagen aufgrund von Spekulationen einerseits der Erdölpreis ...

GEMEINDERAT

ANDREAS KUPFER:

Den Klimawandel gibt es auch!

STADTRAT

WILHELM HAUSER:

Das ist eh klar, den Klimawandel gibt es auch, aber da reden wir nicht von der Krise, sondern das ist ein Wandel. Aber da muss man auch dazu sagen, dass sozusagen aufgrund von Spekulationen einerseits der Erdölpreis rasant angestiegen ist und wie es so im Gesetz der Sache liegt, spätestens ein halbes Jahr später der Gaspreis anzieht. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, es war natürlich so, weil unter anderem bei der Verwaltungsausschusssitzung am 27. 10. gefragt wurde, warum wir das als Dringlichkeitsbeschluss machen müssen und warum wir nicht schon früher über das diskutiert haben, da habe ich ganz klar zum Ausdruck gebracht, dass wir einerseits moderater erhöhen als alle anderen und andererseits war es natürlich auch wichtig und wesentlich, zu erfahren, wie denn die anderen bei ihren Erhöhungen vorgehen und dass wir sozusagen nicht irgendeine Form von Vorbehaltsbeschluss fällen, sondern dass

wir schauen, um was es wirklich geht. Derzeit ist es so, dass Wels, Linz und Wien um 21 % erhöht haben, die Ferngas OÖ um 21 % erhöht haben, in Salzburg ist es bereits im Oktober zu einer Erhöhung gekommen, Niederösterreich hat den Gaspreis mit 1. 11. um 28 % erhöht. Wir sind bei 15 % und ich glaube, dass wir uns hier durchaus als moderat bezeichnen können. Man muss trotzdem in dieser ganzen Geschichte aber zugeben, dass es nicht so ist, dass wir das aus Jux und Tollerie machen, sondern dass das unter anderem eben eine Auswirkung aufgrund der Liberalisierung des Gashandels ist und andererseits natürlich auch aufgrund von Marktvorgaben eben dementsprechend entstanden ist. Wir haben also einen Gaseinkaufspreis, der durchschnittlich um 45 % gestiegen ist und wenn ich mir dann vorstelle, dass der Herr Payrleithner, lieber Kollege Hans, in der Zeitung schreibt, dass also der Gaspreis um 60 % gefallen sei und es überhaupt kein Verständnis gibt, dass es in einer sozialistisch geführten Stadt dazu kommt, dass der Gaspreis um 15 % erhöht wird, dann möchte ich nur tagesaktuell sagen: Am heutigen Tag kostet das Gas – Arbeitspreis – für die Kilowattstunde Cent 3,652 plus den Leistungspreis von 0,31 Cent. Zum selben Zeitpunkt im vorigen Jahr der Arbeitspreis 2,352 Cent und 0,31 Cent. Bezogen nur auf den Arbeitspreis alleine ist die Steigerung vom Oktober 2007 bzw. jetzt November 2007 auf 2008, 64,6 % im Gaseinkauf und auf den Arbeits- plus Leistungspreis 66,28 %. Wir steigern um 15 % und ich glaube, dass wir da durchaus behaupten können, dass das eine moderate Vorgangsweise ist. Natürlich, das gebe ich schon zu, dass wir das in Wirklichkeit nur aushalten, weil in den Monaten vom April bis September, bzw. Anfang Oktober ungefähr nur 1/3 des Gashaushaltes und des Gashandels passiert, den wir in einem Jahr haben und in den Monaten Mitte Oktober bis Mitte oder Ende März, je nachdem wie streng der Winter ist, die restlichen 2/3 sind. Auf der anderen Seite muss man natürlich sagen, dass wenn wir diese Gaspreiserhöhung nicht durchführen, wir erstens beim Gashandel völlig ins Minus rücken und dass es wahrscheinlich dann so werden würde, dass die Zahlen der Stadtwerke auch beim Gashandel negativ

ausschauen würden. Daher ist es auch unsere Pflicht, in dem Bereich auch zu schauen, dass wir vernünftig arbeiten und zumindest die Erhöhung durchführen, damit wir mit einer schwarzen Null aussteigen. Das haben wir versucht, ich denke mir, wir sind hier wirklich sehr moderat vorgegangen und haben versucht, auch im Hinblick dessen, dass die gesamten Energiepreise, nicht nur die des Gases, rundherum steigen, dass wir natürlich genau wissen, dass es für den einen oder anderen schmerzhaft ist, wo man vielleicht mit dem Heizkostenzuschuss einen kleinen Ausgleich, wenn auch minimalistisch, durchführen kann, aber trotzdem so umgehen, dass wir mit Fug und Recht behaupten können, moderat erhöht zu haben. Vor allen Dingen wenn man den Vergleich mit allen anderen in Österreich bzw. Oberösterreich zieht.

10) Stw-103/08

Erdgaspreiserhöhung per 01. 11. 2008
– aufgrund gestiegener Gaseinkaufspreise 2008 um 45 % gegenüber dem Vorjahr
Dringlichkeitsbeschluss;
nachträgliche Genehmigung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Verfügung des Verwaltungsausschusses vom 27. 10. 2008, worin gemäß § 5 Abs. 4 des Organisationsstatutes der Stadtwerke Steyr der Erdgaspreiserhöhung per 01. 11. 2008 durch Dringlichkeitsbeschluss zugestimmt wurde und die Stadtwerke zum sofortigen Vollzug ermächtigt wurden, wird genehmigt.

Herr Bürgermeister, ich ersuche hier die Diskussion abführen zu lassen und dann abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr GR Hack bitte.

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Preiserhöhungen sind natürlich immer sehr schlimm, vor allen Dingen wo es groß geheißen hat, wir erhöhen heuer nicht, oder das kommende Jahr wird

nichts erhöht, es gibt einen Gebührenstop etc. und jetzt haben wir wieder eine Erhöhung. Steyr ist natürlich als Gashändler, oder als Gasbezieher ein Zwerg in dem großen Geschehen und es ist sicher sehr schwierig, da einigermaßen vernünftige Preise anbieten zu können. Ich hoffe aber, dass jetzt die Maßnahmen, die getroffen wurden, sprich die Änderung des Vertrages, die ja jetzt stattgefunden hat, bzw. die Anstellung eines Gas- oder Energiehändlers im Bereich der Stadtwerke, dass das jetzt wirklich die Ergebnisse zeigt, die wir uns erhoffen und dass wir dann möglichst rasch und direkt den Gaspreis für die Kunden wieder senken kann.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Lieber Herr StR Hauser, nach der Wahl, vor der Wahl, das sollte ja halbwegs zusammenpassen und ein paar Tage vor der Nationalratswahl hat dieses Gremium ein Entlastungspaket beschlossen und ich bitte dich, vielleicht im Protokoll nachzusehen, ich habe mich damals in meiner Wortmeldung auch mit dem Gas beschäftigt und habe gesagt, na ja, ein ganz wesentlicher Faktor, weil das betrifft letzten Endes wahrscheinlich den Großteil der Steyrer Bevölkerung, wird auch der Umstand sein, wie wird sich der Gaspreis in Zukunft entwickeln, weil da kommen wir nicht aus, das müssen wir alle zahlen. Da hast du gemeint, soweit ich mich noch erinnern kann, das kann man jetzt überhaupt nicht sagen, du kannst da keine Prognosen abgeben usw. und heute stellst du dich her und sagst, das hätten wir schon längst beschließen müssen, wir wissen schon längst, dass das alles kommen wird usw. Also, das passt doch alles hinten und vorne nicht zusammen und eine Erhöhung in diesem Ausmaß, also da braucht man eh keine Entlastungspakete, in Wirklichkeit Wahlzuckerl vor der Wahl, um dann ein paar Wochen darauf eine derartige Belastungslawine auf die Leute zurollen zu lassen. Überhaupt habe ich den Eindruck, dass die Steyrer SPÖ eine

ganz eigene Organisation in Oberösterreich ist.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das ist sie eh!

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Du bestätigst das eh manchmal, dass das wirklich so ist, weil wenn ich mir die Presseaussendung von heute anschau, da steht herinnen, lieber Kollege, du wirst den Herrn kennen, „SPÖ fordert Senkung des heimischen Gaspreises“, „der Herr Frais“, wird dir nicht unbekannt sein, seines Zeichens Fraktionsobmann, „spricht sich massiv gegen die Erhöhung der Gaspreise aus, fordert eine sofortige Senkung und beruft sich“ interessanter Weise genau auf das, wo du auf einmal sagst, das stimmt alles gar nicht „auf eine 60 %ige Senkung, weil ja der Gaspreis – vollkommen unverständlich für die Bürger – interessanterweise angeblich mit dem Ölpreis zusammenhängt. Inzwischen ist der Ölpreis von weit über \$100,- auf \$ 60,- gesunken und ein bisschen hat man so den Eindruck, dass die Steyrer Rathausmehrheit wie die Ölmultis agiert. Am Wochenende setzen wir den Spritpreis hinauf und am Montag reduzieren wir ihn wieder. Ihr macht das genauso, im November wird der Gaspreis erhöht und im Februar senken wir ihn wieder, wie die Ölmultis bei der Tankstelle, genauso kommt mir das vor. Alles Gute, das ist wirklich sozialdemokratische Politik.

Unverständliche Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Sehr geehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich gebe zu, ja ich habe gespielt, darum habe ich meinen Laptop eingeschaltet, und zwar habe ich mich gespielt und geschaut, wie schaut der aktuelle Gaspreis von der E-Control her aus und man kann heute wunderbar eingeben, wo sie wohnen, wie viel Kilowatt sie verbrauchen

und wer der günstigste Anbieter in der Gegend ist. Das habe ich jetzt probiert und habe mich gespielt mit 10.000 Kilowatt Verbrauch, 15.000 Kilowatt usw. Die Stadtwerke Steyr sind da irgendwo auf Platz 3, Platz 6 und da sind noch nicht einmal die Rabatte abgezogen, die es gibt. Das heißt, in Zeiten wie diesen, wo es ein Spiel ist, in ein paar Minuten herauszufinden wer der günstigste Anbieter ist, unterschätzen sie nicht die Intelligenz der Bevölkerung, die das auch tut, und wo eines dann eintreten wird, dass sie sich jetzt über 15 % Erhöhung freuen, zugleich aber mehr Private umsteigen und ihren Anbieter ändern. Bis dato war das nicht so ein Thema, weil es weniger Anbieter gegeben hat und weil man gesagt hat, wegen ein paar Euro tue ich mir das nicht an. Nur, geschätzte Damen und Herren, das können sie jederzeit machen, gehen sie auf die E-Controllseite, Tarifikalkulator, da ist z. B. ein Unterschied zwischen € 1.200,-, oder Steyr € 1.500,- Gaspreis. Und wegen € 300,- mache ich schon eine Änderung. Eines muss mir hier in diesen heiligen Hallen und oben in den heiligen Ausschusshallen bei den Stadtwerken schon jemand erklären, ich bekomme immer das Argument, wie hoch der Gaseinkaufspreis gestiegen ist, ich muss es glauben oder auch nicht, aber ich frage mich nur, warum können dann die anderen Anbieter im Haushaltsbereich – und ich rede vom Haushaltsbereich und nicht vom Gewerbebereich, weil da weiß ich aus den Ausschusssitzungen, dass immer argumentiert wird, der Großanbieter bekommt natürlich günstigere Tarife – und da frage ich mich, wie können all die anderen Anbieter dann scheinbar günstiger sein, egal bei welchen Mengen. Das verstehe ich halt nicht, da bin ich halt zu blöd. Ja, das war mein Spiel.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Hast ein gutes Spiel gemacht. Weitere Wortmeldungen gibt es keine, Schlusswort bitte.

STADTRAT

WILHELM HAUSER:

Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen. Natürlich hat die Frau Kollegin Frech Recht, dass dieser Kalkulator so ist,

aber wir unterliegen einem Gasvertrag und wenn Sie es nicht glauben, liebe Frau Kollegin, ich habe sogar die Rechnung mitgenommen, da steht der Arbeitspreis drinnen mit 3,652 Cent, den wir für alles pro Kilowattstunde bezahlen. Also, wir brauchen nicht so tun, wie wenn alle gescheiter wären und wir die größten Märchenerzähler, das stimmt einfach nicht. Auch wenn der Kollege Payrleithner sagt, ich habe das richtigerweise gesagt, dass wir die Entwicklung des Gaspreises nicht einmal kennen, aber eines ist auch klar, wir sind nicht die Macher dieses Gaspreises, sondern wir müssen darauf reagieren und wir dürfen auch aufgrund der gesetzlichen Lage nicht unter dem Einkaufspreis verkaufen. Das sind die Realitäten und nach dem haben wir uns zu richten. Und lieber Kollege Payrleithner, wenn der Herr Kollege Frais jetzt sagt, dass es in Wirklichkeit jetzt wichtig wäre, dass man den Gaspreis nach unten bringt, dann ist das völlig richtig, aber man muss all jenen sagen, die ihn hinaufgetrieben haben, dass sie auch wieder hinuntergehen müssen. Wir haben ihn ja nicht hinaufgetrieben, wir sind bei den Erhöhungen gegenüber allen anderen darunter geblieben und wir liegen da nicht so schlecht, für das, dass wir in dieser ganzen Situation ein Subhändler sind. Das was auch noch dazugesagt gehört – aber ich kann ja nur lachen, wenn der Herr Landeshauptmann Erwin Pröll sich herstellt und sagt, im Jänner muss der Gaspreis um 10 % sinken, wenn er ihn zuerst um 28 % erhöht, dann ist er mit 18 % immer noch um 3 % höher als wie wir ihn überhaupt erhöht haben. Also muss man schon auch schauen, was da überall geredet wird und was da überall gesagt wird. Und mit dem Gebührenstop ist das überhaupt nicht zu vergleichen, weil ich kann mir nicht vorstellen, dass man in ein Geschäft geht, 1 Liter Milch kauft, 1 Kilo Kohlen kauft, oder 1 Meter Holz kauft und sagt, das ist eine Gebühr. Handel ist Handel, das wissen wir ganz genau und wir können es nur um den Preis einkaufen, zu dem es geht, zu dem wir es bekommen und können versuchen, das so günstig wie möglich weiterzugeben und das tun wir mit bestem Gewissen. Ich habe nie gesagt, dass das eine angenehme Geschichte ist, aber zu behaupten, dass wir das alles schon früher hätten wissen müssen, dann

muss ich euch sagen, ihr habt alle selber die Zeitungen gelesen, du hast heute die Zeitung gelesen und hast gesehen, dass der Herr Abgeordnete und Clubobmann Frais das gesagt hat. Du hast wahrscheinlich auch gelesen, wann die OÖ Ferngas gesagt hat, dass sie um 21 % erhöht und sie haben es auch mit 01. November gemacht, daher brauch ich auch nicht so tun, wie wenn wir alle Hellseher wären, sondern wir richten uns genau nach dem, was sonst auch überall ist. Ich hoffe, dass man das auch irgendwann einmal zur Kenntnis nimmt, dass da keine Traumdeuter unterwegs sind, sondern dass man versucht, hier vernünftig nach den Marktgesetzen zu agieren, weil wir eh nicht anders können. Ich möchte nicht wissen, was los wäre, wenn ich sage, nein das tun wir nicht. Zuerst würde der Finanzreferent zu mir kommen und sagen, bist du denn vollkommen närrisch, jetzt müssen wir euch dann womöglich 1 Mio. Euro überweisen und ihr alle würdet sagen, ja wie tun wir denn das.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Das müssen wir eh trotzdem!

STADTRAT

WILHELM HAUSER:

Das zeigst du mir aber, wo du das tust. Für das, dass wir beim Gashandel kein Geschäft machen, ist noch nie etwas in diesem Bereich überwiesen worden. In dem Sinne ersuche ich diese 15 %ige Gaspreiserhöhung nachträglich abzustimmen, durchgeführt ist sie eh schon aufgrund eines Dringlichkeitsbeschlusses worden. Ich möchte das nur erklären, warum das ein Dringlichkeitsbeschluss war, weil wir sonst nicht mit 1. November erhöhen hätten können, weil nämlich aufgrund der – aus meiner Sicht – sehr professionellen Arbeit der Rathausjuristen gesagt wurde, dass ein rückwirkender Beschluss für eine Preiserhöhung nicht möglich ist und da erst heute am 13. diese Gemeinderatssitzung stattfindet, musste das eben ein Dringlichkeitsbeschluss im Verwaltungsausschuss sein. In diesem Sinne ersuche ich, das zu beschließen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ist jemand gegen diesen Antrag? 2 ÖVP (StR Mayrhofer, GR Hack). Stimmenthaltungen? 2 FPÖ, 2 ÖVP (GR Voglsam, GR Wührleitner), Bürgerforum Steyr. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Ich danke dem Berichterstatter, nächster Berichterstatter ist Herr StR Gunter Mayrhofer. Bitte sehr.

BE:STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Mein erster Antrag bezieht sich auf das Hochwasserprojekt Geschiebeausleitung Himmlitzer Au. Der Herr Bürgermeister hat in seiner Einleitung schon darüber berichtet. Der Dringlichkeitsbeschluss ist nicht deswegen, weil wir am Dienstag Spatenstich haben, sondern weil die Auftragsvergabe, die Ausschreibung erfolgen musste. Es erfolgt hier auch eine Vorfinanzierung durch die Stadt Steyr, die Finanzierung der insgesamt 80 %, 40 % Land, 40 % Bund und 20 % Steyr, die anderen Fördergeber werden erst später ihre Finanzierung leisten.

11) Wa-15/04

Hochwasserschutzprojekt Steyr; „Geschiebeausleitung Himmlitzer Au“; Vergabe der Bauarbeiten; Dringlichkeitsbeschluss.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 30. September 2008 wird im Zuge der Umsetzung des Hochwasserschutzprojektes Steyr der Vergabe der erforderlichen Arbeiten zur Herstellung des Nebengerinnes der Steyr und geplanten Hochwasserschutzmauern und –dämmen in der Himmlitzer Au im Ausmaß von EUR 4.348.584,42 an die Fa. GLS Bau und Montage GmbH., Perg, als Billigstbieter der öffentlich ausgeschriebenen Leistungen zugestimmt.

Die Bereitstellung der Mittel erfolgt durch:

1. Freigabe der im Jahr 2008 vorgesehenen Mittel in der Höhe von EUR 480.000,-- bei der entsprechenden VSt. 5/631000/770000

„Konkurrenzwässer; Kapitaltransferzahlungen an Bund und Bundesfonds“.

2. Vorfinanzierung und Mittelbereitstellung durch die Stadt Steyr im Jahr 2009 im Ausmaß von EUR 3.870.000,-- bei der VSt. 5/631000/770000.
3. Anforderung des Förderbeitrages von Bund und Land für das Jahr 2008 im Gesamtausmaß von EUR 650.000,-- Anfang des Jahres 2009 und Einnahme bei der VSt. 6/631000/870000 „Konkurrenzwässer; Kapitaltransferzahlung von Bund und Bundesfonds“.
4. Anforderung des Förderbeitrages von Bund und Land für das Jahr 2009 in Höhe von EUR 850.000,-- Mitte des Jahres 2009 und Einnahme bei oben angeführter VSt. 6/631000/870000.
5. Gemäß Finanzierungsplan sollen die restlichen Fördermittel im Jahr 2010 in Höhe von EUR 1.380.000,- - und im Jahr 2011 im Ausmaß von EUR 600.000,-- angefordert und bei oben angeführter VSt. 6/631000/870000 eingenommen werden, sodass in Summe EUR 870.000,-- (20%) als Interessenbetrag für die Stadt Steyr verbleiben.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT

KURT APFELHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Ich habe es im Bauausschuss eh schon erwähnt, ich bin froh, dass das jetzt endgültig passiert, ich glaube auch, in einem halbwegs absehbaren Zeitraum. Ich erwarte mir sehr viel, was mir aber noch immer auf der Brust liegt, das sind gerade im Naturschutzgebiet, gegen die Meinung führender Ökologen, diese 50 PKW, was mir bislang noch keiner wirklich hat erklä-

ren können, warum man die dort situieren muss, weil jetzt haben wir dort 50 und vorne bei der Krugelwehr 50 und diese beiden Brücken, die aus ökologischer Sicht sinnlos sind und eigentlich die Gefahr beinhalten, dass das dann eine Durchzugsgebiet wird. Aber ich werde mich natürlich nicht gegen diesen Antrag aussprechen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Ich glaube, man muss da schon eines richtig stellen, dieses Gebiet ist und war immer ein Naherholungsgebiet für die Steyrer Bürger. Das war auch der Grund, warum wir diese Grundstücke angekauft haben, um zu gewährleisten, dass der immerwährende freie Zugang für unsere Steyrer Bürger dort erhalten und gesichert wird. Dass jemand mit einem Fahrzeug Richtung Au fährt, das dann dort abstellt und dann dieses Naherholungsgebiet genießt und erlebt, ist ganz klar. Das heißt, ich muss auch dafür Sorge tragen, wo können die Leute das abstellen, um zu verhindern, dass die einfach in die Wiese oder in die Felder reinfahren. So kann es auch nicht sein, wenn ich solche Investitionen tätige, dann gehört das in einem vernünftigen Ausmaß und mit einer geregelten Parkmöglichkeit. Die zwei Brücken, wenn man sich das anschaut, wir schaffen mit diesem Entlastungsgerinne ja im Prinzip einen Sperrriegel. Mache ich keine Brücken, dann komme ich gar nicht mehr drüber, dann muss ich außen herum, das sind natürlich entstandene Wege und diese Wegverbindungen wollen wir auch in Zukunft aufrecht erhalten. Das heißt, man hat sich das mit Sicherheit nicht leicht gemacht, diese Entscheidung ist auch nicht im Alleingang gefallen, sondern selbstverständlich auch mit der Naturschutzbehörde und mit den Verantwortlichen des Landes Oberösterreichs. Also, hier glaube ich, ist es im Interesse der Bürger, dass wir so vorgehen.

Ich ersuche um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich möchte dazu nur erwähnen, dass mit den 2 Brücken natürlich viel mehr an Naherholung möglich ist, weil man von 2 Seiten hinzugehen kann und weil man zusätzlich dort noch einen Rundkurs mit Fitnessparcours, Erlebnisstrecken u. ä. machen kann. Es ist dort sehr viel möglich, das man aber auch nur mit diesen Brücken am Besten gestalten kann, ich glaube, dass es sinnlos wäre, nur eine Brücke zu machen.

GEMEINDERAT

KURT APFELHALER:

Darf ich noch etwas zur Richtigstellung sagen. Der Naturschutzbescheid besagt, dass eine Brücke vollkommen genügt, weil es den Menschen durchaus zumutbar ist, über eine Brücke diese Insel zu erreichen. Kein Mensch hat gesagt, gar keine Brücke.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Na ja, sind wir froh, dass es zwei gibt.

Wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Hier geht es um Hochwasserschutz und zwar um den 2. Teil Ramingbach.

12) Wa-15/04

Hochwasserschutz – Projekt – Steyr
„Ramingbach 2. Teil“
Interessentenbeitrag, Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 01. Oktober 2008 wird der Ausführung der Hochwasserschutzmaßnahme am Ramingbach 2. Teil mit Abbruch des Griemühlwehres und der Tieferlegung des Bachbettes bis hinauf zur Griemühlbrücke durch den Gewässerbezirk Linz im Ausmaß von etwa EUR 400.000,-- sowie der Aufbringung des Interessentenbeitrages in Höhe von EUR 80.000,-- zugestimmt.

Die Mittelaufbringung im Ausmaß von EUR 80.000,-- erfolgt bei der vorgesehenen VSt. 5/631000/770000, V3/08, „Konkurrenzwässer; Kapitaltransferzahlungen an Bund und Bundesfonds“.

Ich ersuche um Zustimmung und Abstimmung.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Aber das haben wir schon gemacht, das haben wir ja vorfinanziert.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Selbstverständlich, aber wir müssen unseren Interessentenbeitrag beschließen, das sind € 80.000,--, die von der Stadt Steyr zu zahlen sind.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Eine Maßnahme, die schon durchgeführt und finanziert worden ist. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Hier geht es um den Schlusspunkt und im Prinzip um die Endabrechnung des Ausbaues Weinschenkstraße – Ennserstraße, besser bekannt unter Kreuzung Lutz, dieses Großbauvorhaben, wo wir nach dem Verursacherprinzip doch einen sehr großen Anteil der Kosten an den Verursacher, der Firma Lutz, übertragen haben. Bei der Endabrechnung sind jetzt noch € 20.000,-- offen, die wir mit einer Darlehensaufnahme zur Finanzierung bringen.

13) BauStr-3/08

Begleitmaßnahmen Landesstraßen – Ausbau Anschlussstelle B 115 – Weinschenkstraße – Ennserstraße
Dringlichkeitsbeschluss.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 15. September 2008 wird der Vergabe der Erd-, Baumeister- und Asphaltierungsarbeiten für die Errichtung der B 115 Eisen Bundesstraße – Anschluss-

stelle Weinschenkstraße von 18,586 bis km 18,705 wie folgt zugestimmt:

Vergabevorschlag – Auftragnehmer – Betrag in EUR inkl. MWSt.

Eisen Bundesstraße – Anschlussstelle Weinschenkstraße; Anteil Stadt Steyr
ARGE Asphaltierung Steyr 2008
40.595,74

Baukostenanteil Überschussbetrag des Landes OÖ am 4-streifigen Ausbau/Bereich Lutz

Land OÖ
16.730,06

Gesamt 57.325,80

Die erforderlichen Mittel aus dem Budget 2008 und 2009 werden bei VSt. 5/611000/771010 „Landesstraßen - Begleitmaßnahmen“ wie folgt bereitgestellt:

Budget – Betreff – VSt. – Betrag – V-Nr.

2008 – Begleitmaßnahmen Landesstraßen
2008 – 5/611000/771010 – 20.000,-- - V2/08

2009 – Begleitmaßnahmen Landesstraßen
2009 – 5/611000/771010 – 37.400,-- - V1/09

Gesamt 57.400,--

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 20.000,-- für 2008 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Beim nächsten Punkt geht es um die Generalsanierung der Siegfried Marcus Straße im Bereich der Firma Eckelt und Firma Bichler.

14) BauStr-2/08

Generalsanierung der Siegfried Marcus Straße im Bereich der Firma Eckelt Glas Ges.m.b.H. und Firma Bichler.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 29.10.2008 wird der Vergabe der Erd-, Baumeister- und Asphaltierungsarbeiten für die Generalsanierung der Marcus Straße in Steyr – Resthof an die ARGE Asphaltierungsprogramm 2008 in Höhe von EUR 50.374,13 inkl. MWSt. zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel aus dem Budget 2008 werden bei VSt. 5/612000/002000 „Gemeindestraßen – Straßenbau“ als Ersatz für die Baumaßnahme Kirchengasse – Gleinkergasse BA 1 in Höhe von EUR 51.000,-- inkl. MWSt. bereitgestellt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von EUR 51.000,-- für 2008 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird.

Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Etwas Erfreuliches, wie jedes Jahr verleihen wir an 3 Preisträger das Ehrenzeichen „Steyrer Panther“. Der Steyrer Panther soll heuer verliehen werden an den Lions Club Steyr, überreicht an den derzeitigen Präsidenten Dr. Gerhard Alphasamer und Herrn Arch. DI Gerhard Schmid, für nicht nur die Erhaltung des Quenghofes, sondern für die permanente Pflege, die vorbildhafte Restaurierung und vor allem, dass dieses Objekt für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird und auch erhalten bleibt. Der zweite Preisträger ist die Frau. Mag. Ulrike Hasenöhr, die das Siebensternehaus besitzt und dieses Siebensternehaus, auch wenn es vielleicht nach außen nicht so spektakulär wirkt, aber im Inneren eine wirklich tolle, vorbildhafte Sanierung stattgefunden hat, das muss man wirklich sagen. Wer immer sich das drinnen einmal angeschaut hat, das ist eine tolle Geschichte, was bei Gott nicht mit den Mieteinnahmen refundiert werden kann. Da ist also sehr viel Liebe dabei und darum schlagen wir sie als Preisträgerin vor. Der dritte Preisträger ist der Herr Mag. Josef Weninger, der sich mit Restaurierung und Denkmalpflege beschäftigt. Das letzte Objekt, mit dem wir ihn beschäftigt haben, ist der Bildstock im LKH Steyr. Er hat in den letzten Jahren sehr viel vorbildlich in der Stadt Steyr restauriert und wir möchten ihn damit auch vor den Vorhang holen.

15) K-1/08

Verleihung des Ehrenzeichens „Steyrer Panther 2007“ Auszeichnung der Stadt Steyr für besondere Verdienste in der Denkmalpflege.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung vom 3. November 2008 wird an folgende Personen, die sich besonders für die Pflege und Erhaltung von Baudenkmalern in der Stadt Steyr einsetzen und Außergewöhnliches für die Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung geleistet haben, als Anerkennung das Ehrenzeichen „Steyrer Panther“ verliehen.

Gemäß III Abs. 1 der Richtlinien werden genannt:

1. Verein Lions Club Steyr Innerberg zu Handen Herrn Präsident Dr. Gerhard Alphasamer und Herrn Arch. DI Gerhard Schmid
2. Frau Mag. Ulrike Hasenöhrl
3. Herr Mag.art. Josef Weninger

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Herr Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Grundsätzlich etwas zur Verleihung derartiger Ehrungen, die ja sehr erfreulich sind und vor allem ist erfreulich, wenn durch Privatinitiativen Hausbesitzer ihre Häuser sanieren, teilweise unter großem finanziellen Aufwand, und sie werden dann durch die Stadt durch den Panther sozusagen geehrt, bzw. durch einen sogenannten Braunsbergerpreis, wo genau das Gegenteil erreicht wird, und darum sage ich das heute. Ich frage mich schon, ob wir derartige Preise in Zukunft noch vergeben sollen, wenn einer, der zwar einen Preis stiftet, zugleich beiträgt, dass die Stadt derartig verschandelt wird.

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatäre

Gelächter

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Na bitte, der Herr Braunsberger ist massiv beteiligt, bei diesem Klotz, der uns da im Ennsdorf hingebaut worden ist, mit Handysendern auf seinem scheußlichen Gebäude oben, das früher gebaut worden ist, als ursprünglich genehmigt worden ist. Wo ich mich eh heute noch frage, wer das erlaubt hat, weil das Bauamt war nämlich dagegen, das muss man schon in diesem Zusammenhang sagen, das widerspricht sich. Auf der einen Seite vergeben wir Preise, auf der anderen Seite machen die selben Leute – er war ja jetzt nicht alleine dort, zugleich mit dem Herrn Schober – derartige Dinge. Ich werde jeden Tag darauf angesprochen, komme einmal zu mir herüber, ich lade dich auf ein Seidel Bier ein und dann schaust du dir den Stadtteil

Ennsdorf an, wie der jetzt aussieht. Mit Handymasten, 3 Stock höher, eine scheußliche Farbe, und ich habe gehört, dass ihm jetzt reihenweise die Leute abspringen, dann bleibt uns der Klotz mitten da drinnen auf Jahrzehnte zur Verschandelung der Altstadt stehen, das ist eine Bausünde.

Gelächter

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Du redest so einen Blödsinn. Schlusswort bitte.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Das kann man natürlich nicht im Raum stehen lassen.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Eh klar, weil dein Fraktionsobmann beteiligt ist!

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Jedem ist es unbenommen, Emotionen zu zeigen, nur soll er sich, bevor er solche Äußerungen in einem öffentlichen Rahmen macht, auch über die Eigentumsverhältnisse erkundigen. Dieser Ausbau, der jetzt vom Herrn GR Payrleithner angesprochen wurde, hat nichts mit der Familie Braunsberger zu tun.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Aber gar nichts!

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Das muss man in aller Deutlichkeit sagen, deine Kritik richtet sich vielleicht an einen Bauwerber namens Schober, aber das zu verknüpfen, mit einem Mäzen wie es der Herr Helmut Braunsberger ist, der alljährlich ein Privatgeld zur Verfügung stellt und damit versucht, Initiativen in der Stadt Steyr zu unterstützen, Hans das ist für mich einfach nicht in Ordnung.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Der Herr Braunsberger junior hat mir böse SMS geschickt, weil ich es gewagt habe, dieses wunderbare Gebäude zu kritisieren. Also muss er im Zusammenhang mit diesem Bauwerk stehen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja, das unterste Stockwerk gehört ihm.

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatäre

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Diese Sippenhaftung, die da angesprochen wird, hoffe ich doch, dass man die jetzt nach fast 70 Jahren endlich überwunden hat und ich glaube, diese Aussage qualifiziert sich von selbst.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir kommen jetzt zur Abstimmung, es geht nämlich nicht über das schöne Haus dort drüben, sondern es geht um den Panther. Wer für diese Pantherverleihung stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Hier darf ich eine Änderung bekannt geben. Wenn sie erlauben, haben wir die Änderung nur hier im Akt, sie haben noch drinnen stehen, ein Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat. Richtigerweise heißt es aber „Antrag des Bauausschusses an den Gemeinderat“.

16) BauGru-20/05

BauGru-29/07

Bebauungsplan Nr. 42 – Änderung Nr.

1 – Fellingiersiedlung

Bebauungsplan Nr. 26 – Änderung Nr.

1 – Teilaufhebung Ennsleite.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat möge die Erlassung des Bebauungsplanes Nr. 42 Fellingiersiedlung

– Änderung Nr. 1 und die Erlassung des Bebauungsplanes Nr. 26 Teilaufhebung Ennsleite – Änderung Nr. 1, entsprechend den Plänen der Fachabteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 09. 07. 2007 und den Ausführungen im Amtsbericht der Fachabteilung für Baurechtsangelegenheiten vom 09. 09. 2008 beschließen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Hier geht es um eine Straßenbezeichnung, und zwar um die Karl-Steinparz-Straße. Der Karl Steinparz war einer der anerkanntesten Ornithologen, nicht nur von Steyr, sondern von gesamt Oberösterreich. Er hat diese sogenannte Vogel-sammlung dem Museum der Stadt Steyr zur Verfügung gestellt, er hat einige wirklich sehr wissenschaftlich wertvolle Werke geschrieben, er war auch ein Mundartdichter und hat da zwei Bände in den Jahren 1929 und 1934 herausgebracht. Es wird vorgeschlagen, die Straßenbenennung nach Karl Steinparz vorzunehmen. Also nicht der ehemalige Bürgermeister, sondern der Ornithologe.

17) Ges-14/08

Straßenbenennung Karl-Steinparz-Straße, Übernahme ins öffentliche Gut – Gemeindestraße.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Baurechtsangelegenheiten vom 20. 10. 2008, wird der Neubenennung des im Ortherphoto rot ausgewiesenen Straßenzuges als „Karl-Steinparz-Straße“ und die Einreihung als Gemeindestraße beschlossen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Auch keine, einstimmige Annahme.

Ich danke dem Berichterstatter. Du kannst aber auch gleich draußen bleiben zu dem Dringlichkeitsantrag, den du auch unterschrieben hast.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Wird von der Kollegin Frech vorgetragen.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich hoffe, dass der Schluss dieser Gemeinderatssitzung zumindest erfreulich ist und auch zu einem einstimmigen Ergebnis führt. Den Dringlichkeitsantrag haben sie ja alle vor sich liegen. Es geht darum, eine Resolution an die Post AG und die Bundesregierung zu beschließen, dass auch die Stadt Steyr ihre Interessen wahrt und sich dagegen ausspricht, dass es zu weiteren Filialschließungen kommt, und auch zu weiteren Reduktionen der Öffnungszeiten. Wer die Medien verfolgt hat, weiß das ja, es sind auch schon konkret Postämter in Steyr im Gespräch und ich denke mir, das wäre eine fatale Geschichte, wenn es das Postamt am Grünmarkt nicht mehr gäbe, weil das auch zu einer weiteren Ausdünnung des Stadtplatzes führen würde. Wenn es das Postamt auf der Ennsleite nicht mehr geben würde, wo auch sehr viel ältere Menschen wohnen, dann denke ich mir, das ist ein wesentlicher Punkt an Infrastruktur und es ist in Steyr ohnedies bereits im Postbereich sehr viel eingespart worden. Ich darf sie nur daran erinnern, früher hat das Postamt am Grünmarkt sogar am Samstag offen gehabt, es hat bis 18.00 Uhr offen gehabt, es gab keine Mittagsschließung, inzwischen ist das allerdings alles schon heruntergeschraubt worden und es würde mich freuen, wenn sie dieser Resolution die Zustimmung geben könnten, dass wir als Stadt Steyr uns auch in diese Diskussion einbringen, auch wenn in den Nachrichten zu hören war, dass es jetzt möglicherweise für das nächste halbe Jahr einen Stop gibt, aber wie gesagt, wehret den Anfängen. Es wird sicher ein Thema bleiben und wir sollten unsere Interessen als Stadt hier wahren. Wie gesagt, es war ein Dringlichkeitsantrag der ÖVP und des Bürgerfo-

rums Steyr, in der Hoffnung, dass auch andere da mitgehen werden.

Dringlichkeitsantrag gemäß § 7 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die unterfertigten Mandatare des Gemeinderates der Stadt Steyr stellen nachfolgenden Dringlichkeitsantrag für die Gemeinderatssitzung vom 18. November 2008

Der Gemeinderat möge beschließen.

Resolution an die Post AG (im speziellen an Anton Wais) **und an die Bundesregierung** (im speziellen an das BM für Verkehr, Innovation und Technologie)

Medienberichten zufolge gibt es Pläne der Post, welche die Streichung von bis zu 9.000 der derzeit 26.000 Jobs vorsehen, zwei Drittel der Stellenstreichungen sollen bei den Briefträgern erfolgen. Die Zahl der eigenständigen Filialen soll radikal verkleinert werden. Insgesamt könnten 1.000 Filialen verloren gehen (Quelle: OÖN vom 10. November 2008).

Die Stadt Steyr ist die drittgrößte Stadt in Oberösterreich mit einem großen Einzugsgebiet. In den letzten Jahren kam es bereits zur Schließung von Postämtern bzw. zu einer starken Reduktion der Öffnungszeiten bestehender Postämter. Steyr ist zum einen zwar eine Schulstadt, zum anderen weist Steyr aber auch einen hohen Anteil älterer Menschen auf, denen es nicht zumutbar wäre, in Hinkunft quer durch die Stadt fahren zu müssen, um einen Brief oder Pakete aufzugeben. In den letzten Jahren ist bereits die Zahl der Briefkästen stark reduziert worden. So gab es bis vor wenigen Jahren am Steyr Bahnhof zwei Briefkästen. Beide wurden gleichzeitig abmontiert, obwohl sich am Steyrer Bahnhof sogar eine Trafik befindet, die auch Briefmarken verkauft. Wir ersuchen daher die Verantwortlichen, die Zahl an Postämtern und Briefkästen nicht noch weiter zu reduzieren und diese für die Bevölkerung und Geschäftswelt wichtige Infrastruktur aufrechtzuerhalten.

Begründung der Dringlichkeit:

In den letzten Tagen gab es massiv Berichte (in allen Printmedien sowie in Radio und Fernsehen), wonach ein Kahlschlag im Postwesen geplant ist. Eine spätere Befassung des Gemeinderates kann daher ohne Nachteil für die Sache nicht abgewartet werden. Die nächste Gemeinderatssitzung findet erst wieder Mitte Dezember statt.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Gerhard bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Das kann ich mir natürlich nicht verkneifen, dazu muss ich etwas sagen. Natürlicherweise, liebe Kolleginnen und Kollegen, schließen wir uns dieser Resolution an, selbstverständlich. Es zeigt ja wieder einmal, wohin Privatisierung führt. Wir haben in diesem Kreise ja schon des öfteren die Gelegenheit gehabt, darüber zu diskutieren und es ist ja Wasser auf unsere Mühlen, Kollege Mayrhofer. Bei dir Michaela, weiß ich es nicht ganz genau, du bist nicht immer ganz klar in deiner Richtung, privatisieren oder nicht privatisieren, aber man sieht jetzt das Ergebnis und das sollte auch ein deutliches Zeichen in der Öffentlichkeit sein, wo das hinführt. Also, es gehört dreimal unterstrichen, dass wir dagegen sind und wenn man nur die Finanzkrise sieht, auf einmal fällt allen ein, die öffentliche Hand muss erhalten. Wir haben von 2000 bis 2006 oft gegen diese Schritte der Privatisierung gewettert und jetzt sehen wir die Auswirkungen. Selbstverständlich stimmen wir dem zu, ich würde nur vorschlagen ...

Unverständlicher Zwischenruf

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Nein, nichts Finanz- und Rechtsausschuss ...

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Ich würde nur vorschlagen, Resolution an die Post AG und an die Bundesregierung,

weil ich glaube, da sind alle davon betroffen. Das ist nicht im Speziellen der Anton Wais als Generaldirektor und es ist auch nicht im Speziellen das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, sondern es wäre dann auch das Finanzministerium. Ich glaube, dass wir hier einfach an die Generaldirektion, an die Post und an die Bundesregierung titulieren.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Im Speziellen, andere gehören eh auch noch dazu.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Es betrifft alle, und wir sollten das auch ganz klar zum Ausdruck bringen, sonst müssten wir noch alle dezidiert anführen. Ein bisschen kann ich es mir auch nicht verkneifen, dass ich die Gelegenheit vorfinde, eine kleine Rechtschreibkorrektur vorzuschlagen, wenn sie so einverstanden sind, bezüglich einer „starke Reduzierung“ auf „starken Reduzierung“, weil es könnte hintennach ja sein, dass es heißt, die haben etwas umgeschrieben, darum möchte ich nur auf diesen kleinen Rechtschreibfehler hinweisen. Eine Frage möchte ich aber schon noch ernstlich in den Raum stellen, ob es gescheit ist, wenn der Steyrer Gemeinderat eine Resolution verfasst, wo wir dort anführen, dass 2 Briefkästen beim Bahnhof weggekommen sind? Hier geht es um das tiefgreifende Problem der Post insgesamt, den Postämtern und natürlicherweise mit den dazugehörigen Postkästen, oder ob man da bei einer ernstzunehmenden Resolution die zwei Postkästen am Bahnhof dezidiert anführt. Das ist keine Fahnenfrage für mich und unsere Fraktion, aber ich glaube, dass wenn der Steyrer Gemeinderat hier so eine Resolution verfasst, dann sollten wir uns grundsätzlich gegen diese Entwicklung äußern und nicht solche Beispiele anführen. Aber wenn darauf bestanden wird, dass das drinnen bleibt, ist das auch in Ordnung.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Ich glaube, diese Beispiele waren eher symptomatisch gedacht und sollen aufzeigen, dass die Servicefreundlichkeit der Post in den letzten Jahren sukzessive nicht gelitten hat, sondern zurückgefahren wurde, bewusst zurückgefahren wurde. Weil wenn man sich anschaut, dass an jenem Tag, wo die meisten Leute am Stadtplatz sind, nämlich am Samstag Vormittag, das Postamt nicht mehr geöffnet hat, dass in der Mittagszeit mittlerweile, dann nämlich wenn man vom Geschäft schnell weg kann und seine Arbeiten erledigen kann, dort geschlossen ist und wenn man dann irgendwann eine Bilanz präsentiert und sagt, schaut her, es zahlt sich eh nicht mehr aus, weil dort wird nur mehr so wenig Geschäft gemacht, dann ist das eine Pflanzerei. Eine ähnliche Pflanzerei, wie wenn man jetzt zur Beruhigung sagt, bitte bleibt ruhig, jetzt wird einmal ein halbes Jahr kein Postamt geschlossen. Ja es ist ja in einer kürzeren Zeit gar nicht möglich ein Postamt zu schließen, das wissen wir alle. Das heißt, auch wenn die Entscheidung heute fällt, es wird in den nächsten sechs Monaten mit Sicherheit, denn das ist gar nicht möglich, ein Postamt geschlossen. Aber das ist nichts anderes als eine Pflanzerei, das ist nicht der Umgang, den wir uns von der Basis, glaube ich, auch von der Bundespolitik wünschen, egal welcher Farbe, sondern hier sollte wirklich ein bisschen mehr Ehrlichkeit gegenüber dem Bürger herrschen, und man sollte sie nicht einfach immer am Schmah führen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Der Herr Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Der Steyrer Gemeinderat, die große Politik, aber kein Problem, selbstverständlich wird die freiheitliche Gemeinderatsfraktion diese Resolution unterstützen. Wir haben fast wortgleich am Dienstag bei der Vollversammlung der Arbeiterkammer interessanterweise auch eine Resolution einstimmig verabschiedet. Aber ein Wort zu dir, lieber Fraktionsob-

mann Bremm, du betreibst heute schon ein bisschen eine Kindesweglegung, weil dass der überzogene Wirtschaftsliberalismus jetzt seine Blüten treibt, da gebe ich dir vollkommen Recht und dass jetzt alle wieder zum Vater Staat rennen und die sollen das ausbügeln, wo sich zuerst die anderen die Säcke vollgestopft haben, da hast du vollkommen Recht, aber ein bisschen Mitschuld habt ihr auch, nämlich die SPÖ und die ÖVP, weil der Grund in dieser Entwicklung liegt teilweise nämlich auch im EU-Beitritt. Jetzt muss ich dich schon ein bisschen aufklären, weil die EU hat das Monopol abgeschafft ...

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatäre

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Hör zu, die EU hat das Monopol abgeschafft und sie hat Österreich verpflichtet, den Brief und den Postverkehr so zu gestalten, dass sich private Anbieter dort auch etablieren können und dafür war die Voraussetzung eben, dass die Post entsprechend wirtschaftlich agieren muss und begründen es jetzt mit Personalabbau. Also, wenn das nichts mit der EU zu tun hat, dann weiß ich es nicht, denn es ist Tatsache. Dass wir da ein bisschen kritischer waren, bestätigt das jetzt, aber es ist so. Nichts desto trotz, übrigens ist es auch ganz interessant, dass es eine Liste gibt, die so gar nicht stimmt, dass in Steyr 2 Postämter geschlossen werden. Das auf der Ennser Straße ist meiner Meinung nach schon längst geschlossen, scheint nach wie vor aber noch immer in der Liste auf, also nicht einmal da sind die Herrschaften aktuell.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Das auf der Ennser Straße ist noch in Betrieb.

Frau GR Fanta verlässt um 18.11 Uhr die Sitzung

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Entschuldigung, das ist noch ein Postamt; auf jeden Fall steht es auch auf dieser

Listen, nicht nur der Grünmarkt, sondern auch die Ennser Straße.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Frau GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Also wenn ich bei manchen Anträgen die kommen so kleinlich wäre ...

Gelächter

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
... aber ich verstehe ja, Gerhard, dass du die Geschichte mit dem Professor noch nicht ganz verdaut hast, dass du ihn noch immer nicht hast, aber vielleicht bekommst du einmal eine Ehrenprofessur, nur für das nächste Mal, wenn du mir einen Rechtschreibfehler vorwirfst, bitte das war kein Rechtschreibfehler, das war ein Grammatikfehler. Aber dessen ungeachtet, es passiert natürlich, wenn man sehr schnell einen Antrag machen muss, weil man inzwischen ja leider Dringlichkeitsanträge mindestens 24 Stunden vorher abgeben muss, und das sehr rasch passiert ist. Zum anderen, ich denke mir, ich freue mich darüber, dass es eine Einstimmigkeit gibt, aber wie der Kollege Mayrhofer schon angeführt hat, es geht einfach darum, auf oben zu zeigen – und das waren diese Beispiele – wie man vorgeht. Weil wenn ich sogar dort, wo eine hohe Frequenz ist, und auf einem Bahnhof ist eine hohe Frequenz, und ich vorher zwei Briefkästen gehabt habe und dort sogar eine Trafik die Briefmarken verkauft, wenn ich sie dort wegtue, dann tu ich sie wo anders auch weg. Was auch angesprochen worden ist, das ist wirklich dieser Punkt, den ich befürchte, und als Stadtplatzbewohner bekomme ich es halt vom Grünmarkt mit, dass die Post wirklich hergeht, bewusst Filialen zurückschraubt, um dann sagen zu können, jetzt haben wir da weniger Umsatz, also schließen wir sie. Zuerst aber genau die Rahmenbedingungen setzt, dass weniger Umsatz ist; Mittagsschließungen, Reduktion der Öffnungszeit usw. und das ist dann der Punkt. Wie gesagt, daher denke ich mir, ist es wichtig,

das auch als Beispiel anzuführen, weil ich denke, dass die, die da oben sitzen, nicht unbedingt wissen, was da herunter wirklich passiert und Sache ist.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, daher kommen wir zur Abstimmung und zwar mit der Änderung Post und Bundesregierung und nicht nur ein Ministerium. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

Das war der letzte Tagesordnungspunkt. Wir haben heute Verhandlungsgegenstände ohne Nachtragsvoranschlag in der Höhe von € 772.380,-- beschlossen. Die Sitzung ist geschlossen.

ENDE DER SITZUNG: 18.15 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Ing. David Forstenlechner

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Thomas Schwingshackl

Gabriele Obermair

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

GR Silvia Thurner

GR Andreas Kupfer